

**Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-  
Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena  
in Karlsruhe**

# **Antragsbuch**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 2

## Inhaltsverzeichnis

<b>Anträge</b>	
<b>001</b>	<b>Flottenverbrauch: Strafzahlungen der Automobilhersteller</b> LFA Umwelt-, Energie- und Raumordnungspolitik
<b>002</b>	<b>Resilienz und Flexibilität für die Wirtschaft während und nach Corona Antragsteller: LFA Wirtschafts- und Finanzpolitik</b> LFA Wirtschaft und Finanzen
<b>Leitantrag</b>	
<b>L001</b>	<b>Landtagswahlprogramm</b> Landesvorstand
<b>Satzungsänderungsanträge</b>	
<b>S001</b>	<b>Landes-haupt-ausschuss auch als Video- und Audiokonferenz</b> Kreisverband Böblingen

# **Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe**

Seite 3

## **Antrag 001**

**Betr.: Flottenverbrauch: Strafzahlungen der Automobilhersteller**

**Antragsteller: LFA Umwelt-, Energie- und Raumordnungspolitik**

1 Die aktuell gültige EU-Verordnung fordert für Pkw eine sukzessive Senkung des  
2 Flottenverbrauchs in den Jahren 2020 bis 2030, die bei konventionellen PKW  
3 mit Diesel- oder Ottomotor mit vertretbarem Aufwand nicht umsetzbar ist.  
4 Elektrofahrzeuge werden mit Null-Emissionen eingerechnet; es wird also davon  
5 ausgegangen, dass diese immer mit CO2-frei erzeugtem Strom geladen werden.  
6 Die Nutzung von regenerativ erzeugten Kraftstoffen bei Verbrennungsmotoren  
7 wird in Deutschland durch finanzielle Mehrfachbelastung benachteiligt. Auf Basis  
8 dieses unrealistischen Szenarios werden die Automobilhersteller bei einer  
9 Verfehlung des Flottenziels mit Strafzahlungen belegt, die beispielweise in 2021  
10 bis zu 14 Mrd. Euro betragen können. Nur durch eine hohe Anzahl an verkauften  
11 E-Mobilen können diese vermieden werden.

12 Die FDP Baden-Württemberg fordert:

13 1.) Die Strafzahlungen auf Basis der aktuellen Verordnung müssen ausgesetzt  
14 werden. Voraussetzung für Strafzahlungen muss eine technologieoffene und  
15 vernünftig realisierbare Regelung sein.

16 2.) Bei der Berechnung des Flottenverbrauchs müssen die Elektrofahrzeuge mit  
17 dem jeweils aktuellen Strommix eingerechnet werden. Die Flottenzielwerte sind  
18 entsprechend anzupassen.

19 3.) Die Gesamtmenge an regenerativ erzeugten flüssigen oder gasförmigen  
20 Kraftstoffen muss bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor anteilig auf den  
21 Flottenverbrauch angerechnet werden.

22 4.) Da die EU-Verordnung möglicherweise gegen juristische Regeln verstößt  
23 (Technologieoffenheit, Verhältnismäßigkeit,...) muss die EU-Verordnung so  
24 modifiziert werden, dass ein Widerspruch zu geltenden juristischen Grundsätzen  
25 ausgeschlossen werden kann.

### **Begründung:**

Die EG-Verordnung Nr. 443/2009 fordert für PKW in 2020 einen Flottenverbrauch von durchschnittlich max. 95 g CO<sub>2</sub>/km (ca. 3,7 ltr./100 km). Entsprechend EU-Verordnung 2019/631 muss dieser Wert bis 2030 sukzessive auf 59 g/km (ca. 2,5 ltr./100km) gesenkt werden. Elektrofahrzeuge werden mit null CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Flottenverbrauch eingerechnet und bis 2023 über Supercredits überproportional berücksichtigt. Bei einer

# **Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe**

## **Seite 4**

Verfehlung des Flottenverbrauchszieles werden Strafzahlungen von 95 Euro pro Gramm Überschreitung für alle Fzge. der Flotte eines Herstellers berechnet.

Durch die Verordnung werden die Automobilhersteller gezwungen, Elektrofahrzeuge in einer bestimmten Größenordnung zu verkaufen. Bei der EU-Verordnung ist insbesondere zu kritisieren, dass in der aktuellen Situation die Forderung nach Technologieoffenheit nicht erfüllt wird. Es ist nicht akzeptabel, dass Automobilhersteller, die marktwirtschaftlich agieren und sich am Kaufverhalten der Kunden orientieren müssen, für das Verfehlen von planwirtschaftlich festgelegten unrealistischen Zielen haftbar gemacht werden. Dadurch werden Automobilhersteller zusätzlich zu den Aufwendungen für den Strukturwandel und den Folgen der Corona-Krise belastet und in ihrer Existenz gefährdet.

Im Bereich der individuellen Mobilität und im Schwerlastverkehr stehen derzeit noch keine wirtschaftlichen und sinnvollen Alternativen zu einem modernen Dieselantrieb zur Auswahl. In einer Summenbetrachtung, in die auch Rohstoff-, Produktions- und Recyclingeffekte mit eingerechnet werden, wird mit Elektroautos keine Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Bilanz erreicht. So wird de facto eine Technologie gefördert, die bekanntermaßen auf absehbare Zeit nicht zu einer Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen führt.

Zur Erreichung ihrer Flottenziele dürfen Herstellern die Emissionen ihrer Fahrzeuge untereinander aufrechnen. Um direkte Strafzahlungen an die EU zu vermeiden bildet beispielsweise FIAT mit Tesla einen gemeinsamen „Pool“. Dadurch subventioniert FIAT die Fahrzeuge von Tesla im Milliardenbereich. Das führt zu einer weiteren Wettbewerbsverzerrung zugunsten einer einzelnen Technologie und ist daher abzulehnen.

Da Klein- und Kleinstwagen mit ihren geringen Gewinnmargen sowie den künftigen Anforderungen an die Abgasnachbehandlung keinen finanziellen Spielraum für Elektrifizierung bieten, werden auch diese die Verbrauchsziele der EU nicht erfüllen. Das Risiko ist groß, dass ausgerechnet diese ökonomisch und ökologisch sinnvollen Fahrzeugklassen vom Markt verschwinden.

Auch muss der mobile Einsatz von Batterien in Fahrzeugen generell hinterfragt werden. Es muss geprüft werden, ob mit den begrenzten Rohstoffressourcen für die Batterieherstellung bei stationärer Verwendung -z.B. mit Batteriefarmen in Verbindung mit Photovoltaikanlagen- eine bessere Effizienz bei erhöhter Versorgungssicherheit erzielt werden kann.

Des Weiteren ist zu beachten, dass in einigen Ländern der EU aus finanziellen Gründen beispielsweise der Bau von Ladesäulen nur geringe Priorität hat. Technologieübergreifend wird es ohne den Ausbau der Infrastruktur keinen Fortschritt bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Verkehrsbereich geben. Auch macht eine Elektrifizierung im Verkehrssektor nur Sinn, wenn sie in einer sinnvollen Relation zum weiteren Ausbau von erneuerbar produzierter Energie steht. Falls die Steigerung des Stromverbrauchs beim Verkehr nur zu Lasten des Anteils an Erneuerbaren in anderen Sektoren erfolgt, hat die Elektrifizierung beim Verkehr allenfalls

# **Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe**

## **Seite 5**

statistische Relevanz. Es darf daher nicht sein, dass für Versäumnisse seitens der Regierungen die Hersteller in Haftung genommen werden.

Aufgrund verschiedener Zweifel an der Rechtmäßigkeit der aktuellen EU-Verordnung 2019/631 wird eine juristische Überprüfung empfohlen. Es soll geklärt werden, welche der nachfolgenden Kriterien relevant sind und durch die Verordnung nicht erfüllt werden:

- Verhältnismäßigkeit muss sichergestellt sein
- Kein Eingriff in persönliche Grundrechte (z.B. Berufsverbot, ...)
- Technologieoffenheit als Voraussetzung
- Zielsetzung muss realistisch sein

Dazu kommen weitere Fragen:

- Kann die Automobilindustrie für Fehlentscheidungen und Versäumnisse der Regierungen bestraft werden?
- Kann die Automobilindustrie für das Käuferverhalten verantwortlich gemacht werden?

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 6

## Antrag 002

**Betr.: Resilienz und Flexibilität für die Wirtschaft während und  
nach Corona Antragsteller: LFA Wirtschafts- und  
Finanzpolitik**

**Antragsteller: LFA Wirtschaft und Finanzen**

1 Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des  
2 öffentlichen und privaten Lebens haben zu gravierenden wirtschaftlichen Folgen  
3 geführt, die kurz- bis langfristige Konsequenzen zeigen werden.  
4 Wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen diesem Sachverhalt Rechnung tragen  
5 und entsprechend konzipiert werden. Die dadurch sichtbar gewordenen  
6 Schwachstellen wollen wir unbedingt angehen und diese Ereignisse als Auslöser  
7 für eine Vorwärtsbewegung für digitale Transformation und  
8 wirtschaftlich-gesellschaftliche Resilienz nutzen.

9 **1) Beschaffungsketten in einer weiter globalisierten Welt (mittelfristig bis**  
10 **langfristig)**

11 Den globalisierten Strukturen durch Renationalisierung der Beschaffung entgegen  
12 zu treten ist kein gangbarer Weg, da wir als Exportland Rohstoffe, Waren und  
13 Dienstleistungen auf den internationalen Märkten beziehen und absetzen können  
14 müssen. Neben dem nationalen Interesse verfolgen wir das Ziel intensiven  
15 wirtschaftlichen Austauschs auch zugunsten der Entwicklung und Ertüchtigung  
16 von Schwellenländern. Wir fordern daher alle Wirtschaftstreibende auf, ihre  
17 Lieferketten insbesondere in Hinblick auf die Diversität und Robustheit  
18 weiterzuentwickeln, um Versorgungsrisiken zu vermeiden. Langfristig gestaltete  
19 Verträge sowie der Ausbau und die Aufrechterhaltung diplomatischer  
20 Beziehungen, unter ständiger Beobachtung der politische Entwicklungen, sind  
21 mögliche Maßnahmen.

22 **2) Medizinische Versorgungsstabilität sicherstellen (mittelfristig bis**  
23 **langfristig)**

24 Wir fordern die Sicherstellung der Versorgungsstabilität im medizinischen Bereich  
25 im Rahmen unserer allgemein positiven Haltung zur Globalisierung. Dies kann  
26 durch Rückholung eines Produktionsanteils in die EU - in Koordination mit den  
27 EU-Partnerstaaten - ebenso wie durch sach- und risikogemäß bemessene  
28 Bevorratung geschehen.

29 Zur weiteren Förderung der Forschung- und Entwicklung fordern wir den Ausbau  
30 attraktiver wirtschaftlich und wissenschaftlich vernetzter Ökosysteme in  
31 Baden-Württemberg (z. B. Tübingen, Heidelberg, Freiburg usw.), in denen

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 7

32 medizintechnische und biotechnische Startups entstehen und sich langfristig  
33 finanzieren können, sowie großen Unternehmen Anreize bieten, Arbeitsplätze in  
34 der Forschung und Entwicklung mit kritischem Wissen in Deutschland und der  
35 EU zu halten.

36 Seitens der Verwaltung müssen für die Zukunft Risikopläne entstehen, auf Basis  
37 derer Pläne sowohl öffentlicher wie auch privater Akteure ausgerichtet werden,  
38 um das Ziel der Versorgungssicherheit in sachdienlichem Maße sicherzustellen.

### 39 **3) Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie die strukturellen** 40 **Voraussetzungen schaffen um die Digitalisierungschancen nicht zu** 41 **verschlafen (mittelfristig)**

42 Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der Digitalisierung noch einmal sehr  
43 deutlich vor Augen geführt - welchen Beitrag die Digitalisierung zu unserem  
44 Wohlstand leisten kann und welche Herausforderungen vor uns liegen, um die  
45 Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen zu können. Daher fordern wir

46 • Einen konsequenten und sofortigen Ausbau der digitalen Infrastruktur inklusive  
47 der Breitband-Netze in Zusammenarbeit mit den Netzanbietern  
48 (Breitbandverfügbarkeit mit mindestens 1Gbit in 90% der Haushalte bis Ende  
49 2025 und in 98% der Haushalte bis Ende 2030)

50 • Den Verwaltungsapparat einer grundsätzlichen Prüfung zu unterziehen, sodass  
51 bürokratische Strukturen auf das erforderliche Minimum reduziert werden. Hierzu  
52 soll das Land einheitliche Standards für Kommunen bei der Einrichtung der  
53 technischen Voraussetzungen einführen, sodass auch die kommunalen  
54 Verwaltungsapparate in der Lage sind, digitaler zu werden. Kommunen mit  
55 besonderen Initiativen, wie bspw. „Smart City“ sollen in Form von  
56 Förderprogrammen vom Land unterstützt werden. Es sollen also unnötige  
57 Prozesse abgebaut und die erforderlichen Prozesse effektiver gemacht werden  
58 und dann konsequent und umfassend digitalisiert werden.

59 Ansatzpunkte:

60 - Verwaltungsprozesse verschlanken und im Hinblick auf die digitalen  
61 Möglichkeiten optimieren als eine der Digitalisierung vorgeschalteten Maßnahme

62 - Länderübergreifende Standards schaffen

63 - Schaffung von Lernplattformen als Standard an Schulen zur Organisation von  
64 digitaler Bildung

65 - Digitale Endgeräte für Schüler verfügbar machen

66 - Digitale Lösungen für die notarielle Beurkundung

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 8

### 67 4) **Entscheidungsfähigkeit demokratischer Gremien sichern (kurzfristig und** 68 **mittelfristig)**

69 Um demokratische Prozesse auch in Krisenzeiten gewährleisten zu können, ist  
70 es essentiell, dass gewählte Gremien handlungsfähig bleiben. Deshalb fordern  
71 wir:

72 - Entscheidungsfähigkeit sichern, auch für Gemeinde- und Kreisräte

73 Gesicherte Online-Zugänge um ein digitales Arbeiten unkompliziert und  
74 umgehend zu ermöglichen. Keine "Allein-Entscheidung" durch Oberbürgermeister  
75 und Landrat.

76 - Digitale Beschlussfassung prinzipiell ermöglichen: Änderung in Kreis- und  
77 Gemeinderatsverordnung, um eine digitale Beschlussfähigkeit herzustellen.

78 - Digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger/Gremien: Bundesweite  
79 "Live-Übertragung" von öffentlichen Sitzungen des Kreis- und Gemeinderats.  
80 Bürgerbeteiligung digitalisieren und z.B. Umfragen unkompliziert durch  
81 Bürger-App ermöglichen

82 - Digitales Dokumentenmanagement: Einheitlicher Standard von  
83 Kommunalen-Digitalen-Dokumentenlösungen- Tagesordnungen, Anträge,  
84 Anfragen, Anlagen und Beschlussvorlagen sollen in allen Gemeinden digital  
85 abrufbar sein.

86 - **Demokratische Prozesse und Wahlen:** Die Durchführung von demokratischen  
87 Wahlen muss gewährleistet bleiben. Die Entwicklung einer sicheren digitalen  
88 Wahlmöglichkeit.

### 89 5) **Wettbewerb erhalten - Konzentrationsprozess gegensteuern.**

90 Die Corona-Krise bedroht die Existenz vieler KMU, insbesondere im  
91 Dienstleistungssektor. Dies kann z.B. zu einer weiteren Konzentration im  
92 Einzelhandel führen, der verbunden ist mit einem Aussterben der Innenstädte  
93 und einem Rückgang der Angebotsvielfalt. Marktdominierende Stellungen  
94 schränken nicht nur den Wettbewerb ein, sondern erhöhen das Risiko  
95 systemrelevanter Strukturen. Letztere bedingen eine Einschränkung der  
96 Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft an Schocks, wie z.B. in  
97 der aktuellen pandemiebedingten Krise.

98 Ansatzpunkte:

99 - Kurzfristig

100 - Liquiditätshilfen für betroffene Unternehmen.

101 - z.B. Verlustrückträge im Steuersystem.



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 9

- 102 - Verlängerung der Förderung in Existenzgründerprogrammen, um zu verhindern,  
103 dass Gründer auf halber Strecke wg. der Rezession scheitern.
- 104 - Anpassen von Insolvenzregeln (zeitlichen Druck mindern)
- 105 - Mittelfristig und langfristig
- 106 - Entwicklung und Umsetzung bedarfsgerechter Verkehrskonzepte zur Steigerung  
107 der Attraktivität der Innenstädte. Einkaufen muss bequem sein.
- 108 - Ausbau von Existenzgründer-Programmen.
- 109 - Stärkung regionaler Strukturen durch den Ausweis von Gewerbeflächen und  
110 Ausbau von Infrastruktur.
- 111 - Intensivierung der Wettbewerbskontrolle auf nationaler und internationaler  
112 Ebene. (Stichwort: europäische Wettbewerbspolitik)
- 113 - Vermeidung systemrelevanter Strukturen.
- 114 - Verbindliche Verpflichtung zur Rückführung staatlicher Beteiligungen nach der  
115 Krise.
- 116 **6) Anpassung der Rechtsrahmen an die veränderte Arbeitswelt**
- 117 Durch die exponentielle technologische Entwicklung verändert sich die Realität in  
118 allen Lebensbereichen mit zunehmender Beschleunigung. Um dringend  
119 notwendige Anpassungsprozesse nicht zu behindern, muss die Tauglichkeit der  
120 Rechtsgrundlagen und Vorschriften im Hinblick auf die künftigen Anforderungen  
121 umfassend auf den Prüfstand. Hierzu bedarf es kurz- und mittelfristiger  
122 Maßnahmen.
- 123 - Die rechtlichen Rahmenbedingungen hinken der Realität weiter hinterher.  
124 Rechtsrahmen müssen nicht nur für ein bestimmtes Ziel zum aktuellen Zeitpunkt  
125 gesetzt werden, sondern müssen bereits die Möglichkeit der Anpassung an die  
126 Entwicklung vorsehen. Zudem muss der Kurs der Zielsetzung regelmäßig  
127 überprüft werden. Wichtig ist eine schnelle Anpassung an disruptive  
128 Entwicklungsprozesse.
- 129 - Beispiele:
- 130 a. Scheinselbständigkeit. Die Regelung im Sozialrecht ist keinesfalls sachgerecht,  
131 wenn, dann muss die im Arbeitsrecht erfolgen, da dies in erster Linie eine  
132 arbeitsrechtliche Frage ist. Die heutige Rechtssituation führt zu extremen  
133 Verunsicherungen, auch unter Fachleuten dem Prüfungsbereich der  
134 Sozialversicherung.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 10

135 b. Arbeitsrecht. Das Arbeitsrecht muss neue Gestaltungsmöglichkeiten für  
136 Arbeitsverhältnisse eröffnen. Die heutigen starren Regelungen sind nicht mehr  
137 zeitgemäß. Der Schutz von Arbeitnehmern im notwendigen Rahmen (z.B.  
138 Kündigungsschutz) darf nicht dazu führen, dass diese erhebliche  
139 Einschränkungen in ihrer Gestaltung der Berufsausübung hinnehmen müssen  
140 (hochbezahlte freie Mitarbeiter im IT-Bereich usw.).

141 c. Arbeitszeitverordnung. Die Arbeitszeitverordnung in der jetzigen Ausgestaltung  
142 ist für Heim-Arbeitsplätze praktisch nicht anwendbar. Wer soll denn den  
143 Arbeitnehmer kontrollieren oder ihm verbieten, dass er am späten Abend noch  
144 kurz seine E-Mail durchsieht, weil er sich tagsüber für die Familienarbeit oder  
145 Anderes entschieden hat. Dafür dürfte er sich dann am anderen Tag nicht vor  
146 10:00 Uhr an seinen Heim-Arbeitsplatz setzen. Auch ist die Arbeitszeitregelung,  
147 weil Tages bezogen, zu unflexibel (ein häufiges Problem nicht nur in der  
148 Gastronomie). Warum nicht z.B. eine maximale Wochenarbeitszeit mit  
149 Monatsausgleich?

150 d. Arbeitsplatz Schutzverordnung. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass diese  
151 Schutzverordnung nicht uneingeschränkt in gleichem Maße gelten kann, wie für  
152 den betrieblichen Arbeitsplatz. Vor allem kann der Arbeitgeber nicht zu  
153 Kontrollen verpflichtet werden, die er weder tatsächlich noch rechtlich (Schutz der  
154 Privatsphäre) durchführen kann.

155 e. Recht auf Arbeit im häuslichen Büro. Ein solches Recht muss mit den  
156 jeweiligen betrieblichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Arbeitgeber  
157 vereinbar sein. Beispiele: Schutz der Mandanten bei rechts- und  
158 steuerberatenden Berufen, Wahrung von Betriebsgeheimnissen, notwendige  
159 Präsenz im jeweiligen Arbeitsvorgang.

### 160 **7) Gefahr einer Lost Generation vermeiden besonders für Absolventen, die** 161 **in den Arbeitsmarkt kommen und Soloselbständige (Kurz/mittelfristig)**

162 Eine länger anhaltende Wirtschaftskrise wird den Eintritt in den Arbeitsmarkt für  
163 Absolventinnen und Absolventen der Universitäten und Hochschulen erschweren.  
164 Dies gilt auch für die junge Menschen, die einen Berufsausbildung während  
165 dieser Periode abschließen werden. Auch der Eintritt in eine Lehre kann  
166 schwieriger werden. Falls sich hieraus längere Phasen der Arbeitslosigkeit bzw.  
167 niedrige Einstiegsgehälter ergeben, kann dies langfristige Konsequenzen für die  
168 Lebenszeiteinkommen und Rentenansprüche haben. Es darf weder zu einer  
169 noch stärkeren Ausprägung einer Generation Praktikum noch zu einer Lost  
170 Generation kommen. Auch Soloselbständige sind besonders durch die Krise  
171 betroffen. Die Krise wird die Digitalisierung beschleunigen. Dies stellt auch an die  
172 Arbeitskräfte neue Anforderungen im Hinblick auf Wissen und Fähigkeiten.

173 - Kurzfristige Ansatzpunkte

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 11

- 174 - Mentorenprogramme für Absolventinnen und Absolventen, die den Übergang  
175 ins Berufsleben unterstützen.
- 176 - Unterstützung für Unternehmen, die ausbilden und Arbeitskräfte nach der  
177 Ausbildung übernehmen.
- 178 - Unterstützung für Soloselbständige und Freiberufler entsprechend der  
179 Vorschläge der Bundespartei.
- 180 - Mittelfristige Ansatzpunkte
- 181 - Einführung von Corona-Zeiten in der Sozialversicherung
- 182 - Verlängerung der Fristen zur Unterstützung von Start-ups.
- 183 - Geringere bürokratische Hürden für Ausbildungsstätten.
- 184 - Anreize für Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen etablieren. Best practice  
185 Wettbewerb.
- 186 - Langfristige Ansatzpunkte
- 187 - Mehr digitale Kompetenzen in der Ausbildung vermitteln.
- 188 - Förderung der digitalen Infrastruktur, auch um die Etablierung von Home office  
189 zu erleichtern.
- 190 - Förderung von Gründungskompetenzen in allen Bereichen (tertiäre Ausbildung,  
191 Berufsausbildung)
- 192 **8) Wirksame Steuererleichterungen** Steuererleichterungen in Form niedrigerer  
193 Besteuerung (Steuersatz, Freibeträge etc.) im Bereich der Ertragsteuern sind  
194 hinsichtlich ihrer Wirksamkeit fragwürdig (wer keine Gewinne erzielt, dem nützen  
195 ertragsteuerliche Entlastungen nichts). Wir fordern rasch wirksame Maßnahmen ,  
196 u.a.
- 197 - Dynamisierung bei der zeitlichen Verteilung der Steuerlast durch  
198 Verlustrückträge (auch unbegrenzte Verlustvorträge)
- 199 - Bei progressiver Steuerbelastung (Einkommensteuer) sollten die  
200 durchschnittliche Steuerlast über mehrere Jahre angepasst werden können;  
201 zudem sollten bei der Einkommensbesteuerung Sonderausgaben und  
202 außergewöhnliche Belastungen in die Anpassung der ausgewogenen  
203 steuerlichen Durchschnittsbelastung über mehrere Jahre mit einbezogen werden  
204 (davon sind insbes. Unternehmer bei schwankenden Gewinnen / Verlusten  
205 betroffen)

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 12

206 - Gewerbesteuer (abschaffen und) durch eine wettbewerbsneutrale Abgabe  
207 ersetzen, die eine stabile Finanzierung der Kommunen ermöglicht (Anteil an der  
208 Umsatzsteuer etc.), da die jetzige Gewerbesteuer substanzbesteuernde  
209 Elemente enthält (z.B. Gewerbesteuer auf Mieten und Zinsen, obwohl das  
210 Unternehmen Verluste schreibt). Gleichzeitig würde dies auch einen erheblichen  
211 Bürokratieabbau mit sich bringen.

212 - Beschränkung der Verrechnung von Gewinnen und Verlusten verschiedener  
213 Einkunftsarten überdenken und systematisch sauber ausgestalten.

214 - Einen Freibetrag für Ersterwerber von Wohnraum bei der Grunderwerbssteuer  
215 einräumen.

216

### 217 **9) Flexibilisierte Flächennutzung**

218 In Baden-Württemberg herrscht insbesondere in den Ballungsgebieten akuter  
219 Wohnungsmangel. Stuttgart hat München als teuerste Stadt für Mieter abgelöst.  
220 Nicht mehr benötigte Gewerbeimmobilien müssen in den Fokus der  
221 Stadtentwicklung rücken, hierfür haben wir jetzt die Chance. Zudem hat die Krise  
222 gezeigt, dass wir räumliche Alternativen zum Full-Office / Home-Office  
223 benötigen.

224 Wir fordern deshalb:

225 - Unbürokratische Nutzungsänderung von Gewerbeflächen zu Wohnflächen,  
226 insbesondere in Ballungsgebieten.

227 - Reduzierung bzw Flexibilisierung und Individualisierung der Bauvorlagen (EnEV,  
228 Brandschutz etc.). In Deutschland gibt es mehr als 20.000 Bauvorschriften,  
229 Normen und Anforderungen, die beim Hochbau beachtet werden müssen. Das  
230 ist unnötig und verursacht Kosten. Diese Vorschriften müssen bis 2025 auf  $\frac{1}{3}$  der  
231 bestehenden reduziert werden.

232 - Vereinfachung des Baurechts (Verkürzung der Verfahren), Standards müssen  
233 auf ein kostengünstigeres, effizientes Niveau gebracht werden.

234 - Räumliche Alternativen zum Home-Office: öffentliche Einrichtungen mit  
235 mietbaren Büroräumen auf Stunden- Basis.

236 **10) Aufstockung der Cyberwehr für adäquate Sicherheit im Netz für Firmen**  
237 **und Private** Durch eine intensiviertere Nutzung und zunehmende Verlagerung von  
238 staatlichen sowie privaten Aktivitäten und Dienstleistungen in den virtuellen  
239 Raum, muss auch für eine entsprechende Sicherheitsinfrastruktur und  
240 -personaldecke im Cyberraum gewährleistet sein.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 13

241 Wir fordern deshalb:

242 - Die Schaffung von Sicherheits-Standards und Best Practices für kommunale  
243 und staatliche Nutzer (z.B. Vermeidung von Backdoors etc.)

244 - Die Ausweitung von Schulungsangeboten für Private, Firmen und im  
245 Schulunterricht, um eine erhöhte Sensibilisierung zu Themen der Cybersicherheit  
246 zu erreichen

247 - Die Aufstockung von Ressourcen im Bereich der Cyberwehr  
248 Baden-Württemberg, um genügend Ressourcen zur Verbrechensbekämpfung

249

## **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 14

## Antrag L001

**Betr.: Landtagswahlprogramm**

**Antragsteller: Landesvorstand**

### 1 Präambel

2 Im März 2021 wird ein neuer Landtag gewählt. Am Beginn dieser neuen  
3 fünfjährigen Wahlperiode steht unser Land vor besonderen Herausforderungen.

4 Wir müssen:

5 · aus den Restriktionen, die wegen der Corona-Pandemie über das Land  
6 verhängt worden sind, wieder zu einer weitgehenden Normalität des Alltags in  
7 Wirtschaft und Gesellschaft zurückfinden, ohne dabei die Gesundheit der  
8 Menschen zu gefährden.

9 · die Unternehmen, die Selbständigen und die betroffenen Arbeitnehmer dabei  
10 unterstützen, die Folgen der Pandemie zu beheben und wieder zurück auf einen  
11 Wachstumskurs zu finden, der den Wohlstand in unserem Land sichert.

12 · auch wenn die Staatseinnahmen zurückgehen, zu einer soliden Finanzpolitik  
13 zurückkehren, die den Landeshaushalt in Ausgaben und Einnahmen ausgleicht  
14 und auf mittlere Frist wieder jene Überschüsse erwirtschaftet, die wir brauchen,  
15 um den Sanierungsstau bei den Landesstraßen, den Hochschulen und dem  
16 übrigen Landesvermögen zu beheben.

17 · in Politik und Gesellschaft zu jenem Optimismus zurückfinden, der  
18 unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsorientierte moderne Gesellschaft  
19 ist. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Wohlstand, den die Menschen in  
20 Baden-Württemberg erwirtschaften, auf dem Altar unbegründeter Zukunftsängste  
21 geopfert wird.

22 · unser Bildungssystem in einer kraftvollen Qualitätsoffensive modernisieren,  
23 damit jeder junge Mensch in Baden-Württemberg ein für ihn passendes  
24 Bildungsangebot erhält, das ihn fit macht für die Herausforderungen des 21.  
25 Jahrhunderts.

26 Wir Freie Demokraten sind bereit und entschlossen, nach der Landtagswahl  
27 wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir wollen  
28 Baden-Württemberg mit Sachverstand, mit einem klaren marktwirtschaftlichen  
29 Kompass und mit dem Willen, neuen Wohlstand zu schaffen, gestalten.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 15

30 Die Freien Demokraten sind eine Partei der gesellschaftlichen Vielfalt. Doch in  
31 der öffentlichen Debatte geht es viel zu oft darum, was uns trennt und viel zu  
32 selten darum, was uns eint. Daher wollen wir in unserem Programm nicht für alle  
33 gesellschaftlichen Gruppierungen einzelne Kapitel machen, sondern die  
34 Befähigung, an der Gesellschaft teilzunehmen, für alle Menschen dort  
35 berücksichtigen, wo es inhaltlich hingehört. Uns eint, dass wir Menschen sind  
36 und gemeinsam die Gesellschaft bilden. Unsere Partei will jeden Einzelnen dazu  
37 bestärken.

38 Dabei setzen wir auf das liberale Menschenbild, das den Menschen vertraut und  
39 durch weniger Normen und Vorgaben Dynamik freisetzen will. Von dieser  
40 Dynamik der Freiheit profitieren wir hier im Südwesten seit vielen Jahrzehnten  
41 und die Welt beneidet uns um sie.

42 Ebenso vertrauen wir auf die Errungenschaften von Forschung und Technik und  
43 der modernen Medizin, mit denen wir gerade in Baden-Württemberg so viel zur  
44 Lebensqualität innerhalb und außerhalb des Landes beigetragen haben und in  
45 Zukunft beitragen werden.

46 Unser Land hat es nicht verdient, mit überkommenen Ideologien regiert zu  
47 werden. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen vielmehr erwarten, dass Politik und  
48 Verwaltung sachorientiert, bürgerfreundlich und als verlässlicher Partner der  
49 Wirtschaft agieren.

50 Dafür legen wir ein Regierungsprogramm vor, auf dessen Grundlage wir unser  
51 Land verantwortlich gestalten wollen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg einer  
52 der attraktivsten Wirtschaftsstandorte in Europa bleibt und zugleich lebenswerte  
53 und liebenswerte Heimat für uns alle ist.

54 Die Mobilität der Menschen, die weltbeste Bildung, die Digitalisierung als Chance  
55 zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, gelebte soziale  
56 Verantwortung, eine lebendige Demokratie und ein vielfältiges kulturelles  
57 Angebot sind die wichtigsten Leitziele unserer Politik für Baden-Württemberg.

58 Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger des Landes um ihre Stimme und damit um  
59 den Auftrag, uns wieder maßgeblich an der Landesregierung zu beteiligen.

60 Es ist an der Zeit, dass Freie Demokraten wieder Verantwortung für dieses Land  
61 übernehmen.

## 62 **Mobilität**

### 63 **M1) Mobilität als Grundlage unserer Gesellschaft**

64 Mobilität ist ein wesentliches Grundbedürfnis unserer Gesellschaft und ein  
65 Kernelement unserer Freiheit. Kaum etwas prägt unseren Alltag so sehr wie

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 16

66 Mobilität – wir bewegen uns zur Arbeit, zum Einkaufen und auch in unserer  
67 Freizeit. Mobilität ist eine unentbehrliche Voraussetzung für soziale Teilhabe und  
68 ein selbstbestimmtes Leben. Dies zeigte sich auch sehr deutlich während der  
69 Corona-Pandemie.

70 Darüber hinaus trägt Mobilität in einer global vernetzten Welt auch maßgeblich  
71 dazu bei, den Wohlstand unserer Gesellschaft zu sichern und die  
72 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Baden-Württemberg zu stärken.

73 Mobilität darf, kann und soll sich nicht nur auf den Straßenverkehr beschränken -  
74 zumal ein unbegrenzter Ausbau des Straßenverkehrs nicht möglich ist. Sowohl  
75 aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen können nur alle  
76 Verkehrsträger gemeinsam die Mobilitätsnachfrage einer modernen Gesellschaft  
77 befriedigen. Daher müssen wir unseren Verkehr vernetzt denken. Verkehr  
78 vermeiden, dort wo er vermeidbar ist. Verkehr optimieren, wo Ausbau die  
79 schlechtere Alternative darstellt und bestehende Infrastruktur den heutigen  
80 Anforderungen anpassen, besonders da, wo seit Jahren nicht mehr investiert  
81 wurde.

82 Die Gestaltung moderner Verkehrsinfrastruktur berücksichtigt die Belange der  
83 Menschen und der Wirtschaft, ohne die Belange der Anwohner kleinzureden. Sie  
84 sieht die Bedürfnisse aller Beteiligten und scheut die Auseinandersetzung nicht.  
85 Am Anfang steht immer ein offener, ehrlicher Diskurs über die Belange der  
86 Menschen, ihre wirtschaftliche Entfaltung und die Anforderungen des Klima- und  
87 Umweltschutzes. Am Ende der Diskussion muss aber auch eine Entscheidung  
88 stehen, die von den Menschen akzeptiert wird.

89 Wir werden:

90 · weiterhin eine ideologiefreie Verkehrspolitik betreiben, die sich ihrer  
91 Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt bewusst ist. Die mobile  
92 Bürgergesellschaft braucht alle Verkehrsträger und -angebote und muss offen  
93 sein für neue Entwicklungen und moderne Technologien (z. B. Urbane  
94 Seilbahnen und Maglev-Fahrzeuge (*Fußnote: Magnetschwebbahnen*)). Liberale  
95 Verkehrspolitik bezieht alle Verkehrsmittel und Verkehrsteilnehmer  
96 gleichermaßen in eine optimale Konzeption ein und spielt sie nicht  
97 gegeneinander aus.

98 · dafür sorgen, dass zwischen Planung und Realisierung von  
99 Infrastrukturmaßnahmen nicht Jahrzehnte vergehen. Ein neues Planungsrecht  
100 zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und eine adäquate  
101 Personalausstattung sorgen dafür, dass die Realisierung der Vorhaben wieder  
102 näher an die Entscheidung über die Vorhaben rückt.

103 · einen neuen Generalverkehrsplan aufstellen. Der aktuelle Generalverkehrsplan  
104 des Landes stammt aus dem Jahr 2010 und bedarf dringend einer



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 17

105 Aktualisierung. Er muss zukünftig zu einem landesweiten Mobilitätskonzept  
106 weiterentwickelt werden, das Verkehrsbedürfnis, Technologie, Ökonomie und  
107 Ökologie sowie soziale Belange und Mobilitätsmanagement abwägend verknüpft.  
108 Dabei muss verstärkt an die Auswirkungen des demographischen Wandels auf  
109 den Verkehrssektor gedacht werden, um auch zukünftig für alle Bürger in Stadt  
110 und Land nachhaltige Mobilitätskonzepte anbieten zu können.

111 · die Anstrengungen für eine barrierefreie Gestaltung von Verkehrsinfrastruktur  
112 und Fahrzeugen intensivieren. Damit ermöglichen wir in ihrer Mobilität  
113 eingeschränkten Bürgerinnen und Bürgern die gleichberechtigte und  
114 selbstbestimmte Teilhabe am mobilen Leben.

## 115 **M2) Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Mobilität**

116 Die verschiedenen Stufen der Corona-Pandemie hatten und haben vielfältige  
117 kurz- und mittelfristige Auswirkungen auf die Mobilität der Menschen. Auch wenn  
118 wir die langfristigen Auswirkungen noch nicht absehen können, wissen wir, dass  
119 auch einschneidende Ereignisse der Vergangenheit wie z. B. die Anschläge von  
120 New York 2001 oder die SARS-Pandemie 2002/2003 ebenfalls für enorme  
121 Einbrüche im internationalen Verkehr sorgten. Bereits wenige Jahre danach  
122 wurden aber bspw. im Luftverkehr die Wachstumspfade der Vergangenheit  
123 wieder erreicht. Da einige der zu beobachtenden Veränderungen auch dauerhaft  
124 sinnvoll sein könnten, werden wir aus den Erfahrungen während der Pandemie  
125 lernen und die Erkenntnisse in die Verkehrspolitik der Zukunft einfließen lassen.

126 Die Beschränkungen zu Beginn der Pandemie sorgten für einen starken  
127 Rückgang der Verkehrsnachfrage, da die Menschen deutlich weniger Wege als  
128 üblich zurücklegten. Auch bei der Verkehrsmittelwahl zeigten sich deutliche  
129 Veränderungen. Die Nutzung von Bus und Bahn nahm stark ab, da einer der  
130 Hauptvorteile des öffentlichen Verkehrs – der gleichzeitige Transport vieler  
131 Menschen in den Spitzenzeiten der Verkehrsnachfrage – in der Pandemie zu  
132 einem Nachteil wurde. Noch stärkere Einbrüche gab es im Personenverkehr per  
133 Flugzeug und Schiff, da auch der Tourismus aufgrund der Grenzsicherungen  
134 und Beschränkungen zum Erliegen kam. Auf den Straßen waren weniger Pkw  
135 unterwegs und die Abwesenheit von Staumeldungen im Radio zeigte  
136 eindrucklich, dass eine Senkung der Verkehrsdichte das Verkehrsgeschehen  
137 enorm entspannt. Große Zuwächse gab es im Radverkehr, da gerade bei gutem  
138 Wetter viele Menschen das Fahrrad als Alternative für kürzere Distanzen  
139 entdeckten.

140 Im Güterverkehr kam es ebenfalls zu Verwerfungen.  
141 Produktionseinschränkungen in Firmen, die Wiedereinführung von  
142 Grenzkontrollen sowie Personalengpässe sorgten auch beim Transport von  
143 Gütern für Rückgänge oder Verlagerungen auf andere Transportwege.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 18

144 Wir werden:

145 · die Resilienz der Verkehrssysteme, d. h. die Widerstandsfähigkeit gegenüber  
146 Einflüssen wie Pandemien und andere Krisen zukünftig verstärkt im Blick  
147 behalten. Dabei geht es z. B. um die präventive Vorbereitung auf solche  
148 Ereignisse durch Notfallpläne, die Bevorratung notwendiger Güter oder die  
149 Ausgestaltung der Infrastruktur.

150 · definieren, welches Verkehrsangebot in Krisenzeiten besonders relevant ist und  
151 wie dieses auch in schwierigen Zeiten zumindest in einem Basisbetrieb erhalten  
152 bleiben kann. Dies betrifft sowohl die Infrastruktur (z. B. Flughäfen oder  
153 Schienenstrecken) als auch den Betrieb (z. B. im ÖPNV oder bei Fähren). Wenn  
154 private Anbieter wie z.B. Busunternehmen dazu angehalten sind, auch temporär  
155 unwirtschaftliche Anlagen oder Angebote aufrecht zu erhalten, muss es einen  
156 finanziellen Ausgleich durch die öffentliche Hand geben.

157 · uns dafür einsetzen, dass die Flexibilisierung von beruflichen Tätigkeiten, sei es  
158 die Arbeit von zuhause aus oder die Anpassung von Arbeitszeiten, auch nach  
159 der Pandemie unbürokratisch erhalten bleibt. Dies würde zu einer Vermeidung  
160 und Entzerrung der Verkehrsnachfrage beitragen und der Überlastung der  
161 Verkehrsinfrastruktur in den Spitzenzeiten entgegenwirken. Zudem wirkt sich  
162 jeder gesparte Kilometer positiv auf unsere Umwelt aus.

163 · die Ausweitung von Kapazitäten im ÖPNV prüfen, so dass zukünftig mehr Platz  
164 zur Verfügung steht. Dadurch wird der öffentliche Verkehr zudem attraktiver für  
165 Fahrgäste und es wird z. B. einfacher, Kinderwagen, Gepäck oder Fahrräder  
166 mitzuführen. Allerdings wird eine solche Ausweitung teilweise nur mit hohem  
167 Aufwand umsetzbar sein, vor allem, wenn dazu auch die Verkehrsinfrastruktur  
168 ausgebaut werden muss. Dies muss auch unter dem Aspekt betrachtet werden,  
169 dass die finanziellen Ressourcen in den kommenden Jahren deutlich geringer  
170 sein werden.

171 · darauf hinwirken, dass bei kommenden Krisen die europäischen Grenzen  
172 weitgehend geöffnet bleiben können. Der grenzüberschreitende Personen- und  
173 Gütertransport ist ein Fundament der europäischen Einigung und gerade in  
174 grenznahen Bereichen haben sich die Menschen seit vielen Jahren daran  
175 gewöhnt, dass Grenzen sie nicht mehr trennen.

## 176 **M3) Mobilität und Automobilwirtschaft**

177 Baden-Württemberg kann sein Wohlstandsniveau nur halten, wenn die  
178 heimische Wirtschaft den Anschluss an die Zukunft nicht verpasst. Aufgrund der  
179 Corona-Pandemie und deren wirtschaftlicher Folgen ist diese Herausforderung  
180 noch größer geworden. Es ist Aufgabe der Politik, dafür die richtigen  
181 Rahmenbedingungen zu schaffen. Prägend für das Land ist die  
182 Automobilindustrie, zu deren Hauptakteuren nicht nur die großen

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 19

183 Automobilhersteller zählen, sondern insbesondere auch die zahlreichen  
184 mittelständischen Zulieferbetriebe.

185 Die Automobilwirtschaft befindet sich derzeit in einem umfassenden  
186 Strukturwandel, da die Mobilität der Zukunft deutlich vielfältiger sein wird.  
187 Baden-Württemberg hat in einigen Technologiebereichen ein herausgehobenes  
188 Potential: Bei der Weiterentwicklung von Verbrennungsmotoren, bei  
189 wasserstoffbasierten Antrieben oder synthetischen Kraftstoffen. Nicht zuletzt  
190 aufgrund der hohen Wertschöpfungstiefe wasserstoffbasierter Antriebssysteme  
191 darf diese Technologie im Zuge des Strukturwandels der Automobilindustrie nicht  
192 vernachlässigt werden. Die batterieelektrische Mobilität hat sich bisher nicht  
193 durchgesetzt. Alleine bietet sie keine schlüssigen Antworten auf die vielen  
194 offenen Fragen zu drohenden Arbeitsmarkteffekten am Automobilstandort  
195 Deutschland, zur Infrastruktur und zur Ökobilanz. Die einseitige Fokussierung auf  
196 die Elektromobilität zur Abkehr des Verkehrs von fossilen Brennstoffen ist ein  
197 Irrweg. Deshalb ist eine tiefgreifende Wasserstoffstrategie für uns Bedingung für  
198 den Eintritt in die Regierung.

199 Um sowohl die CO<sub>2</sub>- Minderungsziele im Verkehr zu erreichen und gleichzeitig  
200 die Schlüsselindustrie Baden-Württembergs zu transformieren, setzen wir Freie  
201 Demokraten auf eine echte Technologieoffenheit.

202 Wir werden:

203 · uns für den Erhalt der Arbeitsplätze in der in der Automobil- und  
204 Zulieferindustrie in Baden-Württemberg einsetzen. Zu diesem Zweck bekennen  
205 wir uns auch zur Zukunft des Verbrennungsmotors (beispielsweise auf Basis des  
206 umweltfreundlichen Diesels der aktuellen Generation und der synthetischen  
207 E-Fuels).

208 · uns dafür einsetzen, die massiven Strafzahlungen für Verbrennungsmotoren auf  
209 europäischer Ebene auszusetzen. Insbesondere nach der Coronakrise darf es  
210 nicht zu zusätzlichen Belastungen der Automobil- und Zulieferindustrie kommen.

211 · einen Rahmen schaffen, in dem neue Antriebsarten und Mobilitätskonzepte  
212 optimal erprobt werden können. Dabei wollen wir die Forschung zu  
213 unterschiedlichen Technologien zur CO<sub>2</sub>- Minderung und zur Erreichung der  
214 Klimaziele fördern und den passenden Rahmen schaffen, der ihre wirtschaftliche  
215 Anwendung ermöglicht.

216 · eine Wasserstoffstrategie des Landes implementieren.

217 · uns für die Ausdehnung des Zertifikatehandels auf alle Sektoren einsetzen.  
218 Auch die positive Klimawirkung synthetischer Kraftstoffe sollte bei den  
219 CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerten der EU berücksichtigt werden.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 20

220 · auf das Ende der heutigen Subventionspraxis bei der batteriegebundenen  
221 Elektromobilität hinwirken. Subventionen für die Forschung und Einführung neuer  
222 Technologien dürfen sich nicht ausschließlich auf die Batterietechnik fokussieren,  
223 sondern müssen technologieoffen gestaltet werden.

224 · bei der Betrachtung der Ökobilanz aller Antriebformen und  
225 Mobilitätstechnologien die gesamte Prozesskette von der Herstellung über die  
226 Nutzung bis hin zur Entsorgung einbeziehen. Dabei ist auch die erforderliche  
227 Netz- und Ladeinfrastruktur zu berücksichtigen. Nur so sind alle Antriebsarten  
228 ökologisch miteinander vergleichbar.

229 · uns für eine Zulassung synthetischer Kraftstoffe einsetzen, die innovative  
230 Chancen für die weitere Nutzung in Verbrennungsmotoren bieten und auch  
231 großes Potenzial für die umweltfreundliche Nutzung des Fahrzeugbestands und  
232 beispielsweise einen Flugverkehr ohne fossile Brennstoffe haben.

233 · bei der Förderung der für neue Technologien erforderlichen Infrastrukturen (wie  
234 z. B. Batterie-Ladestationen und Wasserstoff-Tankstellen) keine Technologie  
235 einseitig bevorzugen.

### 236 **M4) Straßen und Wege**

237 Unsere Straßen sind die Pulsadern des Landes Baden-Württemberg. Als  
238 bedeutender Wirtschaftsstandort braucht das Land hervorragende  
239 Rahmenbedingungen und ein leistungsfähiges Straßennetz für den Personen-  
240 und Güterverkehr.

241 Sind unsere Straßen überlastet oder sanierungsbedürftig, belasten sie die Bürger  
242 und die Wirtschaft des Landes. Die täglichen Staus auf unseren Straßen kosten  
243 nicht nur Zeit und Geld, sondern belasten auch die Umwelt. Sie bringen Verdross  
244 für alle, die jeden Tag im Stau stehen und Termine einhalten oder Waren  
245 pünktlich an ihr Ziel bringen müssen. Leistungsfähige und moderne  
246 Bundesstraßen, Landesstraßen und kommunale Straßen sind mithin die  
247 Grundvoraussetzung für eine hohe Lebensqualität und eine florierende  
248 Wirtschaft in Baden-Württemberg.

249 Wir werden:

250 · eine Zukunftsoffensive auflegen, aus der die Sanierung der Landesstraßen und  
251 der zahlreichen sanierungsbedürftigen Brücken sowie jene Aus- und Neubauten  
252 finanziert werden, die zur Verbesserung des Verkehrsflusses und zur Entlastung  
253 lärmgeplagter Wohngebiete benötigt werden.

254 · die Fördermittel des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)  
255 dazu nutzen, die kommunale Verkehrsinfrastruktur auszubauen und dabei die  
256 Barrierefreiheit entschieden voranbringen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 21

257 · die Mittel für Erhaltung und Ausbau der Landesstraßen dauerhaft auf ein  
258 höheres Niveau steigern. Die Landesstraßen sichern vor allem im ländlichen  
259 Raum die Mobilität der Bürger.

260 · uns anstelle starrer Tempolimits für dynamische Geschwindigkeitsregelanlagen  
261 auf Autobahnen und Fernstraßen einsetzen.

262 · die Freigabe von Seitenstreifen in hochbelasteten Zeiten auf geeigneten  
263 Autobahnabschnitten vorantreiben.

264 · uns für ein effizientes Baustellenmanagement auf Autobahnen einsetzen, dass  
265 möglichst die Zahl der Fahrstreifen beibehält und eine Beschleunigung des  
266 Bauablaufs, beispielsweise durch 24-Stunden-Baustellen, umfasst.

267 · das Car-Sharing als interessante und flexible Alternative zum individuellen  
268 Fahrzeugbesitz unterstützen. Die Bereitstellung besonderer Stellplätze für  
269 Car-Sharing-Fahrzeuge im öffentlichen Raum muss in den Kommunen  
270 vorangetrieben werden.

271 · den Radverkehr als ökologische und gesunde Alternative zum Autoverkehr  
272 weiterhin unterstützen. Dazu soll die Radverkehrsinfrastruktur weiter ausgebaut  
273 und auch auf die Erfordernisse von Berufspendlern ausgerichtet werden.  
274 Außerdem setzen wir auf Ladestationen für Elektrofahrräder (Pedelecs, E-Bikes)  
275 und auf den Ausbau von Radmietangeboten („BikeSharing“) sowie die Freigabe  
276 der Nutzung von Radwegen für sog. S-Pedelecs.

277 · die Mobilität junger Menschen erhöhen, indem wir die Altersgrenze für die  
278 Klasse AM (Motorrollerführerschein) ab 15 einführen.

## 279 **M5) ÖPNV und Schienenverkehr**

280 Bei der Wahl des Fortbewegungsmittels setzen wir uns für eine selbstbestimmte  
281 Entscheidungshoheit ein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden  
282 können, welche Art der Fortbewegung für sie die geeignetste ist. Für die  
283 Wahlfreiheit ist es erforderlich, dass auch eine Auswahl vorhanden ist – nicht  
284 nur in den Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Raum. Dabei wollen wir  
285 nicht nur von Verkehrsverlagerungen reden, wir wollen sie durch  
286 wettbewerbsfähige Angebote ermöglichen. Daher ist der öffentliche Verkehr so  
287 auszubauen und zu ertüchtigen, dass er eine attraktive Alternative zu anderen  
288 Verkehrsmitteln darstellt. Qualität, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen die  
289 Motivation für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs sein – und nicht das Verbot  
290 anderer Verkehrsmittel.

291 Wir werden:

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 22

292 · uns weiterhin für die großen laufenden Ausbauprojekte im Land (Stuttgart 21,  
293 Neubaustrecke Wendlingen – Ulm, Ausbau der Rheintalbahn) einsetzen, diese  
294 wichtigen Projekte aktiv unterstützen und mit allen Projektbeteiligten konstruktiv  
295 zusammenarbeiten.

296 · uns für eine rasche Realisierung der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim  
297 einsetzen. Sie ist ein wichtiger Lückenschluss im deutschen  
298 Hochgeschwindigkeitsnetz und bedeutet für ganz Baden-Württemberg erhebliche  
299 Fahrtzeitverkürzungen und bessere Verbindungen nach Norden. Die  
300 Fernverkehrsanknüpfung des Knotens Mannheim und damit des  
301 Rhein-Neckar-Raumes muss dabei erhalten bleiben und langfristig gesichert  
302 werden.

303 · beim Bund energisch dafür eintreten, dass der dringende Ausbau und die  
304 Elektrifizierung von Bahnstrecken im Land vorankommen. Ist eine Elektrifizierung  
305 einzelner Strecken (z. B. aufgrund zu enger Tunnelquerschnitte) nicht  
306 wirtschaftlich, sind neue innovative Antriebskonzepte (z. B. Brennstoffzellen- oder  
307 Batterie-Hybrid-Züge) als Alternative in Betracht zu ziehen.

308 · dafür sorgen, dass der regionale Schienenverkehr in der Verantwortung des  
309 Landes endlich wieder pünktlich und zuverlässig funktioniert. Hierzu braucht es  
310 einen transparenten, an Qualitätskriterien orientierten  
311 Ausschreibungswettbewerb. Die Kapazitäten müssen an die steigende Nachfrage  
312 angepasst werden.

313 · den ÖPNV in den Ballungsräumen systematisch ausbauen und dabei die  
314 Angebote bedarfsgerecht, effizient und qualitativ gestalten.

315 · die Busverkehre als Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum wertschätzen und  
316 weiterentwickeln. Dabei wollen wir Rahmenbedingungen setzen, die der  
317 mittelständischen Buswirtschaft einen fairen Wettbewerb ermöglichen. Außerdem  
318 setzen wir auf die Ausweitung von Rufbus-Verkehren, die verstärkte Einbindung  
319 von Taxi-Unternehmen und die Ergänzung des ÖPNV durch Bürgerbusverkehre  
320 als Modelle bürgerschaftlichen Engagements.

321 · den ÖPNV auf Straße und Schiene im ganzen Land durch bessere Ausstattung  
322 (z. B. USB-Steckdosen, WLAN und Mobilfunk auch in Tunnels) attraktiver  
323 gestalten.

324 · uns für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr im Nah- und Fernverkehr  
325 einsetzen.

326 · mit den Kommunen den Bau von Fernbusbahnhöfen koordinieren, so dass eine  
327 gute Infrastruktur für das inzwischen etablierte Angebot entsteht.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 23

328 · alle Regionen des Landes über Straße und Schiene gut an die  
329 Verkehrsflughäfen anbinden und diese miteinander vernetzen. Ein Nachholbedarf  
330 besteht dabei insbesondere bei der Anbindung des Flughafens  
331 Karlsruhe/Baden-Baden.

## 332 **M6) Güterverkehr und Logistik**

333 Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat einer prosperierenden  
334 Volkswirtschaft. Für die Sicherung und Entwicklung unserer Wirtschaftsstandorte  
335 sind leistungsfähige Anbindungen an Straße, Schiene und Wasserwege eine  
336 unverzichtbare Voraussetzung. Die dadurch ermöglichte Mobilität ist die  
337 Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Regionen und für die hohe  
338 Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

339 Eine gute Verkehrsanbindung gewinnt durch die voranschreitende globale  
340 Verflechtung der Märkte stetig an Bedeutung. Dies wird sich auch durch die  
341 Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen nicht ändern. Daneben ist  
342 die Verkehrswirtschaft selbst ein wichtiger eigenständiger Wirtschaftsbereich und  
343 trägt in hohem Maße zum Bruttoinlandsprodukt bei. Angesichts der  
344 volkswirtschaftlichen Bedeutung der Verkehrswirtschaft als eine elementare  
345 Grundlage unseres Wohlstands werden wir den Interessen des Güterverkehrs  
346 und der Logistik - auch unter den Aspekten der Sicherheit und der  
347 Krisenfestigkeit - mehr Aufmerksamkeit widmen.

348 Wir werden:

349 · beim wünschenswerten Ausbau des Schienenverkehrs die Belange des  
350 Güterverkehrs verstärkt berücksichtigen. Dieser benötigt eine leistungsfähige  
351 Infrastruktur, um wettbewerbsfähig zu sein.

352 · das Netz der Terminals für den kombinierten Verkehr weiterentwickeln. Der  
353 Ausbau von Güterverteilzentren für den Umschlag vom Fernverkehr (Straße,  
354 Schiene, Wasser) auf Verteilerfahrzeuge muss engagiert betrieben werden.

355 · eine Verbesserung der Situation bei Lkw-Parkplätzen an Fernverkehrsstraßen  
356 erreichen. Dazu gehören ausreichende Aus- und Einfädelspuren, eine Erhöhung  
357 des Parkplatzangebots sowie Telematiklösungen, um die Lkw-Fahrer über freie  
358 Stellplätze zu informieren. Des Weiteren ist an die zeitgemäße Ausstattung in  
359 Bezug auf Hygiene und Umwelanforderungen zu achten.

360 · uns für eine Zulassung von Lang-Lkws auch im Regelbetrieb einsetzen. Die  
361 bisherigen Erfahrungen zeigen, dass häufig tatsächlich zwei Fahrten der  
362 Lang-Lkws drei Fahrten konventioneller Lkws ersetzen und diese sich somit  
363 besonders für den Transport volumenkritischer Güter eignen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 24

364 · neue Konzepte der City-Logistik konstruktiv begleiten, welche die „letzte Meile“  
365 stadtverträglich und emissionsarm überrücken. Dabei ist an neue Antriebsformen,  
366 neue modulare Fahrzeugkonzepte, innenstadtnahe Klein-Verteilzentren oder auch  
367 Lastenfahrräder zu denken. Ein wichtiges Handlungsfeld sind hierbei Kurier-,  
368 Express- und Paketdienste (KEP), die aufgrund des zunehmenden  
369 Online-Handels jährlich mehr Güter ausliefern. Wir werden innovativen  
370 Logistik-Lösungen für den Gütertransport auf der letzten Meile wie z. B.  
371 Flugdrohnen, aufgeschlossen gegenüberstehen.

372 · bei der Planung zukünftiger großer Gewerbeansiedlungen eine gute  
373 Verknüpfung mit Schienenverkehr und Binnenschifffahrt verstärkt  
374 berücksichtigen.

375 · uns mit Nachdruck beim Bund für eine zügige Sanierung und den zeitnahen  
376 Ausbau der Schleusenanlagen für 135-m-Schiffe auf dem Neckar bis Plochingen  
377 einsetzen, damit dieser auch in der Zukunft als leistungsfähige Wasserstraße  
378 genutzt werden kann. Ein Ausbau, der erst nach 2050 abgeschlossen ist, ist für  
379 uns nicht akzeptabel.

## 380 **M7 und D2) Verkehr Digital**

381 Die Mobilität wird zunehmend digitalisiert. Daher müssen die bestehenden  
382 Defizite schnellstmöglich behoben werden. Sowohl Infrastruktur als auch die  
383 Fahrzeuge bilden gemeinsam ein intelligentes Netz. Dessen Bestandteile werden  
384 miteinander kommunizieren und somit ein qualitatives Wachstum erzeugen, das  
385 unseren Lebensstandard in vielfältiger Weise verbessern kann - aber auch  
386 Risiken mit sich bringt.

387 Vor einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muss zukünftig immer die  
388 Überlegung stehen, ob durch Einsatz moderner Telematiklösungen die  
389 Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur nicht so weit verbessert werden  
390 kann, dass ein Ausbau erst gar nicht notwendig wird.

391 Die seit einigen Jahren zu beobachtende Veränderung des Mobilitätsverhaltens  
392 in Ballungsräumen wird durch die umfassende Verwendung mobiler digitaler  
393 Endgeräte hervorgerufen. Immer mehr Bürger erkennen diese Vorteile und  
394 binden sich weniger an den eigenen PKW. Stattdessen sind sie häufig mit ganz  
395 unterschiedlichen und wechselnden Transportmitteln unterwegs. Diese  
396 Auswirkung der Digitalisierung wird stark zunehmen und mit Hilfe von digitalen  
397 Mobilitätsassistenten die Planung komplexer Transportketten ermöglichen. Die  
398 Freien Demokraten sehen deshalb diese intelligente Vernetzung als wichtigen  
399 Faktor für die Zukunft.

400 Wir werden:



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 25

401 · die Digitalisierung des Verkehrs und den Ausbau der Telematikinfrastruktur  
402 entschieden voranbringen. Wir wollen individuellen Verkehr durch Digitalisierung  
403 und neue Technologien so optimieren, dass weniger Unfälle und Staus entstehen  
404 und ein verbesserter Verkehrsfluss sowie eine Kapazitätssteigerung des  
405 Schienenverkehrs zur Entlastung der Umwelt beiträgt. Ziel muss es sein, die  
406 Digitalisierung als spürbare Lebensverbesserung der Menschen in  
407 Baden-Württemberg zu gestalten. Der PKW, der sich automatisch einen  
408 Parkplatz sucht, ist ebenso wenig Utopie wie die Verdichtung und  
409 Kapazitätssteigerung des Schienenverkehrs oder die Echtzeit-Information anderer  
410 Verkehrsteilnehmer über akute Gefahrenstellen.

411 · uns für den Aufbau eines integrierten Verkehrsmanagements einsetzen, das  
412 den Straßenverkehr sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr mit allen  
413 anderen Verkehrsträgern verknüpft und den Verkehr als Gesamtsystem optimiert.

414 · uns für die Schaffung von Modellstrecken und Modellregionen für das  
415 autonome Fahren einsetzen. Dazu gehört die Schaffung eines ermöglichenden  
416 Rechtsrahmens und von spezifisch kompetenten Aufsichts- und  
417 Zulassungsstellen. Wir sehen in diesen Technologien Potential und einen  
418 potentiellen Standortfaktor, den wir ermöglichen sollten.

419 · die Chancen der Digitalisierung für einen kundenorientierteren, bequemerem  
420 und einfacheren ÖPNV nutzen. Einfacheres Ticketing, bedarfsgerechte Verkehre  
421 und bessere Planbarkeit sind einige Stichworte.

422 · uns bei der digitalen Kommunikation von Fahrzeugen mit der Außenwelt dafür  
423 einsetzen, dass die Datenhoheit der Fahrzeugnutzer gewahrt wird. Es ist zu  
424 begrüßen, dass sich Fahrzeuge zukünftig untereinander intelligent über  
425 Gefahren, Behinderungen, Ausweichstrecken, Straßenzustand und weitere  
426 Lagedaten informieren können. Dies dient in hohem Maße der Sicherheit und  
427 dem Verkehrsfluss. Allerdings müssen Fahrzeughalter jederzeit die Freiheit  
428 haben, zu entscheiden, welche Daten ihr Fahrzeug sendet und ob es eine  
429 Kommunikationsverbindung aufrechterhält. Die Anonymisierung der Daten muss  
430 jederzeit gewährleistet sein.

431 · neue "kleine" Verkehrsmittel, deren Gebrauch die Umwelt entlasten und den  
432 Kraftfahrzeugverkehr reduzieren könnte, positiv begleiten. Vom E-Scooter bis zur  
433 autonomen Lieferdrohne reicht die Bandbreite dieser innovativen Systeme. Wir  
434 sehen darin Chancen ebenso wie Risiken und sprechen uns für eine schnelle  
435 Anpassung der Gesetzgebung an diese neuen Möglichkeiten aus.

## 436 Digitalisierung

## 437 D1 und W9) Wirtschaft und digitale Infrastruktur

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 26

438 Die digitale Infrastruktur ist als Standortfaktor von großer Bedeutung. Leider sind  
439 weder Deutschland als Ganzes noch das Land Baden-Württemberg dabei auf  
440 exzellentem Niveau. Unser Ziel ist es daher, die digitale Infrastruktur des Landes  
441 in den nächsten Jahren auf Exzellenzniveau und an die weltweite Spitze zu  
442 bringen.

443 Wir halten es für erforderlich, dass so schnell wie möglich für jedes Gebäude in  
444 Baden-Württemberg die Möglichkeit geschaffen wird, es an das schnelle  
445 Glasfasernetz anzuschließen. Denn gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass  
446 die Arbeit vom Home-Office aus integraler Bestandteil einer modernen Wirtschaft  
447 sein wird. Daher ist es umso dringlicher, alle Gebäude mit einer schnellen und  
448 zuverlässigen Internetverbindung auszustatten.

449 Auch Funklöcher im Bereich des Mobilfunks behindern Unternehmen und Private  
450 bei der inzwischen unverzichtbaren mobilen Kommunikation. Sie sind ein echter  
451 Standortnachteil.

452 Der Mobilfunkstandard 5G ist dabei für die Wirtschaft ein neuer wichtiger Faktor,  
453 den wir schnell ausbauen müssen.

454 Wir werden:

455 • ein eigenes Digitalisierungsministerium einrichten, in dem wir Kompetenzen  
456 aufbauen und bündeln, um den Aufbau einer digitalen Verwaltung und die  
457 Herausforderungen einer digitalen Wirtschaft strategisch fundiert und strukturiert  
458 bewältigen zu können.

459 • die Definition des schnellen Internets ändern. Wir wollen die  
460 Gigabit-Gesellschaft, für die wirklich schnelles Internet bei 1000 Mbit/s anfängt.  
461 Für die jetzige Landesregierung sind Bandbreiten von lediglich 50 Mbit/s schon  
462 schnell.

463 • ein Glasfaser-Förderprogramm etablieren, um mit zinsgünstigen Krediten den  
464 privatwirtschaftlichen Ausbau zu unterstützen.

465 • dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg flächendeckend  
466 Glasfaserverbindungen für alle Gebäude und Betriebe zur Verfügung stehen. Die  
467 Nachfrage nach Glasfaserhausanschlüssen kann durch Gutscheinmodelle  
468 gefördert werden, ohne dass in den Anbietermarkt eingegriffen werden muss.

469 • das Landesverwaltungsnetz flächendeckend mit Glasfaser ausbauen.

470 • für einen raschen Ausbau des Netzes in Baden-Württemberg auch alternative  
471 Verlegemethoden zulassen oder ermöglichen, z.B. Micro-Trenching (*Fußnote:*  
472 *kostengünstige Alternative zum üblichen konventionellen Tiefbau, bei der Gräben*  
473 *in Straßen oder Gehwege gefräst werden, was ein großflächiges Öffnen des*

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 27

474 *Asphalts unnötig macht*) und andere Wege, wie über Oberleitungen, Kanäle  
475 usw.

476 • dafür sorgen, dass das Mobilfunknetz auf der Basis eines Funklochscreensings  
477 so schnell wie möglich vervollständigt wird. Dabei sind Synergien mit der vom  
478 Bund neu gegründeten Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft zu nutzen.

479 • verstärkt Aufklärungskampagnen über die Auswirkungen von Mobilfunknetzen  
480 für Mensch und Natur finanzieren.

481 • die in den diversen Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums  
482 eingestellten Mittel verstärkt zum Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen  
483 Raum einsetzen.

484 • die Kompetenz der Behörden zur Bekämpfung von Cyberkriminalität bündeln  
485 und stärken. Zur Abwehr werden Bürger und Betriebe fachlich besser beraten  
486 und unterstützt.

487 • Baden-Württembergs Interessen an einer digitalisierungsfördernden bundes-  
488 und europarechtlichen Kulisse auf den entsprechenden Ebenen noch stärker zur  
489 Geltung bringen.

490 • digitale Innovationen bei Unternehmen, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz  
491 (KI), Big Data und neuer Technologien unterstützen und mit einem breiten  
492 Angebot von offenen Daten (Open Data) neue Geschäftsmodelle ermöglichen.

## 493 **D2 und M7) Verkehr Digital**

494 Die Mobilität wird zunehmend digitalisiert. Daher müssen die bestehenden  
495 Defizite schnellstmöglich behoben werden. Sowohl Infrastruktur als auch die  
496 Fahrzeuge bilden gemeinsam ein intelligentes Netz. Dessen Bestandteile werden  
497 miteinander kommunizieren und somit ein qualitatives Wachstum erzeugen, das  
498 unseren Lebensstandard in vielfältiger Weise verbessern kann - aber auch  
499 Risiken mit sich bringt.

500 Vor einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muss zukünftig immer die  
501 Überlegung stehen, ob durch Einsatz moderner Telematiklösungen die  
502 Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur nicht so weit verbessert werden  
503 kann, dass ein Ausbau erst gar nicht notwendig wird.

504 Die seit einigen Jahren zu beobachtende Veränderung des Mobilitätsverhaltens  
505 in Ballungsräumen wird durch die umfassende Verwendung mobiler digitaler  
506 Endgeräte hervorgerufen. Immer mehr Bürger erkennen diese Vorteile und  
507 binden sich weniger an den eigenen PKW. Stattdessen sind sie häufig mit ganz  
508 unterschiedlichen und wechselnden Transportmitteln unterwegs. Diese  
509 Auswirkung der Digitalisierung wird stark zunehmen und mit Hilfe von digitalen

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 28

510 Mobilitätsassistenten die Planung komplexer Transportketten ermöglichen. Die  
511 Freien Demokraten sehen deshalb diese intelligente Vernetzung als wichtigen  
512 Faktor für die Zukunft.

513 Wir werden:

514 · die Digitalisierung des Verkehrs und den Ausbau der Telematikinfrastruktur  
515 entschieden voranbringen. Wir wollen individuellen Verkehr durch Digitalisierung  
516 und neue Technologien so optimieren, dass weniger Unfälle und Staus entstehen  
517 und ein verbesserter Verkehrsfluss sowie eine Kapazitätssteigerung des  
518 Schienenverkehrs zur Entlastung der Umwelt beiträgt. Ziel muss es sein, die  
519 Digitalisierung als spürbare Lebensverbesserung der Menschen in  
520 Baden-Württemberg zu gestalten. Der PKW, der sich automatisch einen  
521 Parkplatz sucht, ist ebenso wenig Utopie wie die Verdichtung und  
522 Kapazitätssteigerung des Schienenverkehrs oder die Echtzeit-Information anderer  
523 Verkehrsteilnehmer über akute Gefahrenstellen.

524 · uns für den Aufbau eines integrierten Verkehrsmanagements einsetzen, das  
525 den Straßenverkehr sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr mit allen  
526 anderen Verkehrsträgern verknüpft und den Verkehr als Gesamtsystem optimiert.

527 · uns für die Schaffung von Modellstrecken und Modellregionen für das  
528 autonome Fahren einsetzen. Dazu gehört die Schaffung eines ermöglichenden  
529 Rechtsrahmens und von spezifisch kompetenten Aufsichts- und  
530 Zulassungsstellen. Wir sehen in diesen Technologien Potential und einen  
531 potentiellen Standortfaktor, den wir ermöglichen sollten.

532 · die Chancen der Digitalisierung für einen kundenorientierteren, bequemerem  
533 und einfacheren ÖPNV nutzen. Einfacheres Ticketing, bedarfsgerechte Verkehre  
534 und bessere Planbarkeit sind einige Stichworte.

535 · uns bei der digitalen Kommunikation von Fahrzeugen mit der Außenwelt dafür  
536 einsetzen, dass die Datenhoheit der Fahrzeugnutzer gewahrt wird. Es ist zu  
537 begrüßen, dass sich Fahrzeuge zukünftig untereinander intelligent über  
538 Gefahren, Behinderungen, Ausweichstrecken, Straßenzustand und weitere  
539 Lagedaten informieren können. Dies dient in hohem Maße der Sicherheit und  
540 dem Verkehrsfluss. Allerdings müssen Fahrzeughalter jederzeit die Freiheit  
541 haben, zu entscheiden, welche Daten ihr Fahrzeug sendet und ob es eine  
542 Kommunikationsverbindung aufrechterhält. Die Anonymisierung der Daten muss  
543 jederzeit gewährleistet sein.

544 • neue "kleine" Verkehrsmittel, deren Gebrauch die Umwelt entlasten und den  
545 Kraftfahrzeugverkehr reduzieren könnte, positiv begleiten. Vom E-Scooter bis zur  
546 autonomen Lieferdrohne reicht die Bandbreite dieser innovativen Systeme. Wir  
547 sehen darin Chancen ebenso wie Risiken und sprechen uns für eine schnelle  
548 Anpassung der Gesetzgebung an diese neuen Möglichkeiten aus.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 29

## 549 **D3 und B10) Bildung digital**

550 Automatisierung, Digitalisierung, Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz: Die  
551 Informationstechnik ist eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts.  
552 Kaum ein Beruf wird in Zukunft noch ohne Mittel und Methoden der  
553 Informationstechnik auskommen.

554 In den Schülerinnen und Schülern die Begeisterung für die Chancen und  
555 Möglichkeiten einer digitalen Zukunft zu wecken und sie auf eine weitgehend  
556 digitalisierte Welt vorzubereiten sowie die Chancen der Digitalisierung im  
557 Unterricht und in der Verwaltung zu nutzen, ist Aufgabe und Herausforderung für  
558 Schulen und andere Bildungsträger.

559 Dazu bedarf es einerseits der entsprechenden Lehrinhalte, die von fachkundigen  
560 Lehrenden angeboten werden, andererseits der notwendigen technischen  
561 Ausstattung, über die die Schulen in Baden-Württemberg bis heute nur in den  
562 seltensten Fällen verfügen. Dieser Mangel ist nicht nur den knappen Ressourcen  
563 der Schulträger geschuldet, sondern dem zögerlichen und hinhaltenden  
564 Verhalten zu verdanken, den die baden-württembergische Landesregierung  
565 entscheidend mitverursacht hat, indem sie den Digitalpakt zwischen Bund und  
566 Ländern mit ihren Bedenken und Einwendungen verzögert hat. Die Digitalisierung  
567 erfordert nun ein entschlossenes Handeln des Landes und der kommunalen und  
568 freien Schulträger.

569 Die Erfahrungen in der Zeit der Pandemie bestätigen unsere Haltung, dass die  
570 vorhandene Digitalisierung in den Schulen noch in den Kinderschuhen steckt und  
571 verdeutlichen einen umso dringenderen Handlungsbedarf.

572 Wir werden:

573 • für alle Schüler Medienbildung und den kritischen, selbstbestimmten Umgang  
574 mit den modernen Medien als verbindlichen Lerninhalt definieren.

575 • die Voraussetzungen dafür schaffen, dass allen Schulen ein  
576 Glasfaseranschluss zur Verfügung steht und überall im Schulgebäude  
577 WLAN-Empfang gewährleistet ist.

578 • die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schülerinnen und Schüler sowie  
579 die Lehrerinnen und Lehrer über eine gute Ausstattung mit Hard- und Software  
580 für den digitalen Unterricht verfügen.

581 • die didaktische Grundlage für digitale Bildung fest im Lehramtsstudium  
582 verankern.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 30

583 • insbesondere durch ein gutes Fortbildungsangebot dafür sorgen, dass die  
584 Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeiten digitaler Kommunikation und digitaler  
585 Unterstützung im Unterricht gewinnbringend einsetzen können.

586 • das Fach Informatik an allen weiterführenden Schulen ab Sekundarstufe 1  
587 mindestens als Wahlpflichtfach anbieten.

588 • gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung schaffen,  
589 wie der IT-Support an den Schulen gewährleistet wird. Wir streben das Modell  
590 eines „digitalen Hausmeisters“ an, der für die Hard- und Softwarebetreuung an  
591 einer oder mehreren Schulen verantwortlich ist.

592 • die Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, endlich für die Schulverwaltung  
593 nutzen und das allgemeine Schulverwaltungsprogramm allen Schulen verbindlich  
594 zur Verfügung stellen.

595 • den Schulen und Schulträgern standardisierte Produkt- und  
596 Dienstleistungsangebote machen, die die Anforderungen des Datenschutzes, des  
597 Urheberrechts und der Schnittstellenkompatibilität benutzerfreundlich umsetzen.

### 598 **D4 und R8) E-Government**

599 Die baden-württembergische Landesregierung hat es in den letzten Jahren  
600 versäumt, die

601 Möglichkeiten moderner Informationstechnik für die Landesverwaltung nutzbar zu  
602 machen.

603 Die von der Landesregierung eingeleiteten Projekte zur Modernisierung der  
604 Verwaltung laufen in

605 vielen Fällen zu langsam und zu schwerfällig, in manchen Fällen sind sie  
606 gescheitert. Der Aufbau der

607 notwendigen Kompetenz bei der Einführung, Gestaltung und Anwendung  
608 moderner Informations-technik ist viel zu zögerlich angegangen worden.

609 Für uns Freie Demokraten ist, neben dem Ausbau der digitalen Infrastruktur, die  
610 nutzende Bürgerin und der nutzende Bürger Dreh- und Angelpunkt unserer  
611 Überlegungen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, die digitale Infrastruktur  
612 auch passgenau nutzen zu können. Das bedeutet für uns, dass darüber hinaus  
613 auch Investitionen in Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in die technische  
614 Ausstattung, beispielsweise in Schulen, Verwaltungen oder der Polizei getätigt  
615 werden müssen. Wir wollen durch eine durchdachte Digitalisierung der  
616 Verwaltung die Effizienz der Behörden erhöhen und somit die verfügbare Zeit für  
617 die Bearbeitung der Anliegen der Bürger erhöhen. Eine vernetzte Verwaltung  
618 baut Bürokratie ab.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 31

619 Wir Freie Demokraten streben an, in der nächsten Wahlperiode die notwendigen  
620 Entwicklungs-schritte anzugehen und ins Ziel zu bringen.

621 Wir werden:

622 · die Beamten und Angestellten des Landes dabei unterstützen, die  
623 Digitalisierung der Behörden und Einrichtungen des Landes weiter umzusetzen.  
624 Dazu gehören auch die notwendigen Fortbildungsangebote.

625 · bei der Verarbeitung großer Datenmengen die Möglichkeiten künstlicher  
626 Intelligenz in der Landesverwaltung offensiv nutzen. Durch den Einsatz von  
627 Algorithmen lassen sich viele Arbeits-vorgänge vereinfachen und beschleunigen.

628 · bei der Optimierung der E-Government-Angebote vom Bürger her denken und  
629 ihn z.B. durch Zeitersparnis oder Gebührenermäßigung an den Vorteilen  
630 moderner IT teilhaben lassen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass der  
631 Bürger den jeweiligen Verfahrensstand der ihn betreffenden  
632 Verwaltungsverfahren online abfragen kann.

633 · für Bürgerinnen und Bürger, die klassische Kommunikationswege im Verkehr  
634 mit Behörden nutzen wollen, die Möglichkeit persönlicher oder schriftlicher  
635 Kommunikation als Alternative zum E-Government beibehalten.

636 · das Online-Zugangsgesetz schnell umsetzen und für Dokumente der Bürger,  
637 die bei verschiedenen Verwaltungsvorgängen benötigt werden, das  
638 Once-Only-Prinzip umsetzen. Das bedeutet, dass Dokumente, über die die  
639 öffentliche Hand an anderer Stelle verfügt, vom betroffenen Bürger für spätere  
640 Verwaltungsvorgänge freigegeben werden können, so dass Doppelerfassungen  
641 oder Mehrfachprüfungen vermieden werden können. Hierfür bedarf es eines  
642 rechtssicheren Rahmens und entsprechender Schnittstellen, mit denen Behörden  
643 untereinander automatisiert grundlegende Daten austauschen, bzw. vom Bürger  
644 gegenüber einer Behörde gemachte Angaben verifizieren können. Hierbei  
645 werden wir sowohl die Anforderungen strengen Datenschutzes, als auch die  
646 Anforderungen moderner Verwaltungsdienstleistungen im Blick haben.

647 · offen sein für die Übernahme bewährter Lösungen aus anderen Bundesländern,  
648 da es nicht erforderlich ist, in jedem Bundesland das „Rad neu zu erfinden“.

649 • anonymisierbare Daten des Landes und dabei insbesondere Geo- und  
650 Umweltdaten im Rahmen geeigneter Lizenzen als offene Daten (Open Data) für  
651 die Nutzung in digitalen Anwendungen zur Verfügung stellen soweit keine  
652 berechtigten Interessen dagegen sprechen. Dies soll nach Möglichkeit  
653 unentgeltlich erfolgen. Damit wollen wir die Entwicklung an analoger und digitaler  
654 Anwendungen im gewerblichen Bereich sowie in der Bürgergesellschaft  
655 unterstützen und neue Geschäftsmodelle ermöglichen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 32

## 656 **Bildung**

### 657 **B1) Qualitätsoffensive Schule**

658 In den bundesweiten und weltweiten Vergleichsstudien haben die  
659 baden-württembergischen Schüler noch vor zehn Jahren innerhalb Deutschlands  
660 vorderste Plätze eingenommen. Inzwischen überholen uns andere Bundesländer  
661 – Baden-Württemberg ist auf ein Mittelmaß zurückgefallen. Die auf diese Weise  
662 offenbar gewordenen Qualitätsdefizite sind nach unserer Auffassung  
663 hausgemacht und Folge bildungspolitischer Fehlentscheidungen. Wir streben  
664 deshalb für die nächste Legislaturperiode eine Qualitätsoffensive an, die unser  
665 Schulleistungsniveau wieder an die Spitze der Bundesländer bringen soll. Wir  
666 wollen die mangelnde Verlässlichkeit in der Bildungspolitik beenden und den  
667 Schulen einen geeigneten, über Regierungswechsel hinaus verlässlichen  
668 Rahmen für eine exzellente Bildungsarbeit geben.

669 Dazu braucht es einen Kraftakt für eine erstklassige Bildung in  
670 Baden-Württemberg. Dieser Kraftakt soll jedoch ausdrücklich keine Einigung auf  
671 dem kleinsten gemeinsamen bildungs-politischen Nenner sein. Vielmehr zielt  
672 diese Anstrengung darauf ab, unserem Schulwesen Freiheit zu sichern – Freiheit  
673 vor Bevormundung durch die jeweilige Regierung und Freiheit zur Gestaltung  
674 eines den Bedürfnissen des Einzelnen entsprechenden, zu den Bedingungen vor  
675 Ort passenden und an der Qualität orientierten Bildungsangebots.

676 Wir werden:

677 • uns für den Erhalt unseres vielfältigen und gegliederten Schulwesens  
678 einsetzen, damit jeder Mensch ein passendes, seinen Begabungen und  
679 Leistungsvoraussetzungen entsprechendes Bildungsangebot findet.

680 • eine verbindliche Grundschulempfehlung wiedereinführen und dadurch die  
681 Bildung von Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Begabungen und  
682 Leistungsvoraussetzungen erleichtern. Dabei betonen wir unser Bekenntnis zur  
683 Durchlässigkeit des Bildungssystems: Kein Abschluss ohne Anschluss.

684 • durch einen transparenten Leistungswettbewerb insbesondere zwischen den  
685 weiter-füh-renden Schulen die Qualität schuli-scher Bildung verbessern. Dies  
686 setzt voraus, dass die einzelne Schule mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihres  
687 Bildungsangebots nach eigenen Vorstellungen erhält und dass faire  
688 Wettbewerbsbedingungen herrschen.

689 • die Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlasten.

690 • einen Innovationsfonds zur Finanzierung von innovativen Schulversuchen  
691 bereitstellen, um den sich staatliche und freie Schulen unbürokratisch bewerben  
692 können. Die Genehmigung von Schulversuchen werden wir vereinfachen.



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 33

- 693 • die Gymnasien und die allgemeinbildenden Realschulen durch die  
694 Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung in die Lage  
695 versetzen, ein anspruchsvolles und leistungsförderndes pädagogisches Angebot  
696 zu realisieren.
- 697 • bei den Bildungsangeboten zum Erwerb der Hochschulreife ergänzende  
698 Angebote für jene Schülerinnen und Schüler vorzusehen, die ein Studium  
699 naturwissenschaftlicher oder ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge  
700 anstreben.
- 701 • starke Anreize für die kommunalen Schulträger schaffen, ihre Schulgebäude  
702 aufgaben-gerecht auszustatten, zu pflegen und zu modernisieren.
- 703 • den Lehrermangel an den Schulen im Land - insbesondere an den  
704 Grundschulen - bekämpfen. Dazu werden wir die Zahl der Studienplätze  
705 ausweiten und den Lehrerberuf attraktiver machen, indem wir z.B. die zeitweilige  
706 Arbeitslosigkeit von Vertretungslehrern und Referendaren über die Sommerferien  
707 beenden und den Beförderungsstau bei Fachlehrern und technischen Lehrkräften  
708 abbauen.
- 709 • die Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen, insbesondere auch  
710 an Gymnasien, durch Praktika, Ausbildungsbotschafter und Einblicke in die  
711 Praxis der Betriebe verstärken.
- 712 • die Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalauswahl und -entwicklung  
713 stärken und jeder Schule ein verlässliches Personalbudget nach dem Modell 100  
714 Prozent für den Pflicht-unterricht plus X Prozent für Vertretungsunterricht und  
715 eigene Schwerpunkte geben.
- 716 • für ein funktionierendes Beratungs- und Unterstützungsangebot aus  
717 Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Beratungslehrern sorgen.
- 718 • zusätzlich zur gebundenen Form der Ganztagsgrundschule auch die offene  
719 Form ins Schulgesetz aufnehmen, damit Wahlfreiheit vor Ort gewährleistet  
720 werden kann.
- 721 • ein vielfältiges Schulangebot auch in der Fläche des Landes erhalten und jeder  
722 Bildungs-region die Möglichkeit geben, den Fortbestand einer Schule zu sichern,  
723 wenn für sie ein regionaler Bedarf besteht.
- 724 • das stark zentralistisch organisierte Qualitätskonzept des Kultusministeriums in  
725 ein Qualitätsmanagement überführen, das am Bedarf der Schulen ausgerichtet  
726 ist und jeder Schule ein Fortbildungsbudget gibt.
- 727 • die Seminare für Lehrerbildung wieder in die Entwicklung der  
728 Lehrerausbildungs- und Fortbildungskonzepte ein-beziehen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 34

729 • im Interesse einer erstklassigen Lehrerausbildung das Gewicht der  
730 Unterrichtspraxis und der Didaktik stärken und insgesamt für ein hohes, an den  
731 Zielen einer weiterführenden Schule orientiertes fachliches Niveau in allen  
732 Phasen der Lehrerausbildung sorgen.

## 733 **B2) Frühkindliche Bildung**

734 Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sind auch Bildungseinrichtungen. Auch  
735 hier hat die Qualität des Bildungsangebots hohe Priorität. Durch eine Vielfalt der  
736 Angebotsformen ist es für die Eltern möglich, die individuell passende  
737 Kindertagesbetreuung für ihr Kind zu finden. Wir treten auch im Bereich der  
738 frühkindlichen Bildung für eine möglichst weitgehende Wahlfreiheit und einen  
739 Wettbewerb der Angebote ein.

740 Eine landesweite Quote von bis zu 99 Prozent bei der Inanspruchnahme von  
741 Angeboten der Kindertagesbetreuung zeigt, dass die gelegentlich in die  
742 Diskussion gebrachte Gebührenfreiheit für Kinderbetreuungsangebote nicht  
743 erforderlich ist. Sollten sich in diesem Bereich finanzielle Spielräume ergeben,  
744 sind sie für Investitionen in die Qualität und für die Ausbildung weiterer  
745 pädagogischer Fachkräfte zu nutzen, denn landesweit sind zahlreiche Stellen für  
746 Erzieherinnen und Erzieher nicht besetzt.

747 Wir werden:

748 • gewährleisten, dass das Land seine Verantwortung für die  
749 Kindertagesbetreuung mit dem gebotenen finanziellen Engagement wahrnimmt  
750 und dabei den kommunalen, kirchlichen und freien Trägern jenes Maß an  
751 Gestaltungsfreiheit lässt, das ein vielfältiges Angebot möglich macht.

752 • die Betreuung durch Tageseltern als gleichwertig mit der Betreuung in einer  
753 Kinder-tagesstätte anerkennen und entsprechend bezuschussen.

754 • eine gesetzliche Grundlage schaffen, die die wesentlichen Rahmenbedingungen  
755 für die Kindertagespflege definiert und die erforderliche Rechtssicherheit schafft.

756 • Leistungen aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ des Bundes für Bildung und Betreuung  
757 in gleicher Weise der Kindertagespflege zugutekommen lassen.

758 • bei der Bemessung der finanziellen Ausstattung der Kindertageseinrichtungen  
759 auch über das Jahr 2022 hinaus eine angemessene Leitungszeit vorzusehen.

760 • die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen ausbauen und  
761 verbessern.

762 • eine Vereinbarung mit den Kommunen anstreben, um den Orientierungsplan für  
763 eine frühe Bildung für verbindlich zu erklären.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 35

## 764 **B3) Grundschule**

765 In der Grundschule wird die entscheidende Basis für den späteren Bildungsweg  
766 eines Menschen gelegt. Vor diesem Hintergrund ist es unerträglich, dass an den  
767 Grundschulen des Landes ein spürbarer Lehrermangel besteht und vorhandene  
768 Stellen nicht besetzt werden können. Die Herausforderungen für die  
769 Grundschullehrerinnen und -lehrer sind durch die oft heterogene  
770 Zusammensetzung der Klassen in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Leider  
771 trägt die Besoldung der Grundschullehrer dieser Entwicklung bis heute nicht  
772 Rechnung.

773 Wir werden:

774 • an dem Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ festhalten und dafür auch kleinere  
775 ortsnahe Grundschulen erhalten.

776 • dafür sorgen, dass an allen baden-württembergischen Grundschulen alle  
777 Lehrerstellen besetzt werden und auch die Krankheitsvertretung verbessert wird.  
778 Falls erforderlich werden wir neue Studienplätze für Grundschullehrer an den  
779 Pädagogischen Hochschulen des Landes schaffen.

780 • auch an den Grundschulen das Fach Ethik als verbindliche Alternative zum  
781 Religionsunterricht anbieten.

782 • eine gesetzliche Regelung schaffen, dass Lehrkräfte, die an Grundschulen  
783 besonders qualifizierte Tätigkeiten wahrnehmen, eine Zulage erhalten können.

784 • spezielle Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen  
785 schaffen und jeder einzelnen Schule dafür ein eigenes Weiterbildungsbudget  
786 zuweisen.

787 • die verbindliche Grundschulempfehlung in der vierten Klasse der Grundschule  
788 wieder einführen, die den Eltern die für ihr Kind passende weiterbildende Schule  
789 verbindlich empfiehlt.

790 • dafür sorgen, dass die Eltern die Wahlfreiheit haben, ob sie die  
791 Nachmittagsangebote der Grundschule in Anspruch nehmen. Zusätzlich zur  
792 verpflichtenden Form der Ganztagsgrundschule werden wir die offene Form der  
793 Ganztagschule ins Schulgesetz aufnehmen, damit die Schulen auch offene  
794 Nachmittagsangebote machen können und für die Eltern echte Wahlfreiheit  
795 besteht.

796 • die Verbindlichkeit der Schulbezirke bei den Grundschulen abschaffen.

## 797 **B4) Haupt- und Werkrealschulen, Gemeinschaftsschulen**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 36

798 Die Haupt- und Werkrealschulen haben über viele Jahre ihre herausfordernde  
799 Aufgabe mit beachtlichem Erfolg erfüllt. Durch die Abschaffung der verbindlichen  
800 Grundschulempfehlung und die Einführung der Gemeinschaftsschule wurde ihr  
801 Angebot leider deutlich reduziert. Trotzdem besuchen noch immer mehr als  
802 65.000 Schülerinnen und Schüler die 235 Haupt- und Werkrealschulen im Land,  
803 die im Sinne eines differenzierten Bildungsangebotes statt einer weiteren  
804 Schwächung eine Weiterentwicklung brauchen.

805 Die Gemeinschaftsschulen ergänzen das Bildungsangebot in  
806 Baden-Württemberg. Wir werden sie – im Sinne des von der FDP bereits 2014  
807 ausgerufenen Schulfriedens – trotz mancher Bedenken gegen ihr pädagogisches  
808 Konzept nicht abschaffen, aber ihre Privilegierung gegenüber anderen  
809 weiterführenden Schulen beenden. Die Gemeinschaftsschule soll unter gleichen  
810 Wettbewerbsbedingungen wie die anderen weiterführenden Schulen arbeiten.  
811 Die Gemeinschaftsschulen müssen das Recht erhalten, Noten und  
812 Nichtversetzung wieder einzuführen und Klassen auf unterschiedlichen  
813 Leistungs-niveaus zu bilden.

814 Wir werden:

815 • den Haupt- und Werkrealschulen eine verlässliche Zukunftsperspektive geben  
816 und sie als „Berufliche Realschulen“ mit einem berufspraktischen Profil versehen,  
817 das sie eng an die beruflichen Schulen anbindet. Zu dieser verlässlichen  
818 Zukunftsperspektive trägt auch die Wiedereinführung der verbindlichen  
819 Grundschulempfehlung bei.

820 • dafür sorgen, dass jeder Schüler der „Beruflichen Realschule“ ab Klasse 7 an  
821 einem Tag der Woche und in Klasse 10 an zwei Tagen in der Woche (oder in  
822 entsprechenden Unterrichtsblöcken) Unterricht an einer beruflichen Schule erhält.

823 • die Privilegierung der Gemeinschaftsschulen gegenüber anderen  
824 weiterführenden Schulen aufheben und die Gemeinschaftsschulen von ihren  
825 ideologischen Fesseln befreien.

826 • die Privilegierung der Gemeinschaftsschule gegenüber anderen  
827 weiterführenden Schulen beispielsweise durch eine Angleichung des  
828 Klassenteilers aufheben.

829 • keine weiteren Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zulassen und die bereits  
830 eingerichteten Gemeinschaftsschul-Oberstufen einer Evaluation unterziehen. Den  
831 Absolventen der Gemeinschaftsschule, die die Hochschulreife anstreben, steht  
832 der Weg zu den beruflichen Gymnasien mit ihrem vielfältigen Angebot offen.

833 **B5) Realschulen**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 37

834 Die Realschule genießt mit ihrer zielstrebigen und leistungsfördernden Pädagogik  
835 das Vertrauen der Wirtschaft und vieler öffentlicher Einrichtungen, in denen  
836 Realschulabsolventen mit dualer Ausbildung, mit Fachschulausbildung oder mit  
837 Hochschulabschluss qualifizierte Arbeit leisten. Sie sind seit vielen Jahren die  
838 Kaderschmieden des Mittelstandes und sorgen für ein solides Bildungsniveau in  
839 Baden-Württemberg. Durch die Abschaffung der verbindlichen  
840 Grundschul-empfehlung und staatliche Eingriffe in die pädagogische Freiheit der  
841 Realschulen (z.B. das Verbot der Nichtversetzung in der Klasse 5) haben sich  
842 die Rahmenbedingungen für die Schüler und Lehrer an den Realschulen in den  
843 letzten Jahren deutlich verschlechtert.

844 Wir werden diesen „Allgemeinbildenden Realschulen“ ebenfalls wieder eine  
845 verlässliche Zukunfts-perspektive geben und durch mehr Homogenität der  
846 Schülerschaft den Weg für eine neue Qualitätsoffensive öffnen.

847 Wir werden:

848 • den einzelnen Realschulen wieder mehr pädagogische Freiheit und  
849 Verantwortung geben und wieder eine stärkere Differenzierung nach Leistung  
850 und Interessenschwerpunkten ermöglichen.

851 • dafür sorgen, dass Realschulen selbst entscheiden können, ob sie auch den  
852 Hauptschul-abschluss anbieten. Dafür sollen ihnen die entsprechenden  
853 Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

854 • durch die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung  
855 ermöglichen, dass entsprechend dem bewährten Modell der Realschule eine  
856 leistungsfördernde, an den Interessenschwerpunkten ihrer Schüler orientierte  
857 pädagogische Arbeit möglich wird.

858 • dafür sorgen, dass die Realschulen keinesfalls gezwungen werden, Elemente  
859 der Gemeinschaftsschulpädagogik zu übernehmen.

## 860 **B6) Gymnasien**

861 Auch die Gymnasien haben durch die Abschaffung der verbindlichen  
862 Grundschulempfehlung jedenfalls in den unteren Klassen eine deutliche  
863 Veränderung ihrer Aufgabenstellung erfahren, die nicht mehr den klassischen  
864 Qualitätsansprüchen entsprechen kann. Dieser Entwicklung wollen wir durch die  
865 Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung entgegenwirken. Im  
866 Sinne eines differenzierten Bildungsangebots für jeden Schüler wollen wir jedem  
867 einzelnen Gymnasium die Freiheit geben, ein achtjähriges oder ein neunjähriges  
868 Gymnasialangebot oder eine Kombination beider Angebote zu gestalten

869 Einen unverzichtbaren Teil des gymnasialen Angebots in Baden-Württemberg  
870 bieten die beruflichen Gymnasien an, die den Schülern mit mittlerem

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 38

871 Bildungsabschluss ein differenziertes Angebot zum Erwerb der Hochschulreife  
872 machen und dabei eine bemerkenswert hohe Erfolgsquote aufweisen.

873 Wir werden:

874 • allen Gymnasien im Land die Freiheit geben, zwischen achtjährigen und  
875 neunjährigen Bildungsangeboten zu wählen, und ihnen die Möglichkeit öffnen,  
876 nach ihrer Wahl offene oder gebundene Ganztageschulen zu werden.

877 • durch die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung die  
878 Qualität des gymnasialen Bildungsangebots sichern, so dass eine  
879 leistungsfördernde Pädagogik mit anspruchsvollen Inhalten möglich wird.

880 • die gymnasiale Oberstufe an den allgemeinbildenden Gymnasien wieder  
881 anspruchsvoller gestalten, um die Hochschulreife der Abiturienten nachhaltig zu  
882 verbessern.

883 • allen Gymnasien eine auskömmliche Personalausstattung auf der Basis einer  
884 einheitlichen Stundentafel geben, die es auch ermöglicht, krankheitsbedingte  
885 Unterrichtsausfälle in der Regel vor Ort auszugleichen.

886 • die beruflichen Gymnasien so ausbauen, dass die wachsende Nachfrage von  
887 Schülerinnen und Schülern mit mittlerem Bildungsabschluss nach einer  
888 gymnasialen Oberstufe vollständig erfüllt werden kann.

## 889 **B7) Berufliche Schulen**

890 In Baden-Württemberg sorgen die beruflichen Schulen mit einem vielfältigen und  
891 hochwertigen Bildungsangebot dafür, dass die Gleichwertigkeit von akademischer  
892 und beruflicher Bildung gelebte Wirklichkeit ist. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist  
893 dabei die enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen und Betrieben im  
894 Rahmen der dualen Ausbildung.

895 Die Politik der grün-roten Landesregierung in den Jahren 2011 bis 2016 hatte  
896 das durch ein problematisches Menschenbild generierte Ziel, dass die Hälfte  
897 eines jeden Jahrgangs eine akademische Ausbildung absolvieren soll. Dies hat  
898 zu einer messbaren Erosion an den beruflichen Schulen des Landes geführt. Im  
899 Interesse einer wohnortnahen qualifizierten dualen Ausbildung müssen wir die  
900 Ausstattung der Berufsschul-fachklassen in der dualen Ausbildung mindestens  
901 auf dem bisherigen Niveau fest-schreiben. Wir dürfen damit rechnen, dass die  
902 Nachfrage nach dualen Ausbildungsplätzen in den nächsten Jahren wieder  
903 ansteigen wird und müssen dafür die notwendigen Ressourcen bereitstellen.

904 Wir werden:

905 • an der dezentralen Struktur des Berufsschulangebots mit wohnortnahen  
906 Angeboten nach Möglichkeit festhalten.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 39

907 • die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernkonzepte wie Blended Learning (*Fußnote:*  
908 *Lernform, die in einer Kombination von Präsenzlehre und digitaler*  
909 *Lehre die Vorteile beider Varianten miteinander verbindet*), Web Based Trainings (*Fußnote:*  
910 *Lernprogramme, die die Möglichkeit der Internet-Technologie nutzen,*  
911 *z.B. mit einer Online-Interaktion mit anderen Lernenden*), Massive Open Online  
912 Courses (*Fußnote: Onlinekurse, die auf eine sehr große Teilnehmerzahl*  
913 *ausgerichtet sind und in der Regel auf besondere Zugangsvoraussetzungen oder*  
914 *Gebühren verzichten*) bis hin zu Serious Games (*Fußnote: Spiele, die mit einem*  
915 *unterhaltenden Ansatz vor allem der Vermittlung von Bildung oder Informationen*  
916 *dienen, z.B. Vokabellernspiele*) sowie Virtual Reality (*Fußnote: Darstellung und*  
917 *Wahrnehmung einer künstlich erzeugten Umgebung, die z.B. durch physisch*  
918 *nachgestellte Eigenschaften und Echtzeit-Interaktionen real wirkt, z.B. ein virtuell*  
919 *begehrter Nachbau des Kölner Doms vor 400 Jahren*) und Augmented Reality (*Fußnote:*  
920 *Vermischung der virtuellen und der physischen Realität, z.B.*  
921 *AR-Brillen, die bei Betrachten bestimmter Maschinen oder Strichcodes*  
922 *zusätzliche Hinweise einblenden*) fördern.

923 • den Lehrermangel an den beruflichen Schulen durch gezielte Angebote sowohl  
924 an den Hochschulen des Landes als auch für Quereinsteiger aus der beruflichen  
925 Praxis mit entsprechender pädagogischer Nachqualifizierung beseitigen.

926 • durch die Weiterentwicklung der Haupt- und Werkrealschulen zu „Beruflichen  
927 Real-schulen“ und eine verstärkte Berufsorientierung an den Gymnasien schon  
928 frühzeitig den Weg in eine duale Berufsausbildung weisen.

929 • an dem bewährten vielfältigen Bildungsangebot der beruflichen Schulen  
930 festhalten und damit auch eher praktisch begabten Schülerinnen und Schülern  
931 das Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ermöglichen.

932 • das Berufsvorbereitungsjahr mit Elementen der Berufspraxis (AV-Dual)  
933 flächendeckend anbieten.

934 • die gegenseitige Anerkennung von Bildungsmodulen und Abschlüssen beim  
935 Übergang zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung verbessern.

936 • Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen dabei unterstützen, die  
937 Möglichkeiten internationaler Ausbildungserfahrungen über das europäische  
938 Programm Erasmus+ stärker zu nutzen.

## 939 **B8) Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren** 940 **(SBBZ)**

941 Wir streben für alle Menschen mit Behinderungen oder mit besonderem  
942 Förderbedarf die bestmögliche Bildung an und sehen die SBBZ als wichtige  
943 Säule des Schulsystems.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 40

944 Dafür stehen in Baden-Württemberg hervorragend qualifizierte Schulen mit  
945 sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (ehemals Sonderschulen)  
946 bereit, auf die wir nicht verzichten wollen und die in vielen Fällen das beste  
947 Bildungsangebot für die betroffenen jungen Menschen anbieten. Daneben ist in  
948 geeigneten Fällen eine Inklusion der betroffenen Schülerinnen und Schüler in die  
949 allgemeinbildenden Schulen möglich, die allerdings wegen begrenzter personeller  
950 und technischer Ressourcen nicht immer reibungslos gelingt. Eine gute  
951 Kombination beider Vorgehensweisen sind die Außenklassen der  
952 Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die den  
953 allgemein-bildenden Schulen angegliedert sind und mit diesen in vielfältiger  
954 Weise kooperieren. Mit diesen Außenklassen werden alle Anforderungen an eine  
955 inklusive Bildung erfüllt und Wahlmöglichkeiten eröffnet.

956 Wir werden:

957 • an dem Konzept der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit  
958 ihren hochwertigen und spezialisierten Angeboten festhalten und bei den Eltern,  
959 die letztlich über den Bildungsweg ihrer Kinder entscheiden, für diese Angebote  
960 werben.

961 • weitere Außenklassen der Sonderpädagogischen Bildungs- und  
962 Beratungszentren an allgemeinbildenden Schulen einrichten und die  
963 Möglichkeiten der Kooperation fördern.

964 • in Fällen der Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen eine fachliche  
965 Betreuung der betreffenden allgemeinbildenden Schulen durch die  
966 Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren vorsehen.

967 • dafür sorgen, dass körperliche Behinderungen nach Möglichkeit nicht zu  
968 Einschränkungen bei der Teilnahme am regulären Unterricht führen. Dazu  
969 gehört, dass Schulgebäude barrierefrei ausgebaut werden und die Digitalisierung  
970 vorangetrieben und im Unterricht genutzt wird.

971 • dringend benötigte zusätzliche Studienplätze für die Ausbildung von  
972 Lehrerinnen und Lehrern mit sonderpädagogischem Profil schaffen. Es ist nicht  
973 zu vertreten, dass zahlreiche Studienbewerber, die sich für diesen wichtigen und  
974 schwierigen Beruf entscheiden wollen, am Numerus clausus scheitern.

## 975 **B9) Freie Schulen**

976 Die Schulen in freier Trägerschaft ergänzen und bereichern das Bildungsangebot  
977 in Baden-Württemberg. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass für jeden  
978 Schüler und jede Schülerin das individuell passende Bildungsangebot bereitsteht.  
979 Leider erfahren die freien Schulen nicht immer und von allen Seiten die  
980 Wertschätzung, die sie verdienen. So mussten sie viele Jahre vergeblich um die  
981 notwendige Anpassung der staatlichen Zuschüsse kämpfen, die



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 41

982 verfassungsrechtlich garantiert ist und den freien Schulen ein Angebot  
983 ermöglicht, das nicht nach den finanziellen Möglichkeiten der Familien  
984 differenziert.

985 Auch für diese Schulen streben wir eine verlässliche Zukunftsperspektive an.

986 Wir werden:

987 • bei der Bemessung der staatlichen Zuschüsse an die freien Schulen das  
988 Bruttokostenprinzip anwenden und dabei auch die Kosten der  
989 Ganztagesbetreuung an staatlichen Schulen berücksichtigen. Wir wollen nicht,  
990 dass über die Elternbeiträge für die Ganztagesbetreuung an den freien Schulen  
991 jene sozialen Hürden entstehen, die das Grundgesetz und die Landesverfassung  
992 zu Recht ausschließen.

993 • bei der Bemessung der staatlichen Zuschüsse berücksichtigen, dass auch an  
994 den freien Schulen aktuell Investitionen zur Modernisierung und Digitalisierung  
995 der Schulinfrastruktur erforderlich sind.

996 • den Lehrerinnen und Lehrern den Wechsel zwischen staatlichen und freien  
997 Schulen erleichtern und die staatlichen Weiterbildungsangebote für die  
998 Lehrerinnen und Lehrer an den freien Schulen öffnen.

999 • die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft erleichtern, indem die  
1000 Wartezeit bis zur Anerkennung beibehalten wird, die Schulen jedoch von der  
1001 Aufnahme ihrer Tätigkeit an eine staatliche Förderung erhalten können.

### 1002 **B10 und D3) Bildung digital**

1003 Automatisierung, Digitalisierung, Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz: Die  
1004 Informationstechnik ist eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts.  
1005 Kaum ein Beruf wird in Zukunft noch ohne Mittel und Methoden der  
1006 Informationstechnik auskommen.

1007 In den Schülerinnen und Schülern die Begeisterung für die Chancen und  
1008 Möglichkeiten einer digitalen Zukunft zu wecken und sie auf eine weitgehend  
1009 digitalisierte Welt vorzubereiten sowie die Chancen der Digitalisierung im  
1010 Unterricht und in der Verwaltung zu nutzen, ist Aufgabe und Herausforderung für  
1011 Schulen und andere Bildungsträger.

1012 Dazu bedarf es einerseits der entsprechenden Lehrinhalte, die von fachkundigen  
1013 Lehrenden angeboten werden, andererseits der notwendigen technischen  
1014 Ausstattung, über die die Schulen in Baden-Württemberg bis heute nur in den  
1015 seltensten Fällen verfügen. Dieser Mangel ist nicht nur den knappen Ressourcen  
1016 der Schulträger geschuldet, sondern dem zögerlichen und inhaltenden  
1017 Verhalten zu verdanken, den die baden-württembergische Landesregierung

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 42

1018 entscheidend mitverursacht hat, indem sie den Digitalpakt zwischen Bund und  
1019 Ländern mit ihren Bedenken und Einwendungen verzögert hat. Die Digitalisierung  
1020 erfordert nun ein entschlossenes Handeln des Landes und der kommunalen und  
1021 freien Schulträger.

1022 Die Erfahrungen in der Zeit der Pandemie bestätigen unsere Haltung, dass die  
1023 vorhandene Digitalisierung in den Schulen noch in den Kinderschuhen steckt und  
1024 verdeutlichen einen umso dringenderen Handlungsbedarf.

1025 Wir werden:

1026 • für alle Schüler Medienbildung und den kritischen, selbstbestimmten Umgang  
1027 mit den modernen Medien als verbindlichen Lerninhalt definieren.

1028 • die Voraussetzungen dafür schaffen, dass allen Schulen ein  
1029 Glasfaseranschluss zur Verfügung steht und überall im Schulgebäude  
1030 WLAN-Empfang gewährleistet ist.

1031 • die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schülerinnen und Schüler sowie  
1032 die Lehrerinnen und Lehrer über eine gute Ausstattung mit Hard- und Software  
1033 für den digitalen Unterricht verfügen.

1034 • die didaktische Grundlage für digitale Bildung fest im Lehramtsstudium  
1035 verankern.

1036 • insbesondere durch ein gutes Fortbildungsangebot dafür sorgen, dass die  
1037 Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeiten digitaler Kommunikation und digitaler  
1038 Unterstützung im Unterricht gewinnbringend einsetzen können.

1039 • das Fach Informatik an allen weiterführenden Schulen ab Sekundarstufe 1  
1040 mindestens als Wahlpflichtfach anbieten.

1041 • gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung schaffen,  
1042 wie der IT-Support an den Schulen gewährleistet wird. Wir streben das Modell  
1043 eines „digitalen Hausmeisters“ an, der für die Hard- und Softwarebetreuung an  
1044 einer oder mehreren Schulen verantwortlich ist.

1045 • die Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, endlich für die Schulverwaltung  
1046 nutzen und das allgemeine Schulverwaltungsprogramm allen Schulen verbindlich  
1047 zur Verfügung stellen.

1048 • den Schulen und Schulträgern standardisierte Produkt- und  
1049 Dienstleistungsangebote machen, die die Anforderungen des Datenschutzes, des  
1050 Urheberrechts und der Schnittstellenkompatibilität benutzerfreundlich umsetzen.

1051 **B11) Studium und Lehre an den baden-württembergischen**  
1052 **Hochschulen**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 43

1053 Die baden-württembergische Hochschullandschaft zeichnet sich durch ihre  
1054 regionale und fachliche Vielfalt aus. Jeder Studierende kann entsprechend seiner  
1055 Neigung und Eignung das für ihn passende Studienangebot finden. Wir Freien  
1056 Demokraten wollen an dieser Vielfalt festhalten und deshalb auch die kleineren  
1057 Hochschulstandorte stärken und mit der notwendigen finanziellen Ausstattung  
1058 versehen.

1059 Wir unterstützen die Universitäten, die sich im bundesweiten Wettbewerb um die  
1060 besten Studierenden und die besten Professorinnen und Professoren durch  
1061 Exzellenz in der Lehre und in der Forschung auszeichnen. Die Pädagogischen  
1062 Hochschulen sind wichtige Säulen der Lehrerausbildung und sollen als  
1063 baden-württembergische Besonderheit erhalten bleiben.

1064 Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind für die Ausbildung der  
1065 Ingenieure und Betriebswirte sowie für viele Berufe im öffentlichen Dienst  
1066 unverzichtbar und leisten ebenfalls eine exzellente Arbeit. Sie brauchen  
1067 verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen und mehr Beachtung durch die  
1068 Landespolitik.

1069 Die Duale Hochschule Baden-Württemberg ist mittlerweile die größte Hochschule  
1070 im Land. Wir wollen den 2009 begonnenen Kurs des Zusammenwachsens der  
1071 Studienakademien zu einer Hochschule unterstützen und setzen auch in Zukunft  
1072 auf die enge Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Hochschule.

1073 Die Musik- und Kunsthochschulen sind in der baden-württembergischen  
1074 Hochschullandschaft ebenfalls unverzichtbar. Wir würden es begrüßen, wenn  
1075 dort noch mehr Studierende aus dem Land einen Studienplatz finden könnten.

1076 Mit der Neufassung des Landeshochschulgesetzes 2005 haben die  
1077 baden-württembergischen Hochschulen einen beachtlichen Zuwachs an Freiheit  
1078 von staatlicher Gängelung bekommen. Aus unserer Sicht ist diese  
1079 Hochschulfreiheit unabdingbare Voraussetzung für die Qualität von Forschung  
1080 und Lehre.

1081 Wir werden:

1082 • die Freiheit der Hochschulen in Forschung und Lehre achten und – wo möglich  
1083 – weiterentwickeln.

1084 • die Hochschulen und Universitäten darin unterstützen, das Angebot an  
1085 Studienplätzen an die gewandelten Anforderungen des 21. Jahrhunderts  
1086 anzupassen und – wo notwendig – weitere Studiengänge und Studienplätze  
1087 auszuweisen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 44

- 1088 • eine Qualitätsoffensive Lehre starten, die die Hochschulen darin unterstützt  
1089 innovative Lehrangebote zu entwickeln und dabei die Möglichkeiten der  
1090 Digitalisierung nachhaltig zu nutzen.
- 1091 • die verlässliche Hochschulfinanzierung über fünfjährige Hochschulpakete  
1092 fortsetzen und dabei darauf achten, dass alle Hochschularten bedarfsgerecht  
1093 finanziert werden. Dabei müssen auch die finanziellen Mehrbelastungen, die  
1094 durch die anstehende Umsatzsteuer-reform für die Hochschulen entstehen, aus  
1095 dem Landeshaushalt ausgeglichen werden.
- 1096 • uns dafür einsetzen, dass die Ausstattung der Lehre an Hochschulen eine  
1097 angemessene Vergütung der Lehrbeauftragten und die vom Wissenschaftsrat  
1098 empfohlene Quote an hauptamtlichen Professoren und Professorinnen  
1099 ermöglicht.
- 1100 • mit dem Freistaat Bayern Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, dass auch  
1101 baden-württembergische Studierende die Angebote der Virtuellen Hochschule  
1102 Bayern in Anspruch nehmen können
- 1103 • die Hochschulabsolventen nach Abschluss des Studiums in angemessener  
1104 Höhe an der Hochschulfinanzierung beteiligen und dadurch noch mehr Qualität  
1105 an den Hochschulen schaffen.
- 1106 • den Sanierungsstau an den Universitäten und Hochschulen entschlossen  
1107 angehen und dafür in der nächsten Wahlperiode Haushaltsmittel in  
1108 Milliardenhöhe zur Verfügung stellen.
- 1109
- 1110 • bestehende kleine Hochschulstandorte gezielt unterstützen und strukturell  
1111 fördern.
- 1112 • um dem Lehrermangel an den Grund- und Hauptschulen und an den  
1113 Sonderpädagogischen Einrichtungen zu begegnen, für diese Schulzweige  
1114 bedarfsgerecht weitere Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen  
1115 schaffen.
- 1116 • an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und an der DHBW  
1117 kooperative Forschung verstärkt fördern.
- 1118 • die Hochschulen beim Ausbau ihres Weiterbildungsangebotes und ihrer  
1119 digitalen Studiengänge unterstützen und die erforderliche Rechtssicherheit für die  
1120 dabei geltenden Rahmenbedingungen schaffen.
- 1121 • die Studiengebühren für internationale Studierende abschaffen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 45

## 1122 **B 12) Schulen und Hochschulen und die Erfahrungen aus** 1123 **der Corona-Krise**

1124 Die Corona-Krise des Jahres 2020 hat zu einem monatelangen Verbot des  
1125 Präsenzunterrichts an den Schulen und Hochschulen des Landes geführt. Wir  
1126 haben die Schließung der Bildungs-ein-richtungen als Instrument der  
1127 Pandemiebekämpfung mitgetragen, hätten uns aber gewünscht, dass Schulen  
1128 und Hochschulen besser auf diese Krisensituation vorbereitet gewesen wären.

1129 Es gilt nun, Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen und das Schulsystem  
1130 durch Veränderungen wetterfester zu machen. Dabei wollen wir am  
1131 Präsenzunterricht und der unmittelbaren Begegnung zwischen Lehrenden und  
1132 Lernenden als zentralem Baustein des schulischen und universitären  
1133 Bildungsangebots festhalten, sehen allerdings, dass nicht nur für Krisenzeiten  
1134 ein breiteres methodisches Repertoire zur Verfügung stehen muss, das auch den  
1135 durch das Internet vermittelten Fernunterricht als weiteren Baustein umfassen  
1136 muss. In jedem Fall bleiben in der Schule die Lehrerin und der Lehrer, in der  
1137 Hochschule die Professorin und der Professor die zentrale Bezugsperson und  
1138 diejenigen, die das Bildungsangebot verantwortlich gestalten. In den Schulen soll  
1139 darüber hinaus die Erziehungspartnerschaft zwischen Lehrern und Eltern intensiv  
1140 gelebt werden.

1141 Außerdem gilt es, die Defizite, die durch die Zwangspause im Jahr 2020  
1142 entstanden sind, aufzuarbeiten und zu beheben. Dazu vertrauen wir auf die  
1143 Kreativität der einzelnen Schulen und Hochschulen, die diese Aufgabe mit  
1144 Methoden lösen werden, die den jeweiligen örtlichen, technischen und  
1145 personellen Verhältnissen Rechnung tragen.

1146 Wir werden:

1147 · dafür Sorge tragen, dass den baden-württembergischen Schülern und  
1148 Studenten durch die Schul- und Hochschulschließungen des Jahres 2020 nach  
1149 Möglichkeit keine nachhaltigen Schäden in ihrer Bildungsbiografie bleiben. Dazu  
1150 bedarf es individuell passender Angebote und Wahlmöglichkeiten für die Schüler.  
1151 Neben einer möglichst auf den einzelnen Schüler zugeschnittenen Bildung und  
1152 Förderung gilt es auch in Krisenzeiten, so gut als möglich und in angemessenem  
1153 Umfang Leistung einzufordern.

1154 · den an den Schulen des Landes gerade erst begonnenen Weg einer  
1155 praxisgerechten und pädagogikgeleiteten Ausstattung mit digitaler Technik  
1156 offensiv vorantreiben.

1157 · die didaktische Grundlage für digitale Bildung fest im Lehramtsstudium  
1158 verankern.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 46

- 1159 • insbesondere durch ein gutes Aus- und Fortbildungsangebot und eine  
1160 Fortbildungspflicht für alle Lehrkräfte dafür sorgen, dass die Lehrerinnen und  
1161 Lehrer die Möglichkeiten digitaler Kommunikation und digitaler Unterstützung im  
1162 Unterricht gewinnbringend einsetzen können.
- 1163 · bei künftigen Krisen allen Beteiligten nach Möglichkeit mehr Planungssicherheit  
1164 geben.
- 1165 · die pädagogische und organisatorische Gestaltungsfreiheit der einzelnen Schule  
1166 stärken, um gerade in Krisensituationen schnelle und passgenaue Lösungen für  
1167 die dann auftretenden Probleme zu ermöglichen.
- 1168 · an den Schulen des Landes sowohl in regulären Zeiten als auch in Krisen auf  
1169 eine intensive und verlässliche Kommunikation zwischen Schulverwaltung,  
1170 Schulleitung, Lehrern und Eltern hinwirken.
- 1171 · als Lehre aus der Corona-Krise gemeinsam mit den Städten und Gemeinden  
1172 Lösungen erarbeiten, wie insbesondere für die älteren Schüler auch außerhalb  
1173 der Schulen geeignete Lern- und Arbeitsräume zur Verfügung gestellt werden  
1174 können.
- 1175 · die Schulen und die Hochschulen unterstützen, ihre Methodenvielfalt –  
1176 insbesondere durch Einsatz digitaler Instrumente – nachhaltig zu verbessern.

## 1177 **Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus**

### 1178 **W1) Wirtschaftspolitik für leistungsstarke Unternehmen**

1179 Baden-Württemberg gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa.  
1180 Unsere Wirtschaftskraft entsteht, weil Menschen erfolgreich Waren und  
1181 Dienstleistungen entwickeln und herstellen. Dies ist das Ergebnis unzähliger  
1182 Einzelentscheidungen, die täglich getroffen werden. Leistungsbereitschaft,  
1183 Kreativität, Innovationskraft und der Fortschrittswille von Arbeitnehmern und  
1184 Unternehmern sind die Grundlage für jenen wirtschaftlichen Erfolg, der zu  
1185 diesem Wachstum führt. Dabei ist unser Land vom Mittelstand geprägt.  
1186 Unternehmer und Familienunternehmen, die Privates nicht von Wirtschaftlichem  
1187 trennen können und wollen, die Verantwortung für sich, ihre Mitarbeiter und ihre  
1188 Region übernehmen und die auch in schwierigen Zeiten nicht das Handtuch  
1189 werfen – mit allen Risiken die damit verbunden sind. Diesen Unternehmern  
1190 möchten wir – gerade im Nachgang zu den Auswirkungen der Corona-Krise –  
1191 das Leben leichter machen. Hierzu gehört auch eine dauerhaft verlässliche  
1192 Gewährleistung der öffentlichen Kindertagesbetreuung, die Grundvoraussetzung  
1193 für eine funktionierende Wirtschaft ist. Die Unternehmer und Existenzgründer in  
1194 unserem Land sollen in einem positiven Klima des Miteinanders arbeiten und  
1195 starten können. Wirtschaft braucht stabile Rahmenbedingungen, sie braucht aber

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 47

- 1196 keine Regulierungswut und keine kleinteiligen politischen Regelungen. Ein  
1197 schlanker Staat, der es den Menschen einfach macht, ist dabei unser Leitbild.  
1198 Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir Wachstum, Wohlstand und  
1199 Lebensqualität in Baden-Württemberg sichern und weiterentwickeln. Dies trifft in  
1200 Zeiten der corona-bedingten Konjunkturkrise mehr zu denn je. Dazu brauchen  
1201 wir behutsame staatliche Maßnahmen, vor allen Dingen aber eine Entfaltung der  
1202 Kreativität und Kraft der Unternehmen.
- 1203 Wir werden:
- 1204 • ein gestaltungsstarkes Wirtschaftsministerium schaffen, das durch seine  
1205 gebündelten Zuständigkeiten für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Infrastruktur  
1206 die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Land effektiv verbessern kann.
  - 1207 • die rechtlichen Rahmenbedingungen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu  
1208 schaffen, damit insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen die Chancen  
1209 der Digitalisierung nutzen können; die Corona-Krise hat hier den Bedarf an  
1210 modernen Arbeitsmodellen, digitalen Verwaltungsabläufen und einer schnellen  
1211 Dateninfrastruktur mehr denn je offengelegt.
  - 1212 • dem Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft den Freiraum und die  
1213 Bedingungen verschaffen, die er für seine wichtigen Leistungen benötigt. Dazu  
1214 gehören angemessene Grundlagen in der Bildung, um jungen Menschen die  
1215 Ausübung praktischer Fähigkeiten zu ermöglichen, optimale Rahmenbedingungen  
1216 bei Planungssicherheit und Investitionen sowie eine Reduzierung der Bürokratie.
  - 1217 • den Vorrang privater Unternehmen vor Unternehmen der öffentlichen Hand  
1218 verteidigen; wir nehmen Rücksicht auf die örtliche Wirtschaft und beschränken  
1219 den Staat auf seine hoheitlichen Aufgaben. An dieser Grundsituation hat auch  
1220 die Corona-Krise nichts geändert und staatliche Beteiligungen dürfen selbst in  
1221 Ausnahmesituationen nur die Ultima Ratio sein.
  - 1222 • Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen, die das Land im Zuge der  
1223 Corona-Krise neu eingegangen ist, nach der Corona-Krise zügig beenden und  
1224 dafür sorgen, dass das Land nicht zum Unternehmer wird.
  - 1225 • das von der grün-roten Landesregierung eingeführte Bildungszeitgesetz  
1226 abschaffen. Es schafft eine unnötige Belastung der Unternehmen und verteuert  
1227 jeden Arbeitsplatz.
  - 1228 • eine Rohstoffstrategie entwickeln, die Import, Wiedergewinnung und eigene  
1229 Fördermöglichkeiten für Rohstoffe sowie die Erforschung von Ersatzstoffen  
1230 berücksichtigt.
  - 1231 • die Möglichkeiten zur Finanzierung von Innovationen verbessern und  
1232 praxisfreundlicher ausgestalten.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 48

- 1233 • das bürokratische Tariftreue- und Mindestlohngesetz des Landes abschaffen.
- 1234 • die Verantwortung Baden-Württembergs in Bezug auf die im Jahr 2019 mit  
1235 Frankreich getroffenen Vereinbarungen des Aachener Vertrages zur regionalen  
1236 und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahrnehmen.
- 1237 • dabei insbesondere die heute bestehenden bürokratischen Barrieren angehen,  
1238 indem wir uns dafür einsetzen, im Rahmen des Aachener Vertrages die  
1239 Entstehung von grenzüberschreitenden Einheiten beiderseits des Rheins als  
1240 Modellregion(en) zu unterstützen, in denen bei grenzüberschreitenden Vorhaben  
1241 Hindernisse arbeits-, sozial- und steuerrechtlicher Art so weit wie möglich,  
1242 gegebenenfalls auch durch Ausnahmeregelungen, beseitigt werden.
- 1243 • uns dafür einsetzen, dass die Anwendung des Entsendegesetzes auf ein  
1244 vernünftiges Maß reduziert und damit der Wirtschaftsaustausch nicht mehr  
1245 behindert wird als unbedingt nötig.

## 1246 **W2) Mittelstand und Handwerk**

1247 Wir Freie Demokraten wissen, dass der Wohlstand in Baden-Württemberg  
1248 neben starken Industrieunternehmen vor allem von mittelständischen  
1249 Unternehmen und einem leistungsfähigen Handwerk geprägt ist. Sie bieten den  
1250 Großteil der Arbeitsplätze an und erarbeiten wesentliche Teile unserer  
1251 Wertschöpfung.

1252 Das Augenmerk der FDP wird daher auch in Zukunft optimalen Bedingungen für  
1253 kleinere und mittlere Unternehmen gelten. Dafür brauchen wir den Abbau  
1254 unnötiger Bürokratie, eine weitsichtige Standortpolitik und zügige Verfahren,  
1255 wenn es gilt, Betriebe zu erweitern, zu verlagern oder zu modernisieren.

1256 Wir werden:

1257 • die planungsrechtlichen und baurechtlichen Vorgaben so gestalten, dass  
1258 kleinen und mittleren Unternehmen und den Betrieben des Handwerks die  
1259 erforderlichen Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dafür ist die  
1260 Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Land mit schlanken  
1261 Genehmigungsprozessen unabdingbar.

1262 • im Interesse aller Unternehmen an einer qualitativ hochwertigen Ausbildung  
1263 unserer Fachkräfte festhalten. Durch die enge Zusammenarbeit mit den  
1264 ausbildenden Unternehmen ist sowohl in den Ausbildungsberufen als auch beim  
1265 Dualen Studium an der DHBW eine qualitativ hochwertige, aktuelle und am  
1266 Bedarf der Unternehmen und Betriebe orientierte Ausbildung gewährleistet. Die  
1267 Kooperation zwischen Universitäten und Hochschulen für angewandte  
1268 Wissenschaften mit den Unternehmen des Landes in Lehre und Forschung  
1269 werden wir nach Kräften unterstützen.



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 49

- 1270 • die Meisterprämie auf weitere Branchen und Berufe ausweiten.
- 1271 • am System der Innovationsgutscheine für kleine und mittlere Unternehmen  
1272 festhalten und dies bei Bedarf ausbauen. Sie fördern die Wettbewerbsgleichheit  
1273 bei der Inanspruchnahme öffentlicher Forschungskapazitäten.
- 1274 • den kleinen und mittleren Unternehmen die notwendige Unterstützung  
1275 gewähren, wenn es gilt, aufwendige europa- oder bundesrechtliche Vorschriften  
1276 in die Praxis umzusetzen.
- 1277 • die vorhandenen Strukturen zum Technologietransfer von den Hochschulen in  
1278 die baden-württembergische Wirtschaft weiterentwickeln.
- 1279 • zusätzliche Start-Up-Programme für Existenzgründer auflegen, die dafür sorgen,  
1280 dass neue Unternehmen mit Erfolg in den Markt eintreten können.
- 1281 • einen Auftragsschub durch die öffentliche Hand mit einer Sanierungsoffensive  
1282 in öffentlichen Gebäuden, insbesondere an Schulen und Hochschulen, starten,  
1283 um den zu erwartenden Nachfragerückgang durch die Corona-Krise  
1284 auszugleichen und die Infrastruktur zu erneuern.

### 1285 **W3) Fachkräfte und Zuwanderung**

1286 Die wichtigste Ressource für die Zukunft der baden-württembergischen  
1287 Wirtschaft sind gut ausgebildete, leistungsfähige Fachkräfte. Das Land und die  
1288 Unternehmen stehen in gemeinsamer Verantwortung dafür, dass Unternehmen  
1289 ihren Fachkräftebedarf auch in Zukunft hier in Baden-Württemberg decken  
1290 können.

1291 Wir Freie Demokraten sehen dabei zwei Wege, um für den notwendigen  
1292 Fachkräftenachwuchs zu sorgen: Einerseits müssen wir durch vielfältige  
1293 qualifizierte Ausbildungsangebote junge Menschen auf ihre berufliche Zukunft  
1294 vorbereiten und an das Land binden.

1295 Der zweite Weg ist es, die Zuwanderung aus anderen Bundesländern und aus  
1296 dem Ausland nach Baden-Württemberg zu ermöglichen und attraktiv  
1297 auszugestalten. Unnötige Bürokratie wird auch hier zum Standortnachteil.

1298 Wir werden:

- 1299 • die beruflichen Schulen und das System der dualen Ausbildung in ihrer  
1300 Leistungsfähigkeit stärken und durch schulorganisatorische Maßnahmen  
1301 und die Ausbildung von qualifizierten Berufsschullehrern die  
1302 Rahmenbedingungen für die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte schaffen.
- 1303 • zur Stärkung unserer Ausbildungsbetriebe die Möglichkeit verstärkt nutzen,  
1304 von der starren Mindestgröße der Berufsschulklassen abzuweichen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 50

- 1305 • die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die Duale  
1306 Hochschule Baden-Württemberg, die die Mehrzahl der in  
1307 Baden-Württemberg tätigen Ingenieure und Betriebswirte ausbilden, weiter  
1308 unterstützen und bei der Ausgestaltung der Hochschulfinanzierung dafür  
1309 sorgen, dass ihre Interessen ebenso berücksichtigt werden wie der  
1310 Finanzbedarf der Landesuniversitäten.
- 1311 • die Rahmenbedingungen für Technologietransfer und Ausgründungen an  
1312 den Hochschulen so gestalten, dass es gelingt, junge  
1313 Hochschulabsolventen im Land zu halten.
- 1314 • die Hochschulen bei der Entwicklung von berufsbegleitenden  
1315 Weiterbildungsangeboten unterstützen und die rechtlichen  
1316 Rahmenbedingungen so gestalten, dass Weiterbildungsstudien entsprechend  
1317 der Nachfrage und den Erwartungen berufstätiger Studierender angeboten  
1318 werden können.
- 1319 • dafür sorgen, dass die Ausländerbehörden des Landes bei der Anwendung  
1320 des Aufenthaltsrechts den Aspekt des Fachkräftebedarfs stärker  
1321 berücksichtigen und durch unkomplizierte, schnelle Verfahren dafür sorgen,  
1322 dass qualifizierte Interessenten an baden-württembergischen Arbeitsplätzen  
1323 zu uns ins Land kommen können.

1324 · uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das  
1325 Fachkräfte-einwan-de-rungsrecht zu einem modernen, kohärenten  
1326 Einwanderungsgesetz mit einer Ausweitung der bisherigen Möglichkeiten zur  
1327 Fachkräftegewinnung weiterentwickelt wird. Dabei soll die bisherige „Blue Card“  
1328 als erste Säule ausgeweitet werden und ein Punktesystem nach kanadischem  
1329 Vorbild als zweite Säule eingeführt werden.

1330 · zur Linderung des Fachkräftemangels nicht auf wertvolle Arbeitskräfte  
1331 verzichten, die sich bereits im Lande befinden, auch dann nicht, wenn ihr  
1332 Asylverfahren nicht zu ihren Gunsten ausgegangen ist. Es ist weder humanitär  
1333 vertretbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll, gut integrierte Steuerzahler und ihre  
1334 Familien abzuschieben. Deswegen wollen wir im Rahmen einer  
1335 Bundesratsinitiative Asylbewerbern und Geduldeten, die hier bereits seit  
1336 mehreren Jahren gut integriert leben, den Spurwechsel in den Rechtskreis der  
1337 qualifizierten Einwanderung ermöglichen und damit eine dauerhafte  
1338 Bleibeperspektive bieten. In einem wirksamen Einwanderungsgesetzbuch muss  
1339 jedoch sichergestellt werden, dass sie die gleichen Kriterien wie bei einer  
1340 Bewerbung aus dem Ausland erfüllen, um keine neuen Fehlanreize zur  
1341 Einwanderung über das Asylsystem ohne Schutzgrund auszulösen.

## 1342 **W4) Landwirtschaft**

1343 Die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg erbringen eine Vielzahl  
1344 von Leistungen, die nur zum Teil am Markt vergütet werden. Sie erhalten

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 51

1345 wertvolle Kulturlandschaft, tragen zu einem ausgewogenen Wasser- und  
1346 Bodenhaushalt bei und sorgen für Ernährungssicherheit in einer Welt mit immer  
1347 mehr Menschen. Dabei ist die Landwirtschaft vielfältiger Kritik ausgesetzt und  
1348 bevorzugtes Ziel eines eher städtisch geprägten Zeitgeistes. Positionen, wie sie  
1349 Verfasser des Volksantrags „Rettet die Bienen“ in die öffentliche Diskussion  
1350 einbringen, werden dem Engagement der Landwirte nicht gerecht. Folgt man  
1351 diesen Forderungen, wird die Bewirtschaftung unseres Landes über kurz oder  
1352 lang gänzlich unmöglich, landwirtschaftliche Existenzen würden vernichtet, unser  
1353 Land wäre von Nahrungsmittelexporten abhängig.

1354 Wir Freie Demokraten hingegen wollen den Betrieben ihre Arbeit erleichtern,  
1355 Bürokratie abbauen und eine verlässliche Zukunftsperspektive für die  
1356 Landwirtschaft schaffen.

1357 Wir werden:

1358 • angesichts wachsender Herausforderungen und eines tiefgreifenden  
1359 Strukturwandels in der Landwirtschaft das Agrarinvestitionsförderprogramm des  
1360 Landes verstärken und das Verfahren zur Gewährung von  
1361 Investitionsförderungen entschlacken und vereinfachen.

1362 • um auch kleineren landwirtschaftlichen Betrieben eine digital gestützte  
1363 Präzisionslandwirtschaft zu ermöglichen, die notwendigen Geodaten und die  
1364 Satellitenpositionssignale für die Land- und Forstwirtschaft gebührenfrei zur  
1365 Verfügung stellen.

1366 • für eine leistungsfähige und ausfallsichere Dateninfrastruktur auch im ländlichen  
1367 Raum sorgen, damit die landwirtschaftlichen Betriebe sich vernetzen können.  
1368 Denkbar ist eine Kooperation mit der GeoBox-Infrastruktur des Landes  
1369 Rheinland-Pfalz.

1370 • landesrechtliche Regelungen zum Pflanzenschutz, für Gewässerrandstreifen  
1371 und für die Erhaltung von Grünland überprüfen und sie, wenn möglich, an den  
1372 europa- und bundesrechtlich vorgeschriebenen Standard anpassen.

1373 • planwirtschaftliche Regelungen zugunsten des Ökolandbaus korrigieren und  
1374 durch marktkonforme Ziele ersetzen. Die in einigen Förderprogrammen des  
1375 Landes vorgesehene Bevorzugung des Ökolandbaus werden wir ebenfalls  
1376 korrigieren.

1377 • uns im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine steuermindernde  
1378 Risikoausgleichsrücklage für die Land- und Forstwirtschaft einsetzen, damit die  
1379 ‚Werkbank unter freiem Himmel‘ unabhängig von öffentlichen Notgroschen  
1380 besser eigenverantwortlich für Witterungsrisiken vorsorgen kann.

1381 **W5) Forst- und Holzwirtschaft**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 52

1382 Der Wald nimmt gut 40 Prozent der Fläche des Landes Baden-Württemberg ein.  
1383 Er erzeugt Holz, entzieht der Atmosphäre CO<sup>2</sup>, reguliert den Wasserhaushalt und  
1384 bietet Raum für Erholung und Entwicklung von Artenvielfalt. Im ländlichen Raum  
1385 hängen noch immer zahlreiche Arbeitsplätze an der Forst- und Holzwirtschaft. Es  
1386 gibt also viele überzeugende Gründe, eine verlässliche Zukunft der Forst- und  
1387 Holzwirtschaft zu sichern.

1388 Wir werden:

1389 • eine „Nadelholzstrategie 2100“ erarbeiten, denn wir brauchen auch in Zukunft  
1390 klimastabile Mischwälder und große Mengen an Nadelholz. Dabei wollen wir  
1391 bürokratische Hürden für nicht-standortheimische Baumarten wie die Douglasie  
1392 oder Zedern abbauen.

1393 • die mit der Forststrukturreform 2019 eingeführte Belastung mit bürokratischen  
1394 Vorschriften entschlacken und durch ein schlankeres Landeswaldgesetz  
1395 Rechtssicherheit für die Forstwirtschaft und den Vertragsnaturschutz schaffen.

1396 • mit Blick auf den kleinteiligen Privatwaldbesitz in Baden-Württemberg die  
1397 Professionalisierung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse fördern.

1398 • produktionsintegrierten Natur- und Artenschutz in der Fläche ermöglichen.

1399 • aus der FSC-Zertifizierung der Forstwirtschaft aussteigen und zur einfachen  
1400 Zertifizierung nach dem international verbreiteten Standard PEFC zurückkehren

1401 • Maßnahmen ergreifen, um den Bestand an Rehen und Wildschweinen  
1402 waidgerecht im Rahmen zu halten und den Biber ins Jagdrecht aufnehmen.

1403 • an der 2-Meter-Regelung aus dem Landeswaldgesetz festhalten.

## 1404 **W6) Wohnungsbau**

1405 In Baden-Württemberg übersteigt die Nachfrage nach Wohnraum das  
1406 Wohnungsangebot deutlich. Laut Prognos-Studie fehlen bis 2025 rund 500.000  
1407 Wohnungen. Land und Kommunen sind nicht in der Lage, dieses Defizit zu  
1408 beseitigen. Notwendig sind vielmehr das Kapital und das Engagement privater  
1409 Investoren. Bund, Land und Kommunen müssen dafür die Voraussetzungen  
1410 schaffen. Der Weg zur Baugenehmigung muss beschleunigt werden, das  
1411 Baurecht muss entschlackt und aktualisiert werden. Die im Bauordnungsrecht in  
1412 den letzten Jahren neu geschaffenen ökologischen und ökonomischen Vorgaben  
1413 sorgen in Wahrheit weder für mehr Umweltschutz noch für mehr  
1414 Ressourceneffizienz, sondern verhindern in vielen Fällen einfach den Bau neuer  
1415 Wohnungen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 53

1416 Land und Kommunen müssen die planerischen Voraussetzungen dafür schaffen,  
1417 dass vorhandene Flächenpotenziale für den Bau neuer Wohnungen mobilisiert  
1418 werden.

1419 Die Kosten des Grunderwerbs und des Baus neuer Wohnungen müssen gesenkt  
1420 werden, soweit der Staat darauf Einfluss hat. Wir wollen die Wohnbauförderung  
1421 im Land neu justieren und die Schaffung privaten Wohnraums mehr als bisher  
1422 fördern.

1423 Wir werden:

1424 • die Landesbauordnung novellieren und unnötige kostentreibende Vorgaben wie  
1425 z.B. überdachte Fahrradabstellplätze und zwingende Fassadenbegrünung  
1426 streichen.

1427 • bei der Landesplanung die Rahmenbedingungen so verändern, dass auch die  
1428 Ausweisung neuer Wohngebiete durch die Städte und Gemeinden ermöglicht  
1429 wird. Leerstehende innerörtliche Flächen sind ein wichtiges Potenzial für den  
1430 Wohnungsbau, reichen aber nicht aus, um den Nachfrageüberhang, den wir in  
1431 Baden-Württemberg haben, zu erfüllen.

1432 • staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt wie Mietpreisbremsen,  
1433 Zweckentfremdungsverbote und Leerstandskontrollen verhindern, da sie  
1434 Investoren abschrecken und in Wahrheit Wohnungsbau verhindern.

1435 • die Wohnbauförderung des Landes neu konzipieren und dabei den Fokus  
1436 stärker auf Eigenheimbau und den Bau von Eigentumswohnungen richten.

1437 • die Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 % senken, um so die Nebenkosten des  
1438 Immobilienerwerbs zu reduzieren.

1439 • die Forderung der FDP auf Bundesebene, zur Entlastung der Bürger beim  
1440 Erwerb von Wohneigentum einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro  
1441 für natürliche Personen einzuführen, unterstützen.

1442 • Anreize für das Engagement privater Investoren einschließlich  
1443 Baugenossenschaften schaffen und auf die Gründung einer  
1444 Landeswohnungsbaugesellschaft verzichten.

## 1445 **W7) Handel**

1446 Der lokale Einzelhandel befindet sich in einem epochalen Wandel. Durch die  
1447 Hinwendung vieler Verbraucher zu online-affinen Angeboten hat sich die  
1448 Wettbewerbssituation drastisch verschärft. Die mehrwöchige Schließung des  
1449 Einzelhandels aufgrund des Corona-Virus im Frühjahr 2020 hat diesen Trend  
1450 weiter beschleunigt. Außerdem bringt der Online-Handel ein ungesundes

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 54

1451 Wachstum des Lieferverkehrs und einen wachsenden Bedarf an Logistikflächen  
1452 mit sich, der in dicht besiedelten Städten nicht ohne weiteres zu realisieren ist.

1453 Wir wollen aus städtebaulichen und ordnungspolitischen Gründen das System  
1454 des lokalen Einzelhandels erhalten. Notwendig ist es, wettbewerbsbehindernde  
1455 Beschränkungen des Einzelhandels zu identifizieren und zu beseitigen. Dazu  
1456 gehören überzogene Verkehrsbeschränkungen in den Innenstädten, restriktive  
1457 Arbeitszeitregelungen und aufwendige Dokumentationspflichten.

1458 Wir werden:

1459 • die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den lokalen Einzelhandel weiter  
1460 verbessern und mehr Freiheit bei der Gestaltung der Arbeitszeiten geben. Auch  
1461 eine Lockerung des Ladenschlusses an Sonn- und Feiertagen kommt für uns in  
1462 Betracht. Insbesondere bei Konjunkturkrisen wie der Corona-Krise sind hier  
1463 großzügige Ausnahmeregelungen notwendig, bspw. die temporäre Streichung  
1464 des Anlassbezugs bei verkaufsoffenen Sonntagen.

1465 • verhindern, dass durch restriktive Verkehrsregelungen in den Städten der  
1466 Einzelhandel auf die grüne Wiese oder ins Internet vertrieben wird. Wir wollen  
1467 weiterhin vitale Innenstädte mit einem Mix von Waren- und  
1468 Dienstleistungsangeboten.

1469 • die Städte und Gemeinden ermutigen, durch eine investitionsfreundliche  
1470 Bauplanung moderne Einzelhandels- und Dienstleistungsobjekte möglich zu  
1471 machen.

1472 • den lokalen Einzelhandel bei innovativen Lösungen wie gemeinsamen  
1473 Online-Plattformen oder lokalen Lieferdiensten unterstützen, um somit  
1474 konkurrenzfähig gegen globale Unternehmen zu bleiben.

1475 • uns dafür einsetzen, dass die pauschale Bonpflicht, die Handel und Umwelt  
1476 unnötig belastet, wieder abgeschafft wird.

## 1477 **W8) Tourismus in Baden-Württemberg**

1478 Egal ob Kultur-, Aktiv- oder Erholungsurlauber – Baden-Württemberg bietet allen  
1479 etwas. Vom Bodensee bis zum Main bieten sich vielfältige Möglichkeiten zum  
1480 Wandern, Reiten, Biken, Kanufahren und Schlemmen. All diese Faktoren  
1481 verbinden den bedeutenden Wirtschaftszweig des Tourismus im Land. Der  
1482 Tourismus im Land benötigt einen einheitlichen, schlagkräftigen Ansprechpartner  
1483 im Land und kein Kompetenzwirrwarr wie bei der heutigen Landesregierung.

1484 Die Schließungen der Hotels und Gastronomie, die Reisewarnungen, die  
1485 Zurückhaltung der Verbraucher – all das hat dem Tourismusstandort  
1486 Baden-Württemberg schweren Schaden zugefügt, der auch nicht durch die

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 55

1487 zunehmende Neigung, „Urlaub im Ländle“ zu machen, aufgefangen werden  
1488 kann. Insbesondere das Auslandsgeschäft wird sich davon lange nicht erholen.  
1489 Viele touristische Betriebe sind im weltweiten Lockdown auf der Strecke  
1490 geblieben.

1491 Wir werden:

1492 • bessere Rahmenbedingungen für eine funktionierende Gastronomie und  
1493 Hotellerie schaffen. Gerade im ländlichen Raum wollen wir dem Sterben von  
1494 Beherbergungsbetrieben und Gaststätten entgegenwirken.

1495 • uns für Ausfallsicherungsmaßnahmen wie z. B. die Möglichkeit einer  
1496 steuermindernden Risikorücklagenbildung für die Betriebe einsetzen.

1497 • für eine weitere Entzerrung der Tourismusströme durch die Vergrößerung des  
1498 Zeitkorridors bei den Sommerferien sorgen, damit die Betriebe eine insgesamt  
1499 höhere Auslastung erreichen können.

1500 • die 56 Heilbäder als Träger des Tourismus sowie ihre medizinischen  
1501 Einrichtungen effizienter als bisher unterstützen.

1502 • die Rahmenbedingungen für die regionale Landwirtschaft erhalten. Gerade die  
1503 kleinräumige Landwirtschaft Baden-Württembergs hat das Landschaftsbild  
1504 geformt, daher kommt ihr auch für den Tourismus eine entscheidende Funktion  
1505 zu. Ferner sind regionale Spezialitäten aus der Landwirtschaft ein wichtiger  
1506 Beitrag zum Tourismus.

1507 • Erleichterungen bei der Anlage und beim Bau von geeigneten Plätzen für den  
1508 Campingtourismus schaffen.

1509 • das symbiotische Verhältnis von Städtetourismus und ländlichem Raum stärken.  
1510 Voraussetzung hierfür sind attraktive ÖPNV-Angebote und Angebote wie die  
1511 KONUS-Karte, die erhalten und auf kulturelle und touristische Angebote  
1512 ausgebaut werden sollen.

1513 • eine effizientere und erfolgreichere Arbeit der Vermarktungsorganisationen des  
1514 Landes für den Tourismus gewährleisten. Auch aus diesem Grund müssen alle  
1515 Kompetenzen für den Tourismus im Wirtschaftsministerium gebündelt werden.

1516 • das Förderprogramm der digitalen Vermarktung der Touristenzentren sowie der  
1517 touristischen Infrastruktur ausbauen.

1518 • den Flusstourismus auf Rhein, Neckar und Donau und ihren Nebenflüssen  
1519 stärken. Dazu muss in diesem Bereich auch die Infrastruktur ausgebaut werden.

1520 **W9 und D1) Wirtschaft und digitale Infrastruktur**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 56

1521 Die digitale Infrastruktur ist als Standortfaktor von großer Bedeutung. Leider sind  
1522 weder Deutschland als Ganzes noch das Land Baden-Württemberg dabei auf  
1523 exzellentem Niveau. Unser Ziel ist es daher, die digitale Infrastruktur des Landes  
1524 in den nächsten Jahren auf Exzellenzniveau und an die weltweite Spitze zu  
1525 bringen.

1526 Wir halten es für erforderlich, dass so schnell wie möglich für jedes Gebäude in  
1527 Baden-Württemberg die Möglichkeit geschaffen wird, es an das schnelle  
1528 Glasfasernetz anzuschließen. Denn gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass  
1529 die Arbeit vom Home-Office aus integraler Bestandteil einer modernen Wirtschaft  
1530 sein wird. Daher ist es umso dringlicher, alle Gebäude mit einer schnellen und  
1531 zuverlässigen Internetverbindung auszustatten.

1532 Auch Funklöcher im Bereich des Mobilfunks behindern Unternehmen und Private  
1533 bei der inzwischen unverzichtbaren mobilen Kommunikation. Sie sind ein echter  
1534 Standortnachteil.

1535 Der Mobilfunkstandard 5G ist dabei für die Wirtschaft ein neuer wichtiger Faktor,  
1536 den wir schnell ausbauen müssen.

1537 Wir werden:

1538 • ein eigenes Digitalisierungsministerium einrichten, in dem wir Kompetenzen  
1539 aufbauen und bündeln, um den Aufbau einer digitalen Verwaltung und die  
1540 Herausforderungen einer digitalen Wirtschaft strategisch fundiert und strukturiert  
1541 bewältigen zu können.

1542 • die Definition des schnellen Internets ändern. Wir wollen die  
1543 Gigabit-Gesellschaft, für die wirklich schnelles Internet bei 1000 Mbit/s anfängt.  
1544 Für die jetzige Landesregierung sind Bandbreiten von lediglich 50 Mbit/s schon  
1545 schnell.

1546 • ein Glasfaser-Förderprogramm etablieren, um mit zinsgünstigen Krediten den  
1547 privatwirtschaftlichen Ausbau zu unterstützen.

1548 • dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg flächendeckend  
1549 Glasfaserverbindungen für alle Gebäude und Betriebe zur Verfügung stehen. Die  
1550 Nachfrage nach Glasfaserhausanschlüssen kann durch Gutscheinmodelle  
1551 gefördert werden, ohne dass in den Anbietermarkt eingegriffen werden muss.

1552 • das Landesverwaltungsnetz flächendeckend mit Glasfaser ausbauen.

1553 • für einen raschen Ausbau des Netzes in Baden-Württemberg auch alternative  
1554 Verlegemethoden zulassen oder ermöglichen, z.B. Micro-Trenching (*Fußnote:*  
1555 *kostengünstige Alternative zum üblichen konventionellen Tiefbau, bei der Gräben*  
1556 *in Straßen oder Gehwege gefräst werden, was ein großflächiges Öffnen des*



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 57

1557 *Asphalts unnötig macht*) und andere Wege, wie über Oberleitungen, Kanäle  
1558 usw.

1559 • dafür sorgen, dass das Mobilfunknetz auf der Basis eines Funklochscreensings  
1560 so schnell wie möglich vervollständigt wird. Dabei sind Synergien mit der vom  
1561 Bund neu gegründeten Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft zu nutzen.

1562 • verstärkt Aufklärungskampagnen über die Auswirkungen von Mobilfunknetzen  
1563 für Mensch und Natur finanzieren.

1564 • die in den diversen Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums  
1565 eingestellten Mittel verstärkt zum Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen  
1566 Raum einsetzen.

1567 • die Kompetenz der Behörden zur Bekämpfung von Cyberkriminalität bündeln  
1568 und stärken. Zur Abwehr werden Bürger und Betriebe fachlich besser beraten  
1569 und unterstützt.

1570 • Baden-Württembergs Interessen an einer digitalisierungsfördernden bundes-  
1571 und europarechtlichen Kulisse auf den entsprechenden Ebenen noch stärker zur  
1572 Geltung bringen.

1573 • digitale Innovationen bei Unternehmen, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz  
1574 (KI), Big Data und neuer Technologien unterstützen und mit einem breiten  
1575 Angebot von offenen Daten (Open Data) neue Geschäftsmodelle ermöglichen.

## 1576 **W 10) Baden-Württemberg als Motor für Europas Einigung**

1577 Baden-Württemberg ist durch seine Geschichte, Kultur und geographische Lage  
1578 prädestiniert, die europäische Integration voranzubringen. Unser Land ist vielen  
1579 Europäerinnen und Europäern durch Arbeit, Studium und Familie neue Heimat  
1580 geworden. Hunderttausende Pendler verbinden uns - in beide Richtungen täglich  
1581 - vor allem mit Frankreich und der Schweiz, aber auch mit Österreich. Diese  
1582 Nachbarschaft hat Jahrhunderte des Auf und Ab gesehen. Erst die Europäische  
1583 Integration hat uns den anhaltenden Frieden gebracht, der aus zerstrittenen  
1584 Nachbarn dauerhafte Partner gemacht hat. Nur dank der Europäischen Union ist  
1585 es gelungen, die Grenzregionen von der Peripherie in die Mitte zu rücken. Wir  
1586 Freie Demokraten sehen es deshalb als unsere Aufgabe, uns auch zukünftig  
1587 entschlossen für die weitere Integration Europas einzusetzen und dieses  
1588 Zusammenwachsen unumkehrbar zu machen. Wie viel auf diesem Wege noch  
1589 zu tun ist, hat die Corona-Krise 2020 mit aller Härte gezeigt. Unabgestimmte  
1590 Grenzschießungen, unterbrochene Familienbande, ins Stocken geratene  
1591 Warenketten - all dies zeigte, wie brüchig die Zusammenarbeit noch immer ist.  
1592 Wir werden:

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 58

1593 · die Verantwortung Baden-Württembergs bei der Umsetzung des 2019 mit  
1594 Frankreich geschlossenen Vertrags von Aachen auf dem Gebiet der  
1595 grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagiert wahrnehmen.

1596 · die heute bestehenden bürokratischen Barrieren arbeits-, sozial- und  
1597 steuerrechtlicher Art bei grenzüberschreitenden Vorhaben so weit wie möglich  
1598 beseitigen und dafür auch die erstmals möglichen Ausnahmeregelungen von  
1599 nationalem und Landesrecht nutzen.

1600 · uns dafür einsetzen, im Rahmen des Vertrags von Aachen die Entstehung von  
1601 grenzüberschreitenden kommunalen Einheiten beiderseits des Rheins als  
1602 Modellregion(en) zu unterstützen.

1603 · die grenzüberschreitende Nutzung kommunaler Infrastruktur erleichtern,  
1604 namentlich in den Bereichen Gesundheitswesens und Zivilschutz.

1605 · uns im Bundesrat für eine Novelle des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes  
1606 einzusetzen, damit der Wirtschaftsaustausch innerhalb der EU wieder deutlich  
1607 erleichtert wird. Das heutige Entsendegesetz ist für Arbeitnehmer, Arbeitgeber  
1608 und Selbständige ein bürokratisches Monster (z.B. die sog. „A1-Bescheinigung“),  
1609 das Märkte bürokratisch abschottet und Verbrauchern die Wahrnehmung von  
1610 Dienstleistungen von jenseits der Grenze erschwert.

1611 · gemeinsam mit dem Bund und unseren Nachbarn aus der Corona-Krise die  
1612 notwendigen Lehren ziehen und einen Krisenvorsorgeplan entwickeln, wie  
1613 unkoordinierte Grenzsicherungen in Notsituationen möglichst unterbleiben oder  
1614 auf ein Mindestmaß reduziert werden können.

1615 · die „Vier Motoren Europas“ auf allen vier Zylindern wieder zum Laufen bringen,  
1616 indem die baden-württembergischen Partnerregionen Lombardei (Italien),  
1617 Katalonien (Spanien) und Auvergne/Rhone-Alpes (Frankreich) insbesondere als  
1618 von der Corona-Pandemie betroffenen Standorte der Automobil-Industrie ihre  
1619 Interessen bündeln. So können auch auf europäischer Ebene lebenswichtige  
1620 regionale Interessen erfolgreich vertreten werden.

## 1621 **Forschung, Technik und Energie**

### 1622 **F1) Innovation sichert Zukunft**

1623 Wir Freie Demokraten stehen für einen optimistischen Blick auf die Zukunft. Wir  
1624 stehen Innovationen offen gegenüber und sehen in ihnen zuallererst die  
1625 Chancen statt der Risiken. Fortschritt wird allerdings erst durch die Übernahme  
1626 von Verantwortung, die Bereitschaft zu investieren und den Erfindungsreichtum  
1627 von Menschen ermöglicht, die den Mut haben, Überkommenes zu hinterfragen  
1628 und etwas Neues zu wagen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 59

1629 Die Profile unserer Forschungseinrichtungen reichen von der klaren  
1630 Anwendungsorientierung bis hin zu den aktuellen Grenzen unserer  
1631 Wissensgrundlagen. Die Bedeutung der universitären Grundlagenforschung wird  
1632 durch die Erfolge unseres Landes in den Exzellenzinitiativen des Bundes  
1633 sichtbar. Ein Mix aus Grundlagenforschung, angewandter Forschung und dem  
1634 Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis schärft nicht nur das Profil  
1635 der Hochschulen, sondern trägt auch essentiell zum Erfolg der hiesigen  
1636 Wirtschaft bei. Die schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in  
1637 praxisnahe Lehre sowie in Produkte und Dienstleistungen sind ein essentieller  
1638 Beitrag zum Wirtschaftsstandort und zur Innovationskraft Baden-Württembergs.  
1639 Besonders die praxisnahen Forschungsleistungen der Hochschulen für  
1640 angewandte Wissenschaft (HAW) gilt es anzuerkennen und zu honorieren sowie  
1641 ihre Rolle als Partner des Mittelstands zu stärken.

1642 Wir werden:

1643 • die Freiheit von Forschung und Lehre mit Nachdruck verteidigen.

1644 • den Hochschulen eine sehr gute und zuverlässige Finanzierung gewährleisten,  
1645 die auch die Forschung umfasst.

1646 • ein forschungs- und technologiefreundliches Klima im Land schaffen, sowie die  
1647 Attraktivität der wissenschaftlichen Laufbahn erhöhen.

1648 • die Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs verbessern,  
1649 um exzellente Köpfe im Land zu behalten.

1650 • sichere Rahmenbedingungen zum Schutze geistigen Eigentums schaffen,  
1651 indem wir unter anderem das Patentmanagement modernisieren und gezielt  
1652 gegen Cyber-Kriminalität vorgehen.

1653 • darauf achten, dass auch private Hochschulen an den staatlichen  
1654 Forschungsförderprogrammen partizipieren können.

## 1655 **F2) Start-Up Ländle**

1656 Hightech-Gründungen beflügeln die Hoffnung auf Innovation: Baden-Württemberg  
1657 zeichnete sich in der Vergangenheit durch Geschäfts- und Gründergeist aus und  
1658 hat vielfältige Innovationen u.a. im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und in  
1659 der Automobilindustrie hervorgebracht. Da die Wertschöpfung der Zukunft  
1660 vorwiegend im Bereich Forschung, Entwicklung und Digitalisierung stattfinden  
1661 wird, ist eine Förderung neuer Dynamiken in Forschung, Start-Ups und Industrie  
1662 nötig. Junge dynamische Gründerteams haben oft die Möglichkeit,  
1663 unvoreingenommen disruptive Lösungsansätze zu erarbeiten und somit die  
1664 Märkte der Zukunft zu erschließen. Zwei Drittel aller Gründerinnen und Gründer  
1665 halten die bürokratischen Hürden und die unzureichenden

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 60

1666 Finanzierungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg für unbefriedigend. Wir sind  
1667 optimistisch, dass wir die schwierigen Zukunftsfragen beantworten können, indem  
1668 wir den Tüftlern und Denkern die Zeit fürs Wesentliche lassen. Die  
1669 Landesregierung muss endlich auf den Normenkontrollrat hören und überfällige  
1670 Entlastungen für Gründungswillige vorantreiben.

1671 Wir werden:

1672 • das Bewusstsein für die Bedeutung einer Gründerkultur für den Wohlstand in  
1673 unserem Land fördern.

1674 • Anreize für Forschende schaffen, Unternehmen zu gründen und Ihre  
1675 Ergebnisse in marktfähige Produkte umzusetzen.

1676 • die Vermittlung gründungsrelevanter Kenntnisse über alle Fakultäten an  
1677 Hochschulen unterstützen.

1678 • den Auf- und Ausbau von Gründungsprogrammen, Akzeleratoren, Inkubatoren,  
1679 Beratungsstellen für gründungswillige Studierende und Gründungssemestern an  
1680 Hochschulen fördern, um die Gründungskultur zu stärken.

1681 • Gründungsinitiativen auch aus Industrie, Handwerk und Handel unterstützen.

1682 • die Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen mit Hochschulen  
1683 und Forschungseinrichtungen verbessern.

1684 • Wettbewerbe für „Sprunginnovationen“ ausschreiben.

1685 • wirtschaftliche Freiheitszonen einrichten, die unkomplizierte Möglichkeiten zur  
1686 Unternehmensgründung gewährleisten und insbesondere kleinen Start-Ups  
1687 konkrete Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

### 1688 **F3) Innovationsfinanzierung erleichtern**

1689 Der Sprung in die Digitalisierung mit Industrie 4.0 und Handwerk 4.0 stellt  
1690 besonders kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen. Wir  
1691 wollen den Mittelstand weiter stärken, denn er ist das Rückgrat unserer  
1692 Wirtschaft. Die Finanzierung eines neuen Gebäudes oder einer Maschine ist für  
1693 diese Unternehmen meist unproblematisch. Planen sie aber ein  
1694 Innovationsprojekt, haben sie nicht selten große Probleme bei der Finanzierung.  
1695 Mittelständische Unternehmen wollen und sollen innovativ sein. Fördermittel  
1696 stellen hier meist nur eine Anschubfinanzierung dar, die eine beachtliche  
1697 Finanzlücke offenlässt.

1698 Wir werden:

1699 • administrative Unterstützung durch „Gründerpakete“ leisten.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 61

- 1700 • Finanzierungsmöglichkeiten für forschungsintensive, innovative und  
1701 zukunftsorientierte Start-Ups sowie kleine und mittlere Unternehmen durch  
1702 neuartige Anlagemöglichkeiten für Anleger schaffen und hierfür steuerliche  
1703 Anreize schaffen.
- 1704 • landeseigene Gründerstipendien zur Förderung innovativer Gründerideen  
1705 ausschreiben.
- 1706 • alle zur Gründung relevanten Formulare und Webseiten auch in englischer  
1707 Sprache bereitstellen.
- 1708 • durch steuerliche Forschungsförderung und die Innovationsgutscheine das  
1709 Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen in der Forschung stärken.
- 1710 • eine Plattform „Finanzierung Innovativer Mittelstand“ gründen, deren Ziel es ist,  
1711 in möglichst großem Rahmen die Investitionsbereitschaft privater Anleger zu  
1712 stärken. Die etablierten und erfolgreichen Landesinstitutionen werden dadurch  
1713 sinnvoll ergänzt.
- 1714 • für Aufklärung und Beratung bei Patentschutz, sowie bei Schutz vor Betriebs-  
1715 und Cyberspionage sorgen.

## 1716 **F4) Energiepolitik**

- 1717 Die FDP unterstützt die energiepolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz  
1718 ausdrücklich.
- 1719 Um diese Ziele in der notwendigen Zeit erreichen zu können, müssen die  
1720 möglichen Maßnahmen nach Effizienz und zeitlichen Wirkung priorisiert werden.
- 1721 Der Umstieg von einer fossilen und nuklear dominierten Energieversorgung zu  
1722 den erneuerbaren Energien wird die Bedeutung und Rolle der Stromversorgung  
1723 verstärken. Die Stromversorgung gehört zu den kritischen Infrastrukturen, deren  
1724 Ausfall oder Beeinträchtigung dramatische Folgen hat. Ihre Systemrelevanz steigt  
1725 mit der Erweiterung der Stromanwendungen im Bereich Mobilität und  
1726 Kommunikation. Die Energieversorgung ist auch ein entscheidender Faktor für  
1727 die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Die Versorgungssicherheit  
1728 und die Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung bilden mit dem Umweltschutz ein  
1729 gleichgewichtiges Zieldreieck. Insbesondere die hohen volkswirtschaftlichen  
1730 Folgekosten der Pandemie erhöhen die Bedeutung von Wirtschaftlichkeit und  
1731 Effizienz.
- 1732 Sämtliche gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger müssen  
1733 daher die Chance bekommen, sich marktwirtschaftlich behaupten zu können und  
1734 eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Dabei müssen alle  
1735 Technologien gleichermaßen volkswirtschaftlich betrachtet werden und der

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 62

- 1736 komplette Prozess von der Wiege bis zur Bahre, also von der  
1737 Rohstoffgewinnung über den Betrieb bis zu Entsorgung und Recycling  
1738 berücksichtigt werden.
- 1739 Der Emissionshandel mit klar definierten Emissionsobergrenzen (Cap and Trade)  
1740 hat sich als erfolgreiches Instrument bewährt. Die Treibhausgasemissionen sind  
1741 in Deutschland in den letzten Jahren praktisch nur im Stromsektor  
1742 zurückgegangen, und viele Studien (z.B. von Agora Energiewende) bestätigen  
1743 den Emissionshandel als Hauptursache. Er muss weiterentwickelt und auf alle  
1744 Energiesektoren ausgeweitet werden, um einen fairen Wettbewerb der Ideen zu  
1745 erreichen und auch heute noch gar noch nicht bekannten Ansätzen eine Chance  
1746 geben zu können. Dann kann die kleinteilige und kostspielige Förderung  
1747 spezifischer Technologien (wie z.B. mit dem EEG) deutlich reduziert werden. Als  
1748 globales Klimaschutzinstrument müssen weitere internationale  
1749 Kooperationspartner hinzugewonnen werden.
- 1750 Wir werden:
- 1751 • die Energieberatung vor Ort fördern.
- 1752 • eine Energiewende gestalten, in die jede Region ihre Stärken und nicht ihre  
1753 Schwächen einbringt. So gehören z.B. Windenergieanlagen nicht in  
1754 windschwache Gebiete.
- 1755 • zur Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1.500 Metern zur  
1756 Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im  
1757 Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden  
1758 Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben.
- 1759 • das Erneuerbare-Wärme-Gesetz Baden-Württemberg (EWärmeG) abschaffen.  
1760 Es hat zu einem Sanierungsstau geführt. Weil der bürokratische Zwang zur  
1761 umfangreichen Nutzung von erneuerbaren Energien den Umstieg auf einen  
1762 effizienten Heizkessel unnötig verteuert, bleiben sinnvolle Modernisierungen aus.
- 1763 • die Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge für leitungsgebundene  
1764 Wärmeversorgung aus der Gemeindeordnung streichen. Die  
1765 Kraft-Wärme-Kopplung bietet zwar in Verbindung mit Nah- und Fernwärmenetzen  
1766 im Altbaubestand große Chancen. Sie muss sich aber durch Wirtschaftlichkeit  
1767 durchsetzen und nicht durch Beseitigung jeglichen Wettbewerbs.
- 1768 • Fördermittel des Landes auf die Forschung und Entwicklung von  
1769 Energieeffizienz und Speichertechnologien konzentrieren, während sich der  
1770 Ausbau erneuerbarer Energien nach Jahren der Subventionen nun Stück für  
1771 Stück selbst tragen muss.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 63

1772 • die Interessen von Energieerzeugung, Anwohnern und Natur besser in Einklang  
1773 bringen.

## 1774 **Bürger und Staat**

### 1775 **R1) Justiz – zuverlässig und dienstleistungsorientiert**

1776 Eine funktionierende Justiz ist für unseren Rechtsstaat ein unverzichtbares  
1777 Fundament. Nur wenn der Bürger sein Recht zeitnah und verlässlich  
1778 durchsetzen kann, kann die Rechtsordnung ihre Wirkung voll entfalten und das  
1779 Vertrauen der Bürger finden.

1780 Dies gilt sowohl im Bereich des Zivil- und Arbeitsrechts, in dem Konflikte die  
1781 betroffenen Bürger nicht jahrelang beschäftigen sollen, als auch im Bereich der  
1782 Verwaltungsgerichtsbarkeit, in dem sich lange Verfahrensdauern häufig als  
1783 handfestes Investitionshindernis erweisen.

1784 Durch die zunehmende Zahl an großen und komplexen Zivilverfahren und die  
1785 immens wachsende Zahl an Verwaltungsprozessen sehen sich Zivilgerichte und  
1786 Verwaltungsgerichte seit einigen Jahren mit neuen Herausforderungen  
1787 konfrontiert. Die dadurch bedingte Überlastung der Justiz hat sich mittlerweile zu  
1788 einem Standortnachteil entwickelt.

1789 Wir werden:

1790 • anhand einer aktualisierten Personalbedarfsplanung dafür Sorge tragen, dass  
1791 an den ordentlichen Gerichten und den Verwaltungsgerichten weitere neue  
1792 Richter- und Rechtspflegerstellen geschaffen werden.

1793 • die Ausstattung der Gerichte mit Servicepersonal an die gestiegenen  
1794 Verfahrenszahlen anpassen.

1795 • die sachliche Ausstattung der Gerichte insbesondere mit moderner  
1796 Informationstechnik zielgerichtet verbessern und die erforderliche Fortbildung  
1797 des Personals im Umgang mit moderner IT-Technik organisieren. Dies gilt nicht  
1798 nur für Richterarbeitsplätze, sondern insbesondere auch für die Arbeitsplätze der  
1799 Rechtspfleger und Justizangestellten.

1800 • im Laufe der nächsten Wahlperiode alle Gerichte im Land auf elektronische  
1801 Aktenführung umstellen.

1802 • die Leistungsfähigkeit der Betreuungsgerichte, der Nachlassgerichte und der  
1803 Grundbuchämter weiter verbessern.

1804 • die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für die Durchführung von  
1805 Gerichtsverhandlungen im Wege der Videokonferenz verbessern, alle Gerichte

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 64

1806 im Land auf elektronische Aktenführung umstellen, die elektronische  
1807 Zwangsvollstreckung vorantreiben (insbesondere bei der Vollstreckung in  
1808 Forderungen) und das Kostenfestsetzungsverfahren digitalisieren.

1809 · wissenschaftliche Projekte zur Aufarbeitung des Paragraphen 175 verstärkt  
1810 fördern, auch um mehr Verfolgten zu einer Entschädigung zu verhelfen.

### 1811 **R2) Strafjustiz und Strafvollzug**

1812 Um Kriminalität wirksam zu bekämpfen, bedarf es nicht nur einer gut  
1813 ausgestatteten und leistungs-fähigen Polizei, sondern einer ebenso  
1814 leistungsfähigen Strafjustiz: Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen personell  
1815 und materiell so gut ausgestattet sein, dass Straf-taten zügig zu den dafür  
1816 vorgesehenen Sanktionen führen. Notwendig ist nicht nur eine ausrei-chende  
1817 Zahl von Richtern und Staatsanwälten, sondern auch eine gute Ausstattung der  
1818 Gerichte mit Service-kräften und Wachtmeistern.

1819 Die zunehmende Digitalisierung stellt die Justizbehörden vor neue  
1820 Herausforderungen, die nur durch

1821 eine sachgerechte Ausstattung und durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen  
1822 bewältigt werden

1823 können. Die elektronische Akte muss in der Justiz zügig flächendeckend  
1824 eingeführt, ihre Vorteile im Sinne von mehr Effizienz nutzbar gemacht werden.

1825 Als besonders schwierig erweist sich die Arbeit des Justizvollzugs, die von  
1826 wachsenden Gefangenen-zahlen, Drogenproblemen und Problemen in der  
1827 Kommunikation mit ausländischen Straftätern geprägt wird. Hier sind zusätzliche  
1828 Anstrengungen erforderlich, um eine effektive Durchsetzung des Rechts und eine  
1829 rechtsstaatskonforme Sanktionierung der Straftaten zu garantieren.

1830 Wir werden:

1831 · anhand einer aktualisierten Personalbedarfsplanung dafür Sorge tragen, dass  
1832 an den Staats-an-waltschaften die benötigten Stellen geschaffen werden.

1833 · das vom damaligen FDP-Justizminister Goll konzipierte Modell „Haus des  
1834 Jugendrechts“ landesweit einführen, um auf jugendliche Straftäter und junge  
1835 Erwachsene schnell und spürbar einwirken zu können. In den Häusern des  
1836 Jugendrechts arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe und die  
1837 Gerichte in räumlicher Nähe zusammen und verkürzen so die Zeit zwischen  
1838 Straftat und Sanktion.

1839 · ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Strafvollzugs auflegen, das die  
1840 Überbelegung einzelner Gefängnisse und den notorischen Personalmangel



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 65

1841 bekämpft und gleichzeitig dafür sorgt, dass die Vollzugsziele sicher erreicht  
1842 werden können.

1843 · die Bewährungshilfe stärken, die mit ihrer Arbeit maßgeblich dazu beiträgt, dass  
1844 straffällig gewordene Menschen nicht weiter in die Kriminalität abrutschen.

1845 · die notwendigen Maßnahmen zur Digitalisierung der Justizarbeit vorantreiben  
1846 und Medienbrüche in der Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften  
1847 und Gerichten beseitigen.

1848 · Anreize für Servicekräfte, Justizwachtmeister und Vollzugsbeamte schaffen,  
1849 mehr Verantwortung zu übernehmen und sich auch Führungsaufgaben zu  
1850 stellen.

1851 · zusätzliche Stellen und Sachmittel für die Justiz zur wirksamen Bekämpfung  
1852 von Hasskriminalität bereitstellen, damit das Internet kein rechtsfreier Raum bleibt  
1853 und an dieser Stelle die Justiz nicht zum Nadelöhr wird.

### 1854 **R3) Polizei und Innere Sicherheit**

1855 Baden-Württemberg braucht eine starke und gut ausgestattete Polizei, die ein  
1856 wichtiger Garant für die Freiheit und die Sicherheit der Menschen in  
1857 Baden-Württemberg ist. Der Polizeidienst muss attraktiv gestaltet werden, indem  
1858 das Land gute Arbeitsbedingungen für Polizistinnen und Polizisten schafft,  
1859 Wertschätzung für die Polizeiarbeit vermittelt und deutlich macht, dass  
1860 Beleidigungen und tätliche Übergriffe auf Polizeibeamte in keiner Weise toleriert  
1861 werden.

1862 Die Herausforderungen an die Polizei sind vielfältiger als in der Vergangenheit:  
1863 Neben die Bekämpfung der Alltagskriminalität treten komplexer werdende  
1864 Formen organisierter Gewalt- und Wirtschaftskriminalität sowie Kriminalität im  
1865 Internet. Wir erwarten, dass in diesen Bereichen das Recht konsequent  
1866 durchgesetzt wird, einerseits um die Menschen vor Schaden zu bewahren,  
1867 andererseits um das notwendige Vertrauen in den Rechtsstaat und seine Organe  
1868 zu stärken.

1869 Dazu kommen neue Herausforderungen durch gewalttätigen Extremismus. Wir  
1870 Freie Demokraten wenden uns gegen politischen Extremismus von rechts und  
1871 links ebenso wie gegen religiös motivierten Extremismus, der vor Gewalttaten  
1872 nicht zurückschreckt. Konsequenter Verfolgungsdruck durch die Polizei und  
1873 frühzeitige Beobachtung extremistischer Aktivitäten durch einen leistungsfähigen  
1874 Verfassungsschutz sind die notwendigen Reaktionen eines freiheitlichen  
1875 Rechtsstaats auf extremistische Entwicklungen.

1876 Wir werden:

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 66

- 1877 · die personellen, organisatorischen und materiellen Voraussetzungen bei Polizei  
1878 und Staatsanwaltschaften zur effektiveren Bekämpfung organisierter Kriminalität  
1879 schaffen. Dazu wollen wir in Zusammenarbeit mit Ermittlungsbehörden der  
1880 anderen Bundesländer eine gemeinsame bundeseinheitliche Strategie entwickeln.
- 1881 · 200 zusätzliche Stellen bei der Landespolizei zur Bekämpfung der  
1882 Cyberkriminalität schaffen.
- 1883 · digitale Technik für eine effizientere Polizeiarbeit einsetzen. Dies kann die  
1884 Polizeiarbeit bei der Bearbeitung von Verkehrsunfällen und bei der Bewältigung  
1885 der Alltagskriminalität erleichtern.
- 1886 · die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden stärken, um politisch oder religiös  
1887 motivierten gewalttätigen Extremismus frühzeitig und effizient bekämpfen zu  
1888 können. Zusätzlich muss eine Fortbildungsoffensive bei der Polizei stattfinden.  
1889 Beamtinnen und Beamte müssen in der Lage sein, Codes und Szeneverhalten  
1890 von Extremisten zu erkennen, um frühzeitig eingreifen zu können und Straftaten  
1891 effektiv zu verfolgen.
- 1892 · die Initiative für ein von Bund und Ländern getragenes Gesamtkonzept gegen  
1893 gewaltbereiten Extremismus ergreifen. Ein solches Konzept soll alle Facetten von  
1894 Prävention bis zu repressiven Maßnahmen beinhalten und einerseits das  
1895 bundesweite Zusammenspiel im Kampf gegen Extremismus verbessern und  
1896 andererseits den Verfolgungsdruck auf die gewaltbereiten Szenen merklich  
1897 erhöhen.
- 1898 · Ausländer, die aufgrund der Begehung erheblicher Straftaten oder als  
1899 terroristische Gefährder ihr Aufenthaltsrecht verloren haben, aber auch alle  
1900 weiteren Ausreisepflichtigen konsequent abschieben und uns dafür einsetzen,  
1901 dass die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer definiert werden.
- 1902 · LSBTI-feindliche Gewalttaten konsequent verfolgen und hierzu solche Straftaten  
1903 als eigene Kategorie in der Kriminalstatistik zu erfassen. Die Polizei muss für  
1904 dieses Thema nach außen und nach innen weiter sensibilisiert werden.
- 1905 · die bessere Vernetzung der Polizei über die Landesgrenzen fördern und uns  
1906 für eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der gemeinsamen Zentren von  
1907 Bund und Ländern (insb. GTAZ und GETZ) einsetzen und so den  
1908 Informationsfluss zwischen Polizei und Nachrichtendiensten klar regeln.
- 1909 · die Bürgerrechte konsequent verteidigen und daher keinen  
1910 verdachtsunabhängigen flächendeckenden Überwachungsmaßnahmen (wie etwa  
1911 flächendeckender Videoüberwachung, automatisierten biometrischen  
1912 Gesichtserkennungssystemen, Kennzeichenerfassung oder  
1913 Vorratsdatenspeicherung) zustimmen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 67

1914 · den Einsatz so genannter Bodycams im Hinblick auf grundrechtssensible  
1915 Bereiche (etwa Wohnungen) evaluieren und den polizeilichen Einsatz von  
1916 Drohnen zur Gefahrenabwehr auf eine klare gesetzliche Grundlage stellen.

1917 · einen parlamentarisch legitimierten Beauftragten zur Kontrolle des Landesamts  
1918 für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Nachrichtendienstbeauftragter)  
1919 einsetzen. Dieser hat ein jederzeitiges unangekündigtes Zutrittsrecht zu  
1920 Liegenschaften des LfV sowie ein umfassendes Einsichtsrecht in laufende sowie  
1921 abgeschlossene Verfahren. Er berichtet dem parlamentarischen Kontrollgremium  
1922 des Landtags. Einmal im Jahr legt er dem Landtag einen Bericht über die  
1923 Entwicklung der Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz vor.

## 1924 **R4) Feuerwehr und Bevölkerungsschutz**

1925 Unverzichtbar für die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg ist die  
1926 Arbeit der Feuerwehr

1927 und der Rettungsdienste, die vom Land in vielfältiger Weise gefördert wird.

1928 Die Menschen in Baden-Württemberg profitieren von einer gelungenen  
1929 Kombination zwischen hauptamtlich beschäftigten Mitarbeitern bei der Feuerwehr  
1930 und den Rettungsdiensten und einer großen Zahl gut ausgebildeter  
1931 leistungsfähiger und leistungsbereiter ehrenamtlicher Kräfte. An dieser bewährten  
1932 Struktur wird die FDP festhalten.

1933 Wir werden:

1934 · die rechtlichen Rahmenbedingungen für Feuerwehrleute und Rettungskräfte so  
1935 verbessern, dass sie bei ihrer Arbeit die notwendige Rechtssicherheit haben und  
1936 vor Übergriffen effektiv geschützt werden.

1937 · Unterstützung leisten, um die technische Ausstattung der Feuerwehren weiter  
1938 zu verbessern und zu modernisieren. Dazu werden wir auch die fehlenden  
1939 Fahrzeuge für den Brand- und Katastrophenschutz, die der Bund  
1940 Baden-Württemberg zugesagt hat, einfordern.

1941 · den Einsatz von modernen Technologien bei Feuerwehren und Rettungskräften  
1942 fördern wie z.B. Drohnen zur besseren Beurteilung von Einsatzlagen oder die  
1943 Möglichkeit, Wachdienste digital von zu Hause aus wahrzunehmen.

1944 · nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie Schutzkleidung und -material für  
1945 die medizinische Versorgung der Bevölkerung vorhalten.

1946 · den Förderstau bei den Hilfsorganisationen abbauen und eine einheitliche  
1947 Führungssoftware einführen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 68

1948 · uns im Wege einer Bundesratsinitiative für die Reform des Bevölkerungs- und  
1949 Katastrophenschutzes einsetzen. Wir wollen Zuständigkeiten und  
1950 Verantwortlichkeiten des Bundes und der Länder klarer regeln. Das Bundesamt  
1951 für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe soll eine Zentralstellenfunktion  
1952 erhalten.

## 1953 **R5) Eine leistungsfähige Landesverwaltung als wichtiger** 1954 **Standortfaktor**

1955 Ebenso wie die Unternehmen mit ihren Produkten und Dienstleistungen für den  
1956 Wohlstand in

1957 Baden-Württemberg sorgen, trägt auch die Verwaltung im Land und in den  
1958 Kommunen zur Lebens-qualität der Menschen bei. Wichtige Leitlinien sind neben  
1959 der rechtsstaatlichen Kultur in unseren Behörden die hohe Qualität der  
1960 Verwaltungsleistungen, Kundenorientierung und zügige Verwaltungs-abläufe.

1961 Dafür brauchen wir gut ausgebildete, qualifizierte Mitarbeiter in der Verwaltung  
1962 und eine professionelle sachliche Ausstattung der Behörden. Die Möglichkeiten,  
1963 die durch die Digitalisierung

1964 2030 geschaffen werden, um Qualität zu sichern und Effizienz zu steigern,  
1965 müssen entschlossen genutzt werden.

1966 Die FDP hat sich immer dafür eingesetzt, dass die Mitarbeiter der Verwaltung  
1967 leistungsgerecht

1968 bezahlt werden und bei der Rekrutierung von Nachwuchskräften kein zu großer  
1969 Wettbewerbs-nachteil gegenüber den Beschäftigungsbedingungen in der freien  
1970 Wirtschaft entsteht. Ein Wettbewerbsvorteil, der sich bei der Werbung um  
1971 qualifizierte junge Nachwuchskräfte

1972 vorteilhaft auswirkt, ist die im öffentlichen Dienst besonders ausgeprägte  
1973 Vereinbarkeit beruflicher

1974 Tätigkeiten mit den biografisch wechselnden Anforderungen, die an  
1975 Familienväter und -mütter

1976 gestellt werden. An dieser besonderen Qualität des öffentlichen Dienstes wollen  
1977 wir festhalten.

1978 Verbesserungspotenziale sehen wir bei der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter  
1979 der Verwaltung im

1980 Umgang mit moderner digitaler Technik. Hier müssen wir sowohl bei der  
1981 Einstellung neuer

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 69

- 1982 Mitarbeiter als auch bei der Personalentwicklung auf die Schaffung notwendiger  
1983 Kompetenzen
- 1984 achten.
- 1985 Wir werden:
- 1986 · die Zuständigkeit in der Landesverwaltung für die Implementierung digitaler  
1987 Technik im neuen Digitalisierungsministerium bündeln und eine Initiative zur  
1988 Modernisierung der Verwaltung starten. Ein zentrales Projekt soll die Einführung  
1989 der digitalen Verwaltungsakte sein.
- 1990 · auch künftig für attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sorgen,  
1991 um ihn als Arbeitgeber konkurrenzfähig zu erhalten. Notwendig ist dabei auch  
1992 eine kritische Überarbeitung des Laufbahnrechts.
- 1993 · die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung noch  
1994 stärker als bisher an den Chancen und Herausforderungen orientieren, die  
1995 moderne digitale Technik bietet.
- 1996 · Angestellte in der Verwaltung ermutigen, sich weiter zu qualifizieren und höher  
1997 eingestufte Tätigkeiten anzustreben. Berufsbegleitende Lehrgangsangebote für  
1998 Verwaltungsfach-ange-stellt oder Verwaltungsfachwirte werden wir ausbauen.  
1999 Konzepte zur Befähigung künftiger Führungskräfte unterstützen wir.
- 2000 · in einem strukturierten Prozess überprüfen, welche Verwaltungsverfahren  
2001 beschleunigt werden können, um Bürger und Unternehmen zeitnaher bedienen  
2002 zu können. Dabei muss auch erwogen werden, ob ganze Verfahrensschritte bei  
2003 komplexen Verwaltungsverfahren entfallen können. Wir werden dabei nach dem  
2004 „One in, two out-Prinzip“ vorgehen, um die immer komplexer werdende  
2005 Verwaltung bürokratieärmer zu gestalten.
- 2006 · bei hoheitlichen Tätigkeiten am Beamtenstatus der Mitarbeiterinnen und  
2007 Mitarbeiter festhalten.
- 2008 · die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgerichte, die sich in besonderem Maße  
2009 als Standortfaktor auswirkt, durch eine Verbesserung der personellen und  
2010 sachlichen Ausstattung erhöhen.
- 2011 · dafür sorgen, dass Ämter und Behörden insbesondere bei Asylverfahren im  
2012 Umgang mit LSBTI geschult sind, damit Baden-Württemberg der besonderen  
2013 Schutzbedürftigkeit von LSBTI-Geflüchteten gerecht wird.
- 2014 **R6) Demokratie im Land und in den Kommunen**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 70

- 2015 Wir Freie Demokraten vertrauen den Menschen und den Entscheidungen, die  
2016 vor Ort getroffen werden. Deshalb treten wir seit jeher für starke Städte und  
2017 Gemeinden und ein hohes Maß an
- 2018 kommunalpolitischer Autonomie ein.
- 2019 Das Land muss für die Städte und Gemeinden und für die Landkreise ein  
2020 verlässlicher Partner sein,
- 2021 der in Zeiten hoher Steuerkraft für eine gute finanzielle Ausstattung der  
2022 Kommunen sorgt und seine
- 2023 Versprechen einhält. Das Land muss Sorge tragen, dass die Kommunen trotz  
2024 Steuermindereinnahmen infolge der Covid-19-Epidemie handlungsfähig bleiben.  
2025 Bei der Erstattung der Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen und für die  
2026 Inklusion hat sich das Land nicht immer loyal gegenüber den Kommunen  
2027 verhalten. Das soll sich in Zukunft nicht wiederholen.
- 2028 Wir wollen keine bevormundende Politik, bei der die Landesregierung ihre  
2029 eigenen Überzeugungen
- 2030 gegen Städte, Gemeinden und Landkreise durchsetzt, sondern eine Politik, die  
2031 die kommunalpolitische Verantwortung vor Ort respektiert und unterstützt.
- 2032 Wir treten für eine Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung und der direkten  
2033 Demokratie vor Ort
- 2034 ein.
- 2035 Wir werden:
- 2036 · bei der Landtagswahl ein Zweistimmwahlrecht einführen, das den  
2037 Wählerinnen und Wählern eine differenziertere Stimmabgabe ermöglicht und den  
2038 Parteien ermöglicht, mehr Frauen in die Parlamente zu bringen.
- 2039 · für eine Direktwahl der Landräte durch die Bürgerinnen und Bürger sorgen und  
2040 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch in den Landkreisen einführen.
- 2041 · überprüfen, welche weiteren Aufgaben vom Land auf die Verwaltungen vor Ort  
2042 übertragen werden können und dafür den Kommunen auch die notwendigen  
2043 Mittel zur Verfügung stellen.
- 2044 · überprüfen, ob durch die Liberalisierung landesrechtlicher Regelungen und eine  
2045 zurückhaltende Aufsicht die Gestaltungsspielräume der Städte und Gemeinden  
2046 erweitert werden können.
- 2047 · die Städte und Gemeinden rechtlich und finanziell bei der Erfüllung ihrer  
2048 Aufgaben unterstützen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 71

2049 · den nahezu unüberschaubar gewordenen kommunalen Finanzausgleich deutlich  
2050 vereinfachen und jedenfalls für größere Städte und Gemeinden pauschale  
2051 Verbesserungen ihrer Finanzausstattung anstelle kleinteiliger und  
2052 verwaltungsintensiver Projektförderung vorsehen.

2053 · über den Bundesrat die Initiative zur Erweiterung von Art. 3 Abs. 3 GG um die  
2054 sexuelle Identität ergreifen.

2055 · den bestehenden Aktionsplan zur Gleichstellung von LSBTI konkret ausbauen  
2056 und finanziell besser ausstatten.

### 2057 **R7) Für eine verantwortliche Finanzpolitik**

2058 Die Bürgerinnen und Bürger finanzieren den Staat weit überwiegend mit ihren  
2059 Steuergeldern. Sie

2060 haben einen selbstverständlichen Anspruch darauf, dass mit dem von ihnen  
2061 erarbeiteten Geld

2062 sorgfältig und verantwortlich umgegangen wird.

2063 Wir Freie Demokraten haben engagiert und maßgeblich zusammen mit den  
2064 anderen Parteien des

2065 Landtags eine Verfassungsänderung erarbeitet, die eine Neuverschuldung des  
2066 Landeshaushalts

2067 künftig nur noch in wenigen Ausnahmefällen möglich macht. Verstöße gegen  
2068 diese verfassungsrechtlichen Vorgaben werden künftig einklagbar sein, so dass  
2069 der Verfassungsgerichtshof der Landesregierung und auch einer  
2070 Landtagsmehrheit, die gegen das Verschuldungsverbot verstößt,

2071 ihre Grenzen setzen kann.

2072 Die Corona-Krise hat tiefe Löcher im Haushalt des Landes verursacht. Durch die  
2073 rechtlich zulässige Kreditaufnahme für Unternehmenshilfen, die wir unterstützt  
2074 haben, sind ab 2024 weitere Schulden abzutragen. Dies schmälert den zu  
2075 Verfügung stehenden Spielraum erheblich, zeigt aber auch, wie wichtig eine  
2076 konsequente Rückführung der Schulden ist, um sich Spielräume zu erarbeiten.  
2077 Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse sorgt für Spielräume in  
2078 Krisenzeiten, aber auch für Schulden-tilgungs-verpflichtungen in guten Zeiten.  
2079 Ausgaben im Landeshaushalt werden in Zukunft noch stärker danach bewertet  
2080 werden müssen, ob sie die Innovations- und Ertragskraft der  
2081 baden-württem-ber-gischen Wirtschaft stärken. Investitionen in Forschung und  
2082 Entwicklung sowie in die Infrastruktur haben Vorfahrt vor konsumtiven Ausgaben  
2083 und Selbstdarstellungsprojekten der Regierung.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 72

2084 Wir werden:

2085 • Schulden durch die Bekämpfung der Corona-Krise nach den Vorgaben der  
2086 Landeshaushaltsordnung schnell zurückführen.

2087 • die Schuldenbremse der Landesverfassung strikt beachten und ausgeglichene  
2088 Haushalte vorlegen.

2089 • uns für eine vollständige und ersatzlose Abschaffung des Soli einsetzen und  
2090 eine Anhebung der Einkommensteuer verhindern.

2091 • durch eine strukturierte Aufgabenkritik die Voraussetzungen schaffen, dass die  
2092 konsumtiven Ausgaben im Landeshaushalt dauerhaft begrenzt werden können,  
2093 um Spielraum für Zukunfts-investitionen zu schaffen.

2094 • bei der Aufstellung des Haushalts den Mitteleinsatz sorgfältiger planen, um  
2095 vorhersehbare Haushaltsreste nach Möglichkeit zu vermeiden.

2096 • durch mehr dezentrale Budgetverantwortung Anreize für die Landesverwaltung  
2097 schaffen, wirtschaftlicher mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen.

2098 • Sparvorschläge des Rechnungshofs in jedem Fall sorgfältig prüfen und nach  
2099 Möglichkeit politisch umsetzen.

2100 • Bürgerinnen und Bürger durch eine Senkung der Grunderwerbsteuer entlasten  
2101 und beim Bund für die Einführung eines Grunderwerbsteuerfreibetrages beim  
2102 Erwerb von Wohneigentum in Höhe von 500.000 Euro für natürliche Personen  
2103 eintreten.

## 2104 **R8 und D4) E-Government**

2105 Die baden-württembergische Landesregierung hat es in den letzten Jahren  
2106 versäumt, die

2107 Möglichkeiten moderner Informationstechnik für die Landesverwaltung nutzbar zu  
2108 machen.

2109 Die von der Landesregierung eingeleiteten Projekte zur Modernisierung der  
2110 Verwaltung laufen in

2111 vielen Fällen zu langsam und zu schwerfällig, in manchen Fällen sind sie  
2112 gescheitert. Der Aufbau der

2113 notwendigen Kompetenz bei der Einführung, Gestaltung und Anwendung  
2114 moderner Informations-technik ist viel zu zögerlich angegangen worden.

2115 Für uns Freie Demokraten ist, neben dem Ausbau der digitalen Infrastruktur, die  
2116 nutzende Bürgerin und der nutzende Bürger Dreh- und Angelpunkt unserer



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 73

- 2117 Überlegungen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, die digitale Infrastruktur  
2118 auch passgenau nutzen zu können. Das bedeutet für uns, dass darüber hinaus  
2119 auch Investitionen in Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in die technische  
2120 Ausstattung, beispielsweise in Schulen, Verwaltungen oder der Polizei getätigt  
2121 werden müssen. Wir wollen durch eine durchdachte Digitalisierung der  
2122 Verwaltung die Effizienz der Behörden erhöhen und somit die verfügbare Zeit für  
2123 die Bearbeitung der Anliegen der Bürger erhöhen. Eine vernetzte Verwaltung  
2124 baut Bürokratie ab.
- 2125 Wir Freie Demokraten streben an, in der nächsten Wahlperiode die notwendigen  
2126 Entwicklungsschritte anzugehen und ins Ziel zu bringen.
- 2127 Wir werden:
- 2128 · die Beamten und Angestellten des Landes dabei unterstützen, die  
2129 Digitalisierung der Behörden und Einrichtungen des Landes weiter umzusetzen.  
2130 Dazu gehören auch die notwendigen Fortbildungsangebote.
  - 2131 · bei der Verarbeitung großer Datenmengen die Möglichkeiten künstlicher  
2132 Intelligenz in der Landesverwaltung offensiv nutzen. Durch den Einsatz von  
2133 Algorithmen lassen sich viele Arbeitsvorgänge vereinfachen und beschleunigen.
  - 2134 · bei der Optimierung der E-Government-Angebote vom Bürger her denken und  
2135 ihn z.B. durch Zeitersparnis oder Gebührenermäßigung an den Vorteilen  
2136 moderner IT teilhaben lassen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass der  
2137 Bürger den jeweiligen Verfahrensstand der ihn betreffenden  
2138 Verwaltungsverfahren online abfragen kann.
  - 2139 · für Bürgerinnen und Bürger, die klassische Kommunikationswege im Verkehr  
2140 mit Behörden nutzen wollen, die Möglichkeit persönlicher oder schriftlicher  
2141 Kommunikation als Alternative zum E-Government beibehalten.
  - 2142 · das Online-Zugangsgesetz schnell umsetzen und für Dokumente der Bürger,  
2143 die bei verschiedenen Verwaltungsvorgängen benötigt werden, das  
2144 Once-Only-Prinzip umsetzen. Das bedeutet, dass Dokumente, über die die  
2145 öffentliche Hand an anderer Stelle verfügt, vom betroffenen Bürger für spätere  
2146 Verwaltungsvorgänge freigegeben werden können, so dass Doppelerfassungen  
2147 oder Mehrfachprüfungen vermieden werden können. Hierfür bedarf es eines  
2148 rechtssicheren Rahmens und entsprechender Schnittstellen, mit denen Behörden  
2149 untereinander automatisiert grundlegende Daten austauschen, bzw. vom Bürger  
2150 gegenüber einer Behörde gemachte Angaben verifizieren können. Hierbei  
2151 werden wir sowohl die Anforderungen strengen Datenschutzes, als auch die  
2152 Anforderungen moderner Verwaltungsdienstleistungen im Blick haben.
  - 2153 · offen sein für die Übernahme bewährter Lösungen aus anderen Bundesländern,  
2154 da es nicht erforderlich ist, in jedem Bundesland das „Rad neu zu erfinden“.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 74

2155 · anonymisierbare Daten des Landes und dabei insbesondere Geo- und  
2156 Umweltdaten im Rahmen geeigneter Lizenzen als offene Daten (Open Data) für  
2157 die Nutzung in digitalen Anwendungen zur Verfügung stellen soweit keine  
2158 berechtigten Interessen dagegen sprechen. Dies soll nach Möglichkeit  
2159 unentgeltlich erfolgen. Damit wollen wir die Entwicklung an analoger und digitaler  
2160 Anwendungen im gewerblichen Bereich sowie in der Bürgergesellschaft  
2161 unterstützen und neue Geschäftsmodelle ermöglichen.

## 2162 **Gesundheit und Soziales**

### 2163 **S1) Gesundheit**

2164 Die Menschen in Baden-Württemberg haben einen Anspruch auf eine  
2165 bestmögliche medizinische Versorgung. Die Corona-Pandemie hat uns vor  
2166 Augen geführt, wie wichtig ein gut funktionierendes und für alle Menschen  
2167 zugängliches Gesundheitswesen in Baden-Württemberg ist. Sie wird garantiert  
2168 durch eine differenzierte Kliniklandschaft, die Einrichtungen der  
2169 Maximalversorgung ebenso umfasst wie Krankenhäuser der Zentral-, Grund- und  
2170 Regelversorgung. Leitziele der Krankenhausplanung sind Qualität des Angebots,  
2171 Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Gewährleistung  
2172 der Wahlfreiheit für die Patienten. Die Corona-Pandemie hat auch eindrucksvoll  
2173 gezeigt, wie gut sich die flächendeckende und hochwertige ambulante  
2174 Versorgung in Baden-Württemberg bewährt hat. Auch die Apotheken haben  
2175 unter Beweis gestellt, dass sie zur Versorgung der Bevölkerung vor Ort  
2176 unverzichtbar sind. Beispielsweise stellen sie in ihren Apotheken-Laboratorien  
2177 Desinfektionsmittel her, managen mit pharmazeutischem Sachverstand Engpässe  
2178 in der Lieferkette von Arzneimitteln und leisten durch einen Botendienst bis an  
2179 die Wohnungstür einen erheblichen Beitrag zur Arzneimittelversorgung.

2180 Die ambulante medizinische Versorgung wird durch freiberuflich tätige  
2181 niedergelassene Ärzte gewährleistet, muss aber durch neue Angebotsformen  
2182 ergänzt werden, die es jungen Ärzten und Ärztinnen ermöglichen, ihre  
2183 beruflichen und familiären Pflichten besser zu vereinbaren.

2184 Um ein ausreichendes Angebot an niedergelassenen Ärzten zu gewährleisten,  
2185 wird das Land nicht umhinkommen, weitere Studienplätze für Medizin an den  
2186 bestehenden medizinischen Fakultäten zu schaffen. Wir wollen die Belange der  
2187 Pflege insgesamt, wie auch die Unterstützung von Demenzerkrankten und ihren  
2188 Angehörigen in den Fokus rücken.

2189 Wir werden:

2190 · den Pandemieplan des Landes vor dem Hintergrund der Erfahrungen der  
2191 Corona-Krise zukunftsfest gestalten. Dazu gehört auch die bessere Koordinierung  
2192 der Landesregierung, die verlässliche und tragfähige Strukturen für den

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 75

- 2193 Pandemiefall vorsieht. Darüber hinaus sollte in Abstimmung mit dem Bund eine  
2194 Bevorratungsstrategie sowie der Aufbau von europäischen  
2195 Produktionskapazitäten für Schutzausstattungen ein wichtiger Bausteine sein.
- 2196 • den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken, damit er seine Aufgaben im  
2197 Infektionsschutz besser erfüllen kann, vor allem im Pandemiefall.
- 2198 • die Kliniklandschaft im Land modernisieren und dabei Förderschwerpunkte  
2199 setzen. Die Förderung von Investitionen muss nachhaltig, transparent und  
2200 innovationsorientiert sein.
- 2201 · eine Gesetzesgrundlage für Notfallsanitäter schaffen, die ihnen die Befugnis  
2202 einräumt, Medikamente eigenständig im Rahmen der beruflichen Notwendigkeit  
2203 zu verabreichen. Denn die Erfahrungen mit der Kompetenzausweitung während  
2204 der Corona-Krise waren positiv. Die im Notfallsanitätergesetz definierten  
2205 Ausbildungsziele bieten dafür eine gute Orientierung.
- 2206 • darauf hinwirken, dass Einrichtungen für die stationäre medizinische  
2207 Versorgung Demenzerkrankter in den Kliniken geschaffen werden.
- 2208 • für die ambulante Versorgung am Modell des freiberuflichen niedergelassenen  
2209 Arztes als Leitbild festhalten und zugleich Angebotsformen entwickeln, die es  
2210 Ärztinnen und Ärzten ermöglichen, ihre Pflichten aus Beruf und Familie besser  
2211 zu vereinbaren.
- 2212 • das Förderprogramm Landärzte weiterentwickeln und dabei verstärkt auf  
2213 Gesundheitszentren setzen. Dies können beispielsweise Medizinische  
2214 Versorgungszentren, lokale Gesundheitshäuser oder genossenschaftliche  
2215 Modelle sein.
- 2216 · das Problem der überbordenden Bürokratie im Gesundheitswesen endlich  
2217 engagiert angehen und die stetig zunehmenden Dokumentationspflichten auf den  
2218 Prüfstand stellen.
- 2219 • Modellversuche fördern, die zur ärztlichen Versorgung des ländlichen Raumes  
2220 mobile Arztpraxen einsetzen.
- 2221 • als wichtigen Beitrag zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in der Fläche  
2222 Telemedizin und Digitalisierung als Teil der Regelversorgung stärken. Die in der  
2223 Corona-Krise intensivierete Telemedizin muss beibehalten und ausgebaut werden.  
2224 Dazu gehören auch die stärkere digitale Vernetzung der sektorenübergreifenden  
2225 Versorgung und neue Möglichkeiten für die Prävention.
- 2226 • darauf hinwirken, dass die freiberuflichen, inhabergeführten Apotheken vor Ort  
2227 durch faire Wettbewerbsbedingungen auch zukünftig in der Lage sein werden,  
2228 ihren flächendeckenden Versorgungsauftrag wahrzunehmen. Dazu gehört die  
2229 weitere Digitalisierung der pharmazeutischen Versorgung, wie etwa der Ausbau

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 76

2230 der Telematik-Infrastruktur, neue pharmazeutische Dienstleistungen (z.B.  
2231 elektronischer Medikationsplan) sowie die Vernetzung der Apotheken (z.B.  
2232 gemeinsame Online-Bestellplattformen).

2233 • die Rahmenbedingungen für Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und  
2234 Logopäden verbessern und die Berufsbilder perspektivisch weiterentwickeln.

2235 • die Interessen der baden-württembergischen Medizinproduktehersteller vor dem  
2236 Hintergrund der Europäischen Medizinprodukteverordnung wahren. Die  
2237 Aussetzung der EU-Medizinprodukteverordnung in der Corona-Krise zeigt, dass  
2238 dringender Reformbedarf besteht, der gleichermaßen medizinische Innovationen  
2239 und größtmöglichen Patientenschutz ermöglicht.

2240 • Baden-Württemberg als Standort der pharmazeutischen Industrie stärken.  
2241 Hierbei sind insbesondere die Lehren aus der Corona-Krise zu ziehen. Es muss  
2242 eine Strategie zur Grundstoff- und Arzneimittelproduktion im Land und in der EU  
2243 geben, um bei Unterbrechungen der Lieferketten dennoch handlungsfähig zu  
2244 bleiben.

2245 • neue Studienanfängerplätze für Medizin an den medizinischen Fakultäten  
2246 schaffen.

2247 • Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker als bewährte Angebote im  
2248 Gesundheitswesen erhalten.

2249 • über den Bundesrat die Initiative zur Aufhebung des Blutspendeverbots für  
2250 homo- und bisexuelle Männer und transgeschlechtliche Menschen ergreifen.

## 2251 **S2) Familien und Kinder**

2252 In unseren Kindern liegt die Zukunft unseres Landes. Dies erfordert eine Politik,  
2253 in deren Mittelpunkt die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und ihrer  
2254 Familien stehen. Familie gibt es heute in vielfältiger Weise: Verheiratete oder  
2255 unverheiratete Eltern, Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern,  
2256 Patchwork- und Regenbogenfamilien oder Pflegefamilien. Sie alle verdienen  
2257 Anerkennung und die jeweils notwendige Unterstützung, damit sich Kinder zu  
2258 eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln können und es Familien ermöglicht  
2259 wird, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es sich wünschen, und füreinander  
2260 Verantwortung zu tragen.

2261 Hierfür bedarf es nicht nur eines flächendeckenden Angebotes an  
2262 Kinderbetreuungseinrichtungen. Flexible Öffnungszeiten und die Gewährleistung  
2263 von Betreuungs- und Bildungsqualität auch in Grundschulen ermöglichen es  
2264 Eltern, passende Arbeitszeiten zu finden.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 77

- 2265 Mehr als die Hälfte der erwachsenen Menschen mit schweren Behinderungen  
2266 leben noch im Elternhaus und werden in der Familie betreut und gepflegt. Diese  
2267 Familien sind durch die langjährige Sorge um ihre Kinder mit Behinderungen  
2268 überdurchschnittlich belastet. Daher benötigen diese Familien verlässliche  
2269 Begleitung und Entlastung, z.B. durch Betreuungsangebote.
- 2270 Wir werden:
- 2271 • die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Beruf sowie Schule und  
2272 Beruf weiter verbessern und flexiblere Öffnungszeiten von Kindertagesstätten,  
2273 Krippen und Kindergärten fördern und nicht durch bürokratische Überregulierung  
2274 behindern sowie Tagesmütter und Tagesväter unterstützen.
- 2275 • Auf die Bezahlbarkeit und sozialer Ausgewogenheit der Elternbeiträge achten,  
2276 damit diese nicht dem Wunsch der Wiederaufnahme des Berufes zuwiderlaufen.
- 2277 • gemeinsam mit den Städten und Gemeinden das Problem der  
2278 Schulferienbetreuung angehen, damit durch die Vielzahl an Ferientagen  
2279 berufstätige Eltern nicht zu sehr belastet werden.
- 2280 • Programme zur beruflichen Weiterbildung in der Familienphase und zum  
2281 Wiedereinstieg in den Beruf auflegen.
- 2282 • das Landesprogramm STÄRKE zur Elternbildung und dadurch zur präventiven  
2283 Stärkung des Kinderschutzes wieder einkommensunabhängig gestalten. Hierzu  
2284 gehört auch eine Stärkung der Hebammen nicht nur als Geburtshelfer, sondern  
2285 auch als Familienbegleiter in der frühen Entwicklungsphase des Kindes.
- 2286 • eine Kultur des Hinsehens und Eingreifens bei Vernachlässigung und  
2287 Missbrauch von Kindern und Jugendlichen fördern und Hilfestrukturen ausbauen  
2288 (z.B. Kinderschutzambulanzen an den Krankenhäusern), vernetzen und  
2289 bekannter machen. Die Ergebnisse der Kommission Kinderschutz bieten dafür  
2290 eine gute Orientierung.
- 2291 • tragfähige Strukturen im Opferschutz aufbauen, die neben verbesserter  
2292 Beratung auch die Beweissicherung umfasst. Hierbei kann auf die Erfahrungen  
2293 mit den Gewaltambulanzen aufgebaut werden.
- 2294 • verlässliche und sichere Finanzierungsgrundlagen für Frauen- und  
2295 Kinderschutzräume schaffen, um Frauen und Kinder in Notsituationen besser zu  
2296 schützen. Dazu gehört auch die wichtige beratende, psychosoziale und  
2297 nachsorgende Arbeit, die von den Frauen- und Kinderschutzhäusern geleistet  
2298 wird.
- 2299 • Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser und Jugendhäuser als Orte des  
2300 Miteinanders und bürgerschaftlichen Engagements unterstützen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 78

2301 • Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch unterstützen, indem wir  
2302 Fördergrundsätze auf den Weg bringen, um eine Beteiligung  
2303 Baden-Württembergs am Bundesprogramm zur Förderung von Maßnahmen der  
2304 assistierten Reproduktion zu ermöglichen.

### 2305 **S3) Pflege**

2306 Die Demografie in Baden-Württemberg verändert sich dramatisch. Die Zahl alter  
2307 Menschen, die qualifiziert betreut werden müssen, steigt stetig an. Um diese  
2308 Herausforderung zu bewältigen, müssen alle zusammenwirken: Wir brauchen  
2309 den Einsatz der Familienangehörigen, das Angebot privater und kommunaler  
2310 Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen, die Menschen mit erhöhtem  
2311 Pflegebedarf qualifiziert, anspruchsvoll und menschlich betreuen und pflegen.

2312 Das Land muss die Anstrengungen aller Beteiligten fördern und mit erfüllbaren  
2313 und praxistauglichen Vorgaben für die notwendige Qualität in der Pflege sorgen.  
2314 Überzogene oder unerfüllbare Regelungen behindern die Schaffung neuer  
2315 Pflegeplätze oder bewirken, wie die Heimbauvorschriften, dass bestehende  
2316 Pflegeplätze abgebaut werden. Wir wollen deshalb die bestehenden Regelungen  
2317 kritisch überprüfen.

2318 Das Land muss sich an der Entwicklung neuer Betreuungsmodelle beteiligen und  
2319 mit eigenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dazu beitragen, dass die  
2320 innovativen Möglichkeiten moderner Technik für eine Verbesserung der  
2321 Lebensqualität alter Menschen fruchtbar gemacht werden können. Das reicht von  
2322 Assistenzsystemen, die alte Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen, über  
2323 Hilfestellungen für die ambulante Pflege bis hin zur Ausstattung der  
2324 Altenpflegeheime mit moderner Technik (Internetzugänge und WLAN).

2325 Wir werden:

2326 • einen landesweit geltenden Altenhilfeplan aufstellen.

2327 • Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf den Weg bringen, die innovative  
2328 Lösungen für eine Verbesserung der Lebensqualität alter und  
2329 betreuungsbedürftiger Menschen entwickeln.

2330 • die Landesheimbauverordnung und das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz  
2331 novellieren, um unnötigen bürokratischen Ballast abzuwerfen, so dass mehr  
2332 Pflegeplätze entstehen können.

2333 • die Pflegekammer mit ihrer Pflichtmitgliedschaft abschaffen. Mit den in der  
2334 Pflege Beschäftigten entwickeln wir tragfähige Konzepte zur Verbesserung der  
2335 Rahmenbedingungen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 79

- 2336 • ein Fördermodell für eine 24-Stunden-Betreuung entwickeln, um diesen Bereich  
2337 aus der Grauzone zu holen.
- 2338 • dafür sorgen, dass die ärztliche Versorgung in den stationären Pflegeheimen  
2339 spürbar verbessert wird. Durch die generalisierte und zunehmend akademisierte  
2340 Pflegeausbildung können in Zukunft Pflegefachkräfte Ärztinnen und Ärzte in  
2341 ihren Aufgaben in Pflegeheimen entlasten.
- 2342 • uns dafür einsetzen, dass Personal und Betreiber von Pflegeeinrichtungen  
2343 stärker für die besonderen Bedürfnisse von LSBTI sensibilisiert werden.
- 2344 • darauf hinwirken, dass aufenthaltsrechtlich notwendige Genehmigungen für  
2345 ausländische Pflegekräfte zügiger als in der Vergangenheit erteilt werden.
- 2346 • uns für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte einsetzen  
2347 und hierbei Entwicklungsperspektiven aufzeigen. Dazu gehört auch die  
2348 Entlastung von administrativen Aufgaben und die Förderung digitaler  
2349 Unterstützungsanwendungen.
- 2350 • das Freiwillige Soziale Jahr, das in vielen Fällen wichtige Unterstützung für  
2351 betreuungsbedürftige Menschen generiert, noch stärker fördern.
- 2352 • die Hospizeinrichtungen finanziell unterstützen und die Arbeit - auch von  
2353 Ehrenamtlichen - weiter fördern.
- 2354 • das Thema Wohnen im Alter vorantreiben und hierbei auch  
2355 alltagsunterstützende Technik in den Blick nehmen.
- 2356 · reglementierende und starre Anforderungen zur Personalbesetzung der  
2357 LPersVO abbauen und die bundesweite Personalbemessung nach § 113 c SGB  
2358 XI nach Fertigstellung zügig umsetzen.
- 2359 · Doppelstrukturen bei Qualitätsprüfungen und Heimbegehungen von  
2360 Medizinischem Dienst und Heimaufsichtsbehörden abbauen.
- 2361 · die Ergebnisse der Enquetekommission Pflege umsetzen.

## 2362 **S4) Barrierefreies Baden-Württemberg**

2363 Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Gesellschaft inklusiv zu gestalten. Das  
2364 Thema Inklusion geht weit über das Thema Menschen mit Behinderung hinaus.  
2365 In Zeiten des demografischen Wandels, in denen z.B. auch Familien mit kleinen  
2366 Kindern durch mangelnde Infrastruktur an der Mobilität gehindert werden, ist  
2367 Barrierefreiheit für alle Menschen wichtig.

2368 Das besondere Augenmerk der Sozialpolitik muss der Situation der Menschen  
2369 mit Behinderungen und ihrer Angehörigen gelten. Dabei müssen zunehmend

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 80

2370 auch Kinder mit Behinderungen und ihre Familienangehörigen das Interesse von  
2371 Politik und Verwaltung finden.

2372 Wir brauchen Einrichtungen der Kurzzeitpflege für ältere Menschen und für  
2373 Kinder mit Behinderungen, um die betreuenden Familienangehörigen zu  
2374 entlasten und im Krisenfall zu ersetzen. Auch Bildungs- und Freizeitangebote,  
2375 die sich speziell an Kinder mit Behinderungen richten, entlasten deren  
2376 Familienangehörige. Dabei spielt die Nachmittagsbetreuung eine zunehmend  
2377 wichtigere Rolle.

2378 Wir werden:

2379 • bei der Barrierefreiheit neben den Belangen mobilitätseingeschränkter  
2380 Menschen auch die Belange sensorisch eingeschränkter Menschen stärker  
2381 berücksichtigen.

2382 • Schulkindergärten, die Kinder mit Behinderungen auf die Schule vorbereiten,  
2383 auch dann bedarfsgerecht fördern, wenn sie in freier Trägerschaft betrieben  
2384 werden.

2385 • Anforderungen, die die Denkmalschutzämter stellen, und Anforderungen, die  
2386 sich aus dem Prinzip der Barrierefreiheit ergeben, harmonisieren.

2387 • die Verordnung über Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen  
2388 großzügiger gestalten und die Einbeziehung professioneller  
2389 Unterstützungsleistungen prüfen.

2390 • bei öffentlichen Neubauten die Barrierefreiheit von Anfang an mitdenken.

## 2391 **S5) Ehrenamt in Baden-Württemberg**

2392 Eine Gesellschaft auf dem Wohlstandsniveau des Landes Baden-Württemberg  
2393 ist ohne ehrenamtliches Engagement nicht lebensfähig. Einzelne, die sich  
2394 ehrenamtlich engagieren, vor allem aber Vereine und Gruppen, die sich zu  
2395 ehrenamtlichem Engagement zusammengeschlossen haben, leisten Tag für Tag  
2396 Arbeit, auf die wir nicht verzichten können und die unsere Anerkennung und  
2397 Unterstützung verdient. Nicht nur im sozialen und kulturellen Bereich sorgen die  
2398 Ehrenamtlichen für mehr Lebensqualität, auch in weiten Bereichen der inneren  
2399 Sicherheit vertrauen wir auf die Leistungsfähigkeit ehrenamtlicher Helfer bei der  
2400 Feuerwehr, in den Rettungsdiensten und im Katastrophenschutz. Gerade die  
2401 Corona-Krise hat eindrucksvoll gezeigt, welches ehrenamtliche gesellschaftliche  
2402 Potenzial in Baden-Württemberg besteht. Beispielsweise haben sich  
2403 beeindruckend viele Freiwillige zu Einsätzen in Krankenhäusern, Pflegeheimen  
2404 und vielen Hilfsdiensten gemeldet.



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 81

2405 Wir dürfen das ehrenamtliche Engagement nicht durch überzogene  
2406 Anforderungen steuerlicher, datenschutzrechtlicher oder ordnungsrechtlicher  
2407 Regelungen so weit erschweren, dass den Aktiven die Energie für ihre  
2408 eigentliche Tätigkeit verloren geht. Wir müssen in den Anforderungen  
2409 differenzieren, ob die Regelungen für professionelle oder ehrenamtlich erbrachte  
2410 Leistungen gelten. Hier ist nicht nur der Gesetzgeber gefordert, Übermaß zu  
2411 vermeiden, sondern der Verwaltungsvollzug muss mit dem notwendigen Gespür  
2412 für die besondere Situation ehrenamtlich Tätiger gestaltet werden.

2413 Wir werden:

2414 • sowohl bestehende Landesgesetze als auch die Verwaltungspraxis systematisch  
2415 auf vermeidbare Hindernisse und Belastungen für ehrenamtlich Tätige  
2416 überprüfen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches  
2417 Engagement nach Möglichkeit verbessern.

2418 • Mitarbeiter der Rettungsdienste rechtlich verlässlich gegen Angriffe Dritter  
2419 schützen.

2420 • die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen intensivieren, um gerade bei  
2421 Ganztageschulen ehrenamtliches Engagement der Jugendlichen zu fördern und  
2422 nicht unnötig zu behindern.

2423 • ehrenamtliche Arbeit von LSBTI-Initiativen wie Jugendgruppen oder  
2424 Coming-Out-Beratungen durch das Land stärker unterstützen. Wir sehen  
2425 beispielsweise insbesondere im ländlichen Raum Nachholbedarf und fordern  
2426 deshalb ein umfassendes digitales Beratungsangebot.

2427 • bürgerschaftliches Engagement in den Arbeitsbereichen der Justiz attraktiver  
2428 gestalten – die Betätigungsfelder reichen von ehrenamtlich tätigen  
2429 Bewährungshelfern und Betreuern über die ehrenamtliche Mitarbeit im  
2430 Strafvollzug bis hin zu gerichtsnahen Funktionen wie die Tätigkeit als Schöffe  
2431 oder Zeugenbegleiter.

2432 • ehrenamtliches Engagement im Bereich der Altenpflege weiter fördern.

2433 • Anreize schaffen, um auch ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen  
2434 zu ehrenamtlichem Engagement zu ermutigen.

2435 • ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz (FFW, DRK, THW etc.)  
2436 besonders fördern.

2437 • dafür sorgen, dass Ehrenamtliche, Vereine und kleine und mittlere  
2438 Unternehmen bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung seitens des  
2439 Landes soweit wie rechtlich zulässig von unnötiger und unverhältnismäßiger  
2440 Bürokratie befreit werden.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 82

2441 • die Gefährdung ehrenamtlicher Strukturen insbesondere in Vereinen während  
2442 und wegen der Corona-Pandemie durch gezielte und zeitlich befristete  
2443 Förderprogramme verringern.

### 2444 **S6) Sport**

2445 Die größten Bürgerinitiativen im Land sind die Sportvereine, ohne deren  
2446 Strukturen und ehrenamtliche Führungskräfte und Trainer das vielfältige  
2447 Sportangebot in Baden-Württemberg nicht möglich wäre. Wir brauchen den  
2448 Sport auch als Beitrag zur gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation.

2449 Der Sport ist darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der einen Markt für  
2450 Sportgeräte, sportnahe Produkte und Dienstleistungen schafft und damit nicht nur  
2451 Angebote für unsere Bürger schafft, sondern zur Attraktivität des  
2452 Tourismusstandorts Baden-Württemberg beiträgt.

2453 Sport stärkt als Baustein der Bürgergesellschaft die Eigeninitiative der Menschen,  
2454 ihre Innovationsfreude und vermittelt Werte wie Fairness und Disziplin. Er macht  
2455 sich in vorbildlicher Weise bei der Integration von Menschen mit  
2456 Migrationshintergrund verdient und stabilisiert auch damit unsere Gesellschaft.

2457 Der Leistungssport schafft Anreize für die Betätigung der Menschen im  
2458 Breitensport und in den Sportvereinen und verdient deshalb ebenso wie das  
2459 sportliche Ehrenamt eine starke und verlässliche Förderung durch das Land.

2460 Wir werden:

2461 • die Kooperation zwischen den Schulen und den Sportvereinen stärken und  
2462 insbesondere im Rahmen der offenen Ganztagschule die Sportvereine mit ihren  
2463 Angeboten nach Möglichkeit in die schulische Nachmittagsbetreuung integrieren.  
2464 Dafür müssen den Schulen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung  
2465 stehen.

2466 • auch im Sport Hindernisse, die sich aus allzu bürokratischen gesetzlichen  
2467 Regelungen oder einem unverhältnismäßig strengen Verwaltungsvollzug ergeben,  
2468 abbauen.

2469 • die Sportfinanzierung auch weiterhin auf transparente und verlässliche  
2470 Grundlagen stellen und dabei die Selbstverwaltungshoheit der Sportverbände so  
2471 weitgehend wie möglich respektieren. Wir wollen die Solidarpakte des Landes  
2472 mit den Sportverbänden in bewährter Weise fortsetzen.

2473 • dafür sorgen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg schwimmen lernen kann.  
2474 Deshalb braucht Baden-Württemberg ein Programm zur Förderung kommunaler  
2475 Schwimmbäder.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 83

## 2476 Umwelt

### 2477 U1) Schützen durch Nützen

2478 Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Erhaltung unserer  
2479 artenreichen Kulturlandschaften sind generationenübergreifende Aufgaben. Ganz  
2480 im Sinne unseres Leitbildes „Schützen durch Nützen“ sehen wir Freie  
2481 Demokraten die Bewirtschaftung und den Erholungswert der Natur ausdrücklich  
2482 als Teil dieser Aufgaben an. Dabei gilt unser Blick nicht nur artenreichen  
2483 Strukturen im ländlichen Raum wie Wacholderheiden, Weinbergen oder offen  
2484 gelassenen Steinbrüchen, sondern auch Hotspots der Artenvielfalt in  
2485 Ballungsgebieten wie Kleingärten, Gewässerufeln oder Alleen. Hierbei setzen wir  
2486 auf die aktive Beteiligung von Ehrenamt, Landnutzern und Grundeigentümern.

2487 Wir werden:

2488 • den Vertragsnaturschutz stärken und die Ökokonto-Verordnung überarbeiten,  
2489 um mehr Anreize für flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen und ökologische  
2490 Aufwertungen zu setzen.

2491 • für Managementpläne auf Flächen des Natura-2000-Netzes (FFH- und  
2492 Vogelschutzgebiete) wieder stärker den Grundsatz des mildesten Mittels  
2493 verankern.

2494 • den Schutz von Moorflächen als CO<sub>2</sub>-Senken und Biotope weiter vorantreiben.

2495 • die Entwicklung innerstädtischer Grünflächen, Kleingartenanlagen und  
2496 Kaltluftschneisen fördern, um sowohl sommerlicher Überhitzung vorzubeugen als  
2497 auch die urbane Biodiversität zu fördern.

2498 • ein Förderprogramm für Alleen und klimaangepasste Straßenbäume auflegen,  
2499 um diese wichtigen Verbindungskorridore in Einklang mit den aktuellen  
2500 Verkehrsrichtlinien zu erhalten.

2501 • die überzogene Mittelausstattung des Nationalparks Schwarzwald korrigieren  
2502 und stattdessen die Arbeit der sieben Naturparke und der zwei  
2503 Biosphärengebiete in der Fläche stärker fördern.

2504 • die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, den ökologischen Zustand  
2505 unserer Fließgewässer verbessern und dazu die Modernisierung kommunaler  
2506 Kläranlagen gezielt fördern.

2507 • dem Artenschwund entgegenwirken, indem wir dessen Monitoring verstetigen.

2508 • im landeseigenen Wald flächendeckende Maßnahmen zur Vorhaltung von  
2509 Totholz und Habitaträumen umsetzen anstatt immer weitere Flächen aus der

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 84

2510 forstwirtschaftlichen Produktion zu nehmen und der klimafreundlichen Nutzung  
2511 zu entziehen.

## 2512 **U2) Klimaschutz**

2513 Klimaschutz endet nicht an Landesgrenzen, sondern muss global gedacht  
2514 werden. Wir Freie Demokraten stehen zu den vertraglich zugesicherten  
2515 Klimazielen von Paris. Diese Ziele erreichen wir, indem wir CO2 durch einen  
2516 internationalen Emissionshandel deckeln und ein striktes CO2-Limit einführen.  
2517 Den Weg dorthin soll aber nicht der Staat, sondern die Bürgerinnen und Bürger  
2518 sowie Unternehmen bestimmen. Die Verknappung des CO2-Ausstoßes schafft  
2519 innovationsfreundliche Marktmechanismen und fördert die effizientesten  
2520 technischen Lösungen zur CO2-Einsparung. Hierzu müssen insbesondere auch  
2521 diejenigen Sektoren einen Beitrag leisten, die bislang eher kleine Erfolge zu  
2522 verbuchen hatten, d.h. die Verkehrs- und Gebäudesektoren.

2523 Bei der Energiewende geht es nicht um das „für oder wider“, sondern um die  
2524 Umsetzung. Wir sind überzeugt, dass sich Ressourcen am besten sparen lassen,  
2525 wenn wir konsequent auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb und gezielte Anreize  
2526 für Innovationen setzen.

2527 Wir werden:

2528 • den Beitrag des Verkehrs am Klimaschutz technologieoffen unter  
2529 Berücksichtigung von synthetischen Kraftstoffen und alternativen Antriebsformen  
2530 gestalten.

2531 • um die Verkehrs- und Wärmewende voranzutreiben, Innovationen im Bereich  
2532 CO2-Vermeidung, -Nutzung und –Speicherungstechnologien fördern. Neben der  
2533 Verwertung biogener Reststoffe zur Erzeugung von Bio-Methan müssen wir vor  
2534 allem den Einstieg in die dezentrale Gewinnung von Wasserstoff mittels  
2535 Wasser-Elektrolyse auf den Weg bringen.

2536 • den Transfer klimafreundlicher Technologien ins Ausland fördern, um weltweit  
2537 Treibhausgasemissionen zu mindern.

2538 • das ineffiziente und bürokratische Erneuerbare-Wärme-Gesetz  
2539 Baden-Württemberg (EWärmeG) abschaffen, da es sich als Sanierungsbremse  
2540 erwiesen hat.

2541 • die Holzenergie- und Biomassenutzung wieder stärker fördern. Sie kann  
2542 grundlastfähig genutzt werden, wenn Sonne und Wind nicht verfügbar sind, ist  
2543 dezentral in Baden-Württemberg verfügbar und sorgt für Wertschöpfung auf dem  
2544 Land. Wir wollen daher bürokratische Hürden beseitigen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 85

2545 • Konzeptionen der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) fördern und  
2546 zugleich die Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge für leitungsgebundene  
2547 Wärmeversorgung aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg streichen.  
2548 Denn wir sind überzeugt, dass sich KWK dort, wie sie sinnvoll ist,  
2549 marktwirtschaftlich durchsetzt.

2550 • zur Windkraft einen planerischen Vorsorgeabstand von 1.500 Metern zur  
2551 Wohnbebauung, die Rückkehr zur Schwarz-Weiß-Planung im  
2552 Landesplanungsgesetz sowie Ausschlusskriterien im zu überarbeitenden  
2553 Landesentwicklungsplan nach rheinland-pfälzischem Vorbild anstreben.

### 2554 **U3) Luftreinhaltung und Fahrverbote**

2555 Die Luft in deutschen Großstädten wird immer sauberer.  
2556 Grenzwertüberschreitungen bei Schadstoffen werden immer seltener. Dabei hat  
2557 die Corona-Krise klargelegt, dass Haupteinflussfaktor für die Emissionswerte die  
2558 Wetterlage ist. Denn trotz eines Fahrzeugrückgangs von rund 40 Prozent blieben  
2559 die Messwerte weitestgehend unbeeinflusst. Fahrverbote für Euro-5-Diesel sind  
2560 deswegen weder erforderlich noch verhältnismäßig. Dennoch werden bereits  
2561 Ausweitungen der Fahrverbotszonen diskutiert. Damit werden nicht nur  
2562 Dieselfahrerinnen und -fahrer kalt weiter enteignet und die individuelle Mobilität  
2563 eingeschränkt, sondern die Belange all derjenigen, die auf ein Auto angewiesen  
2564 sind, ignoriert.

2565 Ebenso wenig wird der Umwelt geholfen. Fahrverbote drängen die Autos aus  
2566 den Städten auf längere Umgehungsstraßen. Der Schadstoffausstoß wird somit  
2567 nicht reduziert, sondern erhöht und lediglich verlagert. Auf den Ausweichstrecken  
2568 führt das zu ungewöhnlich hohem Verkehrsaufkommen und einer hohen  
2569 Gefährdungslage.

2570 Wir Freie Demokraten befürworten hingegen einen technologieoffenen Ansatz,  
2571 der individuelle Mobilität erhält und der Umwelt hilft.

2572 Wir werden:

2573 • die flächendeckenden und unverhältnismäßigen Fahrverbote aufheben.

2574 • bei der Luftreinhaltung auf evidenzbasierte Grenzwerte setzen und nicht auf  
2575 näherungsweise Betrachtungen wie dies bei der Ermittlung der 40 Mikrogramm  
2576 Stickoxid je Kubikmeter Luft der Fall war. Europaweite Messwerte brauchen auch  
2577 europaweite Standards für Probeentnahmen.

2578 • uns für synthetische Kraftstoffe einsetzen, die im Fahrzeugbestand bereits jetzt  
2579 Schadstoffemissionen reduzieren. Auf diese Weise kann individuelle Mobilität für  
2580 Fahrer älterer Dieselmotoren erhalten werden.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 86

2581 • uns anstelle von Fahrverboten für intelligente Verkehrsführung einsetzen, den  
2582 ÖPNV stärken und ausbauen sowie alternative Mobilitätskonzepte, wie  
2583 Carsharing, unterstützen.

## 2584 **U4) Kreislauf- und Abfallwirtschaft**

2585 Wir stehen für eine innovative Kreislaufwirtschaft und das Schließen von  
2586 Kreisläufen. Das bedeutet, Abfallströme in Qualität und Quantität zu erfassen, zu  
2587 separieren und wieder zu einem handelbaren Wertstoff zu verarbeiten.  
2588 Bürgerinnen und Bürger können mit der Sammlung der haushaltsnahen Abfälle  
2589 einen ersten wichtigen Schritt zur Kreislaufwirtschaft beitragen. Das  
2590 marktwirtschaftliche Prinzip der Produktverantwortung, bei dem der Hersteller die  
2591 Verantwortung für die Entsorgung trägt, ist weltweit einmalig und muss weiter  
2592 gestärkt werden. Wir vertrauen auf den Wettbewerb und die Effizienz privater  
2593 Entsorgungsunternehmen.

2594 Auch im Bereich der Abfallwirtschaft kann Digitalisierung einen Beitrag zu  
2595 besserem Umweltschutz leisten. Durch neue Markierungstechnologien und  
2596 verbesserte Handelsstrukturen wollen wir Kreisläufe schließen.

2597 Wir werden:

2598 • Forschung im Bereich der Markierung von Kunststoffen durch fluoreszierende  
2599 Farbe, Quantenpunkte und künstliche DNA fördern, um möglichst reine  
2600 Stromströme in der Kreislaufwirtschaft zu generieren.

2601 • ökonomische Anreize zur Etablierung der Kreislaufwirtschaft verbessern.

2602 • Methoden und Verfahren fördern, um die Sortierung zu verfeinern und die  
2603 Recyclingquoten zu erhöhen. Dabei wollen wir den Bürger mit möglichst wenig  
2604 zusätzlichem Sortieraufwand oder neuen Tonnen belasten.

2605 • digitale Handelsplattformen für Kunststoffrezyklate vorantreiben, um die  
2606 Kreislaufwirtschaft zu stärken.

2607 • Abhilfe für den „Erdaushub- und Abbruch-Tourismus“ zwischen den Regionen  
2608 schaffen, der das Bauen zunehmend verteuert. Auch wenn die Vorhaltung  
2609 ausreichender Deponiekapazitäten der Klassen DK0 und DK1 gesetzliche  
2610 Aufgabe der Stadt- und Landkreise ist, muss das Land hier besser koordinieren  
2611 und früher auf die überregionalen Folgen von Großbaustellen hinweisen. Wir  
2612 setzen uns auf Bundesebene für den Erlass einer Mantelverordnung ein.

2613 • eine vorausschauende Rohstoffsicherungspolitik unterstützen und eine  
2614 aktualisierte Rohstoffstrategie erarbeiten. Wir werden die dezentrale Gewinnung  
2615 der in Baden-Württemberg verfügbaren mineralischen Rohstoffe durch

# **Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe**

**Seite 87**

2616 entsprechende Vorbehalts- und Vorranggebiete auch für kommende  
2617 Generationen sichern.

2618 • auch im Dienste des Klimaschutzes die Erforschung und Entwicklung der  
2619 sogenannten Kaskadennutzung, also der baulichen und energetischen  
2620 Mehrfachnutzung von Holz vorantreiben.

## **2621 U5) Naturschutz durch Jagen und Fischen**

2622 Der Naturschutz hat bei den Freien Demokraten traditionell einen hohen  
2623 Stellenwert. Wir wissen um die Bedeutung des Artenschutzes und des Schutzes  
2624 der Natur vor überzogenen menschlichen Eingriffen. Allerdings stehen in  
2625 manchen Fällen auch die berechtigten Interessen der Landwirtschaft und der  
2626 Anspruch der Menschen im Land auf eine funktionierende Infrastruktur in einem  
2627 Spannungsverhältnis zum Naturschutz, das dann im Einzelfall zum Ausgleich  
2628 gebracht werden muss.

2629 Ein wichtiger Teil gelebten Natur- und Artenschutzes sind das Jagen und das  
2630 Fischen. Wir werden die Jäger und Fischer und ihre Verbände bei ihrem meist  
2631 ehrenamtlichen sachkundigen Einsatz für die Natur nach Kräften unterstützen.

2632 Wir werden:

- 2633 • das 2014 in Kraft getretene baden-württembergische Jagd- und  
2634 Wildtiermanagementgesetz mit seinen unzähligen Verboten überprüfen und  
2635 umfassend novellieren.
- 2636 • die Geltendmachung von Ansprüchen bei Wildschäden fair und  
2637 rechtssicher regeln.
- 2638 • den Wolf und den Biber – wie schon den Luchs und das Auerwild – mit  
2639 ganzjähriger Schonzeit in das JWVG aufnehmen. Zusätzlich erforderlich ist  
2640 eine Wolf-Verordnung nach brandenburgischem Vorbild, die im Falle einer  
2641 akuten Gefahr für Mensch oder Nutztiere ein behördliches Eingreifen  
2642 möglich macht.
- 2643 • im Interesse des Artenschutzes den Kormoran (zum Schutz der Fische)  
2644 und den Fuchs (zum Schutz der Bodenbrüter) regulieren.
- 2645 • die starre Jagdruhe im März und April, die sich nicht bewährt hat, wieder  
2646 durch artenbezogene Jagd- und Schonzeiten ersetzen.
- 2647 • das starre Nachtangelverbot in Baden-Württemberg abschaffen und das  
2648 Mindestalter für den Jugendfischereischein von 10 auf 7 Jahre  
2649 herabsetzen.

## **2650 Kultur und Religion**

### **2651 K1) Kultur in Baden-Württemberg nach der Corona-Krise**

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 88

2652 Unser Land Baden-Württemberg wird mehr als viele andere Bundesländer durch  
2653 sein reichhaltiges kulturelles Leben geprägt.

2654 Dabei wirken die großen staatlichen Kultureinrichtungen wie z.B. die beiden  
2655 Staatstheater, die Landesmuseen, die Kunstakademien und die  
2656 Musikhochschulen als Leuchttürme, an denen sich viele kommunale, kirchliche  
2657 und private Kulturtreibende orientieren. Viele Künstler bereichern mit ihren  
2658 Auftritten und künstlerischen Leistungen dauerhaft das kulturelle Leben in  
2659 unserem Land.

2660 Die Corona-Krise mit ihren leider notwendigen Veranstaltungsverböten hat den  
2661 privaten, kirchlichen und kommunalen Kultureinrichtungen und den selbständig  
2662 arbeitenden Künstlern sehr geschadet, so dass bei vielen von ihnen sogar die  
2663 wirtschaftliche Existenz gefährdet ist.

2664 Das Land und die Städte und Gemeinden haben hier eine wichtige Aufgabe,  
2665 durch gezielte Förderung den kulturtreibenden Einrichtungen über die  
2666 Durststrecke zu helfen und der durch die Pandemie geschaffenen Gefahr  
2667 wirksam entgegenzuwirken. Diese Aufgabe wird weit über das Jahr 2020  
2668 hinausreichen.

2669 Wir Freie Demokraten befürworten neben direkten Hilfen den Weg, das  
2670 künstlerische Leben durch mehr Nachfrage nach künstlerischen Leistungen zu  
2671 fördern. Wir streben für die Jahre 2021 und 2022 ein besonders reichhaltiges  
2672 kulturelles Angebot an, das gerade jenen Künstlern und kulturellen  
2673 Einrichtungen, die 2020 in Not gekommen sind, Gelegenheit bietet, ihre  
2674 künstlerischen Leistungen zu erbringen.

2675 Wir werden:

2676 · die kommenden Jahre 2021 und 2022 durch eine besondere Förderung zu  
2677 baden-württembergischen Kulturjahren machen.

2678 · sorgfältig prüfen, in welchen Fällen das Land auch nach Ende der Corona-Krise  
2679 noch existenzsichernd eingreifen muss.

2680 · die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den kulturtreibenden  
2681 Einrichtungen intensivieren und durch mehr kulturelle Bildungsangebote die  
2682 Nachfrage nach Kunst und Kultur stimulieren.

2683 · die regionale und kommunale Kulturpolitik als verlässlicher Partner unterstützen.

2684 · den Bürokratieaufwand bei der Kulturförderung nach Möglichkeit reduzieren, um  
2685 den Künstlern mehr Raum für ihre eigentliche kulturelle Arbeit zu geben.

2686 · auch die private Unterstützung von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen  
2687 fördern.



# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

Seite 89

## 2688 **K2) Musikland Baden-Württemberg**

2689 Baden-Württemberg ist ein Land, in dem die Musik in vielfältiger Weise das  
2690 kulturelle Leben prägt und bereichert. Das Spektrum reicht von  
2691 hochprofessioneller künstlerischer Exzellenz über eine breite Förderung  
2692 musikalischer Talente in den Schulen und den Orchestern bis hin zu einem  
2693 vielfältigen Angebot populärer Musik aller Sparten. Man beneidet uns um unsere  
2694 exzellenten Musikhochschulen, um die beiden Staatsopern, um die vielen  
2695 Musikvereine und Chöre, aber auch um jene Bands und Musikgruppen, die seit  
2696 2003 von der Popakademie Mannheim vorbildlich gefördert werden.

2697 Aufgabe des Landes ist es, für eine qualifizierte Ausbildung junger Musiker zu  
2698 sorgen und jene künstlerischen Spitzenleistungen zu fördern, die ohne  
2699 Subventionen in andere Länder abwandern würden oder in ihrer Existenz  
2700 gefährdet wären. Die wichtigsten Grundlagen musikalischer Bildung werden an  
2701 den kommunalen Musikschulen gelegt, die vom Land auch weiterhin gefördert  
2702 werden.

2703 Wir werden:

2704 • die fünf baden-württembergischen Musikhochschulen an ihren Standorten  
2705 erhalten und in ihrer Weiterentwicklung unterstützen. Dasselbe gilt für das  
2706 Lehrangebot der Popakademie Mannheim.

2707 • durch ein gut dotiertes Landesprogramm „Musikpädagogik“ dafür sorgen, dass  
2708 an allen Musikhochschulen auch künftig eine qualifizierte Ausbildung für das  
2709 Lehramt an Gymnasien, für Musiklehrer an den Musikschulen und für Dirigenten  
2710 ehrenamtlicher Chöre und Orchester angeboten wird.

2711 • die wirtschaftlichen Bedingungen für die hauptberuflich tätigen  
2712 Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen verbessern.

2713 • die Landesförderung der Philharmonischen Orchester und der Kammerorchester  
2714 fortsetzen.

2715 • durch die Einrichtung von Musikgymnasien und weiterer Musikzüge an den  
2716 Gymnasien dafür sorgen, dass sich begabte junge Musiker aus  
2717 Baden-Württemberg beim Wettbewerb um die Studienplätze an den  
2718 Musikhochschulen besser als in der Vergangenheit durchsetzen. Wir halten es  
2719 angesichts der hohen Kosten, die jeder Studienplatz verursacht, für denkbar,  
2720 einen bestimmten Anteil der Studienplätze für Inländer und Angehörige der  
2721 Europäischen Union zu reservieren.

2722 • die Förderung der teilprofessionellen Musik und der Amateurmusik in bewährter  
2723 Weise und in enger Partnerschaft mit den Städten und Gemeinden fortsetzen.

# **Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe**

**Seite 90**

## **2724 K3) Landesgeschichte und historische Museen**

2725 Die innere Stärke unseres Landes beruht nicht nur auf den aktuell vorhandenen  
2726 Kompetenzen und den Leistungen der Menschen, sondern auch auf dem Wissen  
2727 um die eigene Herkunft, den gewachsenen Strukturen und den im Laufe der  
2728 Geschichte gewonnenen gemeinsamen Wertvorstellungen.

2729 Es ist eine Aufgabe des Landes, dieses Wissen und das Bewusstsein der  
2730 eigenen Geschichte und Traditionen zu sichern und zu vermitteln. Dazu gehen  
2731 wir in Baden-Württemberg seit vielen Jahren verschiedene Wege: Wir  
2732 erschließen die politische und Geistesgeschichte des Landes mit den Methoden  
2733 der Wissenschaft, greifen über eine gut mit Ressourcen ausgestattete  
2734 Archäologie auch auf die Vor- und Frühgeschichte zurück und tragen die  
2735 gewonnenen Erkenntnisse über professionelle Präsentationen in die breite  
2736 Öffentlichkeit.

2737 Dabei wird das Land in seinem Vorgehen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk  
2738 und vielen Verlagen einerseits und einer Vielzahl lokaler und oft ehrenamtlicher  
2739 Aktivitäten andererseits unterstützt. Wir schätzen dieses Netzwerk der Landes-  
2740 und Heimatgeschichte und wollen es auch in Zeiten der Globalisierung erhalten,  
2741 denn es bindet die Menschen an unser Land. Mit dem Badischen  
2742 Landesmuseum in Karlsruhe, dem neu gestalteten Landesmuseum Württemberg  
2743 und dem Haus der Geschichte in Stuttgart und dem Archäologischen  
2744 Landesmuseum in Konstanz verfügen wir über vier Leuchttürme in der  
2745 Landschaft der historischen Museen. Dazu kommen viele weitere kommunale  
2746 und private Museen, die sich der Heimatgeschichte widmen.

2747 Wir werden:

2748 • durch die Gründung einer Stiftung „Landesgeschichte“ Forschungsarbeiten auf  
2749 dem Gebiet der Landesgeschichte fördern und die Arbeit der Kommission für  
2750 geschichtliche Landeskunde besser als in der Vergangenheit unterstützen.

2751 • den auf dem Gebiet der Geschichte und der Archäologie tätigen  
2752 Landesmuseen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen, um ihre  
2753 Ausstellungen, soweit noch nicht geschehen, zu modernisieren.

2754 • an dem bewährten Konzept der Großen Landesausstellungen festhalten und  
2755 prüfen, ob die Zahl der jährlich geförderten Ausstellungen erhöht werden kann.

2756 • alle Aktivitäten der Museen unterstützen, weitere private Sponsoren für die  
2757 historische und kunsthistorische Museumsarbeit zu gewinnen.

2758 • die Gedenkstätten im Land, die sich unserer Geschichte und ihren dunklen  
2759 Seiten unserer Geschichte widmen, fördern und die dort geleistete Arbeit  
2760 engagiert unterstützen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 91

2761 • ein Inventar der immateriellen Kulturgüter des Landes einrichten und uns im  
2762 Sinne der UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturgutes für  
2763 deren Schutz und Erhaltung sorgen.

2764 • die bundesweit einzigartige Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur  
2765 Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg nach Abschluss der  
2766 Strafverfolgungsaufgaben am bestehenden Standort zu einem  
2767 zukunftsweisenden Dokumentations-, Forschungs-, Informations-, Erinnerungs-  
2768 und Begegnungszentrum weiterentwickeln.

### 2769 **K4) Bildende Kunst und Kulturen der Welt**

2770 Das Land Baden-Württemberg fördert im großen Konsens aller Parteien die  
2771 Schaffung neuer und die Präsentation bestehender Werke der bildenden Kunst.  
2772 Dies geschieht traditionell an den beiden Kunstakademien, der Staatsgalerie in  
2773 Stuttgart, den Staatlichen Kunsthallen in Karlsruhe und Baden-Baden und seit  
2774 einigen Jahren auch an der Akademie Schloss Solitude und dem Zentrum für  
2775 Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe, die weit über  
2776 Baden-Württemberg hinauswirken. Dazu kommen private, kommunale und  
2777 kirchliche Kunstmuseen, die ihre Sammlungen präsentieren oder Jahr für Jahr  
2778 großartige Ausstellungen konzipieren und umsetzen, ohne dafür staatliche Hilfe  
2779 in Anspruch zu nehmen. Auf interkulturellem Gebiet leistet das gemeinsam mit  
2780 der Stadt Stuttgart betriebene Linden-Museum als eines der bedeutendsten  
2781 Völkerkundemuseen Europas seinen bedeutenden Beitrag. Wir unterstützen den  
2782 generellen Verzicht auf Eintrittsgelder in staatliche Museen nicht, sind aber für  
2783 temporären Eintrittsverzicht oder Stifterlösungen offen.

2784 Unverzichtbare Partner der Künstler und der kunstinteressierten Bürgerinnen und  
2785 Bürger sind private Galerien und der private Kunsthandel. Notwendig ist aber  
2786 auch das ungebrochene Engagement des Staates beim Erhalt und dem Ausbau  
2787 dieser Strukturen. Die Akademien und Museen machen unser Land als Standort  
2788 attraktiv und leisten wertvolle Bildungsarbeit für Menschen aller Generationen.  
2789 Wir wollen, dass das so bleibt.

2790 Wir werden:

2791 • die staatlichen Kunstmuseen in Stuttgart, Karlsruhe und Baden-Baden weiter  
2792 fördern und ausbauen. Der Umbau der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe muss  
2793 endlich beginnen und zügig realisiert werden.

2794 • für das Stuttgarter Lindenmuseum einen Neubau auf den Weg bringen. Wir  
2795 streben an, bei einer Neuregelung der kulturellen Beziehungen zwischen dem  
2796 Land und der Landes-hauptstadt Stuttgart den laufenden Betrieb des  
2797 Lindenmuseums in die alleinige Verant-wortung des Landes zu übernehmen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 92

2798 • gemeinsam mit der Stadt Karlsruhe die Arbeit des deutlich gewachsenen ZKM  
2799 unterstützen und dort auch Große Landesausstellungen ermöglichen.

2800 • die Akademie Schloss Solitude als Ort der Begegnung junger Künstler aus  
2801 Baden-Württemberg, Europa und der ganzen Welt mit dem Angebot  
2802 künstlerischer Arbeit vor Ort erhalten.

2803 • die Arbeit der unabhängigen Kunststiftung Baden-Württemberg in bewährter  
2804 Weise mit Mitteln des Landes unterstützen.

2805 • die wertvolle Arbeit der Kunstakademien in Karlsruhe und Stuttgart nach  
2806 Kräften unterstützen.

### 2807 **K5) Sprache und Literatur**

2808 Kultureller und wirtschaftlicher Fortschritt wird nicht durch den Staat geschaffen,  
2809 sondern durch einen intensiven, oft leidenschaftlichen, aber immer freiheitlichen  
2810 gesellschaftlichen Diskurs. An diesem Diskurs sollen alle Menschen teilnehmen  
2811 können, er hat auch eine integrierende Wirkung und schafft jene Gemeinschaft,  
2812 auf die wir Liberale vertrauen. Für einen solchen Diskurs braucht es eine  
2813 gemeinsame Sprache, die der Komplexität der Welt, über die wir sprechen,  
2814 gewachsen ist.

2815 Das Beherrschen der deutschen Sprache, der souveräne Umgang mit ihr und die  
2816 Weiterentwicklung der Sprache sind deshalb nicht Glasperlenspiele des  
2817 Bildungsbürgertums, sondern essentielle Voraussetzungen für das Funktionieren  
2818 einer hoch entwickelten freiheitlichen Gesellschaft. Sprache muss frühzeitig  
2819 erlernt, sicher beherrscht und täglich auf möglichst hohem Niveau erlebt werden.  
2820 Experimente wie „Schreiben nach Gehör“, die den qualifizierten Umgang mit der  
2821 deutschen Sprache erschweren, lehnen wir ab.

2822 Dabei stehen nicht nur die Schulen und Hochschulen, sondern jene Institutionen  
2823 in der Verantwortung, die Hochsprache für alle Menschen erlebbar machen: Der  
2824 öffentlich-rechtliche Rundfunk und das Fernsehen, Autoren und Verleger mit  
2825 ihren Büchern und Zeitungen, die Theater als Orte besonderer sprachlicher  
2826 Kompetenz und die Parlamente, in denen der gesellschaftliche Diskurs  
2827 besonders intensiv leben sollte.

2828 Wir werden:

2829 • die vielfältigen Aktivitäten zur Sprachförderung bei Kindern intensivieren, um  
2830 bei allen Kindern eine solide sprachliche Basis für ihre Allgemeinbildung zu  
2831 gewährleisten. Dies gilt – unabhängig vom Aufenthaltstitel – auch und gerade für  
2832 Kinder, die aus anderen Ländern zu uns kommen.

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 93

2833 • in den Bildungsplänen und der Schulpraxis keine Abstriche an der Qualität des  
2834 Deutschunterrichts zulassen: Der geübte Umgang mit deutscher Sprache und  
2835 Literatur gehört nach unserem Verständnis unverzichtbar zur Allgemeinbildung.

2836 • die vielfältige baden-württembergische Theaterlandschaft pflegen und erhalten  
2837 und die baden-württembergischen Theater durch die Einrichtung eines  
2838 theaterwissenschaftlichen Instituts an einer der Landesuniversitäten unterstützen.

2839 • eine gesetzliche Grundlage für die Theaterförderung schaffen, die den vom  
2840 Land geförderten Theatern mehr Planungssicherheit gibt.

2841 • die Literaturförderung fortsetzen und weiterentwickeln.

2842 • die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass kommunale Bibliotheken als  
2843 „dritte Orte“ ihre Öffnungszeiten neu gestalten und dabei auch  
2844 Sonntagsöffnungen vorsehen können.

2845 • die soziokulturellen Zentren als Orte des kontroversen gesellschaftlichen  
2846 Diskurses gemeinsam mit den Sitzkommunen fördern und die Gründung neuer  
2847 Zentren unterstützen.

## 2848 **K6) Religion und Kirchen**

2849 In Baden-Württemberg wird das gesellschaftliche Leben vielleicht mehr als  
2850 anderswo auch vom Engagement der Kirchen geprägt. Sie wirken als kraftvolle  
2851 Partner im gesellschaftlichen und politischen Diskurs mit und erbringen in enger  
2852 Partnerschaft mit dem Staat und den Kommunen eine Vielzahl qualifizierter  
2853 sozialer Leistungen. In weiten Teilen des Landes sorgen sie für  
2854 Kinder-be-treuung und engagieren sich über ihre Hilfswerke, die Caritas und die  
2855 Diakonie, in der Kranken- und Alten-pflege. Wir Freie Demokraten schätzen  
2856 Kirchen und Religionsgemeinschaften als zuverlässige Partner und  
2857 selbstbewusste Vertreter gesellschaftlicher Werte.

2858 Wir setzen auf einen Dialog zwischen den Religionen, der von Respekt,  
2859 gegenseitiger Achtung und Toleranz getragen ist. Religionen wirken  
2860 gemeinschaftsbildend und stärken Persönlichkeit und Selbst-bewusstsein ihrer  
2861 Anhänger. In einer modernen aufgeklärten Gesellschaft dürfen sie jedoch nicht  
2862 separierend wirken oder Menschen anderen Glaubens oder Menschen, die keiner  
2863 Religion angehören, vom gesellschaftlichen oder politischen Leben ausschließen.  
2864 Für religiösen Fanatismus jeglicher Couleur darf in unserer Gesellschaft kein  
2865 Platz sein. Wir Freie Demokraten stehen für die Werte der Aufklärung, für  
2866 religiöse Toleranz und für die Überzeugung, dass jeder Mensch nach seiner  
2867 Façon selig werden möge.

2868 Wir werden:

# Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe

## Seite 94

2869 • auf der Grundlage der Konkordate, des Staatskirchenvertrags und dem Vertrag  
2870 mit der Isra-eli-tischen Religionsgemeinschaft konstruktiv und respektvoll mit den  
2871 Kirchen und Religions-gemeinschaften in Baden-Württemberg zusammenarbeiten  
2872 und die Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften als oft auch unbequeme  
2873 und kritische Partner im gesell-schaft-lichen Diskurs einfordern.

2874 • an dem vom Grundgesetz vorgesehenen Religionsunterricht festhalten und für  
2875 diejenigen, die daran nicht teilnehmen wollen, Ethikunterricht bereits ab der  
2876 Grundschule anbieten. Für Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens  
2877 streben wir ein möglichst flächen-de-ckendes Angebot an islamischem  
2878 Religionsunterricht in deutscher Sprache an.

2879 • die weltweit angesehenen Theologischen Fakultäten in Heidelberg, Freiburg  
2880 und Tübingen, die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und das  
2881 Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen auch weiterhin unterstützen.

2882 • das jüdische Leben in Baden-Württemberg schützen und wirksame  
2883 Maßnahmen gegen Antisemitismus ergreifen und verstärken.

2884 • in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den in Deutschland  
2885 vertretenen Religionen die Werte und Errungenschaften der Aufklärung  
2886 selbstbewusst vertreten und verteidigen und dabei den gebotenen Respekt für  
2887 die Haltungen Andersdenkender zeigen. Wir vertrauen dabei auf die Ergebnisse  
2888 eines fairen gesellschaftlichen Diskurses. Staatliche Autorität darf nicht zur  
2889 Durchsetzung eigener religiöser oder weltanschaulicher Vorstellungen  
2890 missbraucht werden. Umgekehrt werden Freie Demokraten  
2891 Absolutheitsansprüche von Kirchen und Religionsgemeinschaften immer  
2892 abwehren.

2893

## **Begründung:**

erfolgt mündlich

# **Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden- Württemberg 2020 am 18.07.2020 in der dm-Arena in Karlsruhe**

Seite 95

## **Antrag S001**

**Betr.: Landeshaupausschuss auch als Video- und  
Audiokonferenz**

**Antragsteller: Kreisverband Böblingen**

1 Die Landessatzung wird um folgenden § 19 a ergänzt:

2 **§ 19 a**

3 (1) Der Landesvorsitzende kann mit Zustimmung des Landesvorstandes den  
4 Landes-haupt-ausschuss auch als Video- und Audiokonferenz einberufen. Die  
5 Landesgeschäftsstelle ist verantwortlich, dass alle stimmberechtigten  
6 Teilneh-merinnen und Teilnehmer Zugang zu der Video- und Audiokonferenz  
7 haben.

8 (2) Abweichend von der Geschäftsordnung bestellt in diesem Fall der  
9 Landesvorstand den oder die Leiter der Konferenz.

10 (3) Abgestimmt wird bei der Video- und Audiokonferenz mündlich nach  
11 Namensaufruf oder in Textform auf elektronischem Weg. Andere  
12 Abstimmungsformen sind zulässig, wenn kein stimmberechtigtes Mitglied  
13 widerspricht. Ein Antrag auf geheime Abstimmung ist unzulässig, wenn diese  
14 Abstimmungsform technisch nicht möglich ist. Wahlen können bei einer Video-  
15 und Audiokonferenz nicht durchgeführt werden.

16 (4) Im Übrigen gelten die Bestimmungen dieser Landessatzung und die  
17 Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend.

18

### **Begründung:**

Die Ergänzung der Landessatzung ist erforderlich, damit wir im Falle weiterer Kontakt-  
beschränkungen und Veranstaltungsverbote handlungsfähig bleiben. Auf die Möglichkeit,  
zu diesem Satzungsänderungsantrag Änderungsanträge zu stellen, wird hingewiesen.